

Demokratischer AUFBAU

ZEITSCHRIFT
FÜR STAATLICHE
UND KOMMUNALE
VERWALTUNG

JAHRGANG **10**
TOBERHEFT
PFENNIG

51 **A**
AUSGABE



**Alle
deutschen!**

Regierungserklärung
Ministerpräsidenten
der Volkskammer am
September 1951

Mit wissenschaftlichen Beiträgen der Deutschen Verwaltungsakademie »Walter Ulbricht«

Schriftenreihe

Deutsche Finanzwirtschaft

Neuerscheinungen

- Heft 13: „Der Kontrollbericht der volkseigenen Industrie der Deutschen Reichsbahn und des volkseigenen Verkehrs sowie der Deutschen Post und die Arbeit der Kontrollausschüsse“
DIN A 4, 65 Seiten, DM 3,50
- Heft 15: „Die EDB-Investitions-Buchhaltung“ — Ein Beitrag zur Gestaltung der Organisation des Rechnungswesens der volkseigenen Wirtschaft
DIN A 4, 35 Seiten, DM 1,75
- Heft 16: „Die Stellung der Gemeinden und Kreise im Finanzausgleich“
DIN A 4, 33 Seiten, DM 2,25

In Vorbereitung

- Heft 17: „Das Rechnungswesen — Planungs- und Kontrollinstrument zur wirtschaftlichen Rechnungsführung“ — Ein Diskussionsbeitrag zur Neugestaltung des Rechnungswesens der volkseigenen Wirtschaft
- Heft 18: „Anlagenkartei und Abschreibungssätze für das Vermögen der öffentlichen Verwaltung“
- Heft 19: „Die neue Etappe der Haushaltsreform“ — Protokoll der III. Haushaltskonferenz vom 11. und 12. Juni 1951 mit Entwurf der Staatshaushaltsordnung

Noch lieferbar:

- Heft 5: „Rechnungswesen u. Finanzplanung d. volkseigenen Güter“
DIN A 4, 156 Seiten, DM 5,—
- Heft 8: „Finanzplanung 1951 der volkseigenen Wirtschaft“
DIN A 4, 350 Seiten, DM 6,25
- Heft 10: „Der Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik“
DIN A 4, 96 Seiten, DM 2,25
- Heft 11: Veranlagungsrichtlinien 1950
DIN A 4, 70 Seiten, DM 1,50

Sonderdruck der Schriftenreihe 12

- Ausgabe A: „Steuertarife des Handwerks, ohne Nahrungsmittelhandwerk“
DIN A 4, 48 Seiten, DM 0,80
- Ausgabe B: „Steuertarife des Handwerks für das Nahrungsmittelhandwerk“
DIN A 4, 32 Seiten, DM 0,70

VERLAG **DIE WIRTSCHAFT**

Berlin W 8, Französische Str. 53/55

Sammelnummer 425376

IN DIESEM HEFT:

| | |
|--|-----|
| Für Einheit und Frieden! | 273 |
| Linus Stiegler: Ein Jahr Wähleraufträge | 274 |
| Ludwig Grünwald: Aus der Volksvertretungsarbeit im Lande Brandenburg | 275 |
| Einschränkung der demokratischen Freiheiten in Westdeutschland | 276 |
| Friedrich Eberl: Das neue Berlin | 277 |
| Die deutsche Hauptstadt im Aufbau | 278 |
| Die Finanzpolitik der Deutschen Demokratischen Republik | 280 |
| Neue Dörfer für neue Menschen | 282 |
| Aus der Arbeit des Ministeriums für Volksbildung der DDR | 285 |
| Walter Pisternik: Aufbaulehre in der DDR | 286 |
| Willy Becker: Berichterstattung über den Fortgang der Erntearbeiten in Mecklenburg | 299 |
| Leserversemlung in Wittenberg | 299 |
| So nicht, Kollege | 300 |
| Arno Diez: Volksverbundene Arbeit im Kreis Hoyerswerde | 300 |
| Zum Tag der Aktivisten | 301 |
| Gesetze und Verordnungen | 302 |

Schulung und Praxis:

| | |
|--|-----|
| Dr. Werner Arlt: Rechtsmittel gegen Zwangsgoldfestsetzungen | 303 |
| Heinz Bull: Wie werden Arbeitsbrigaden in der Verwaltung gebildet? Aufzeichnungen bei der Innerbetrieblichen Schulung erforderlich | 305 |
| Der Erbschein | 305 |
| Die Bedeutung der Belege | 305 |
| Neue Ordnung im Formularwesen der inneren und allgemeinen Verwaltung | 306 |
| Wolfgang Günther: Spart mit der Minute! | 306 |
| Verbesserungsvorschläge | 307 |
| Unsere Volkskorrespondenten berichten | 309 |
| Die Antworten | 310 |
| Gutes Deutsch | 311 |
| Bücher und Schriften | 312 |

Nur in Ausgabe A:

| | |
|---|-----|
| Brendel: Aus dem Baugeschehen der Stadt Leipzig | 287 |
| Städte der DDR bauen für den Frieden | 248 |
| H. E. Winrich: Planmäßige und operative Arbeit der Wohnungsbauer Volksvertretergruppen in der Sowjetunion | 291 |
| Verbesserung der Arbeit in Sachsen-Anhalt | 291 |
| Wernigerode am Herz | 292 |
| H. Kühn: Besserer Kontakt zwischen den Aufbau- und Wohnungsbehörden | 294 |
| Dr. Kurt Zimmermann: Öffentliche Rechtsberatung in Leipzig | 294 |
| Dr. Rudi Liebscher: Das neue Kündigungsrecht | 295 |
| Die Frage der Selbstkostensenkung in der staatlichen Verwaltung | 297 |

Nur in Ausgabe B:

| | |
|--|-----|
| Willy Graumann: Der Plan der Werterhaltung | 287 |
| Jugendförderung im Kreis Westprignitz | 288 |
| Paul Marion: Gemeinschaftsarbeit erspart Kosten | 290 |
| Bruno Brunelzki: Praktische Durchführung und Auswertung der Ergebnisse der Grünlandbewertung | 291 |
| Warum monatliche Schweinezählungen? | 292 |
| Pflichtablieferung und Wirtschaftsstrafrecht | 293 |
| Uwe Wulf: Die Entgegennahme und Bearbeitung von Geworbeanträgen | 294 |
| Bemerkungen zur Betreuung der FDGB-Urlauber | 295 |
| Die Gepäckbeförderung in Kur- und Badeorten | 296 |
| Richard Götz: Zur Arbeit der Brandschutzkommissionen | 296 |
| Landesministerium nimmt Palenschaft ernst | 297 |
| Die Verpachtung der Gemeindegänke | 297 |

Dieses Heft erscheint anlässlich des Gründungstages der DDR in verstärktem Umfang. Titelbild: Aufn. Moll

Herausgeber: Verlag „Die Wirtschaft“ GmbH, Berlin W 8, Französische Str. 53/55 / Chefredakteur: W. G. Krupat / Redaktion: Berlin W 8, Französische Str. 53/55, Tel. 425376 / Telegramm-Adresse: Demoaufbau Berlin / Anzeigenannahme: Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin W 8, Französische Str. 53/55 und „Dewag“, Berlin C 2, Oberwallstr. 20 und ihre Bezirksfilialen / Druck: Sachsenverlag, Werk Leipzig III/18/211 / Preis des Einzelheftes 60 Pf., Postbezug einschl. Zustellgebühr vierteljährlich 1,90 DM.

Demokratischer AUFBAU

6. JAHRGANG ♦ OKTOBER 1951 ♦ HEFT 10

ZEITSCHRIFT FÜR STAATLICHE UND KOMMUNALE VERWALTUNG

FÜR EINHEIT UND FRIEDEN!

ZUM GRÜNDUNGSTAG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war die historisch entscheidende Handlung deutscher Patrioten gegen den Versuch fremder Ausbeuter und Kriegsspekulanten, Deutschland zu spalten und dem deutschen Volk auf unabsehbare Zeiten ein Schattendasein kolonialer Unterdrückung und Unabhängigkeit zu bereiten. Mit ihrer Gründung war der Deutschen Demokratischen Republik somit die klare Bestimmung gegeben, Wegbereiter für ein neues, einiges, demokratisches Deutschland, Bollwerk gegen jede Remilitarisierung und Beispiel eines friedlichen Aufbaues für das ganze deutsche Volk zu werden.

Dieses hohe Ziel verfolgt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als wahre Volksregierung seit ihrem Bestehen mit der ganzen Kraft, die ihr das unerschütterliche Vertrauen und der starke Friedenswille von Millionen fortschrittlicher deutscher Menschen verleiht.

Sie errang so durch die konsequente Entwicklung einer wahren Demokratie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens dem neuen Deutschland Vertrauen und Freundschaft der mächtigen Sowjetunion, der volksdemokratischen Länder und aller anderen friedliebenden Völker der Welt. Diese bedeutsame Wandlung fand ihren markanten Ausdruck im Treffen der demokratischen Jugend von hundert Nationen zu den III. Weltfestspielen in der deutschen Hauptstadt Berlin, der gewaltigsten Friedenskundgebung, die es je gab.

Während jedoch wir die realen Voraussetzungen für ein Leben schaffen, das, aus eigener Kraft und freier Selbstbestimmung erblühend, eines fortschrittlichen Volkes würdig ist, werden die Menschen in Westdeutschland durch den trügerischen Glanz eines Scheinwohlstandes geblendet, verbirgt sich dort hinter hohlen Fassaden die nackte Profitgier einer Handvoll Spekulanten. Für das schaffende Volk, für die Arbeiter, Angestellten, Bauern, für die Intelligenz gibt es aber nur Not und Elend, für die Gewerbetreibenden und kleinen Unternehmer nur wirtschaftlichen Niedergang. Die Clique internationaler Kriegstreiber versucht im Verein mit der verräterischen westdeutschen Regierung, gegen die natürlichen Interessen des Volkes die willkürlich vollzogene Spaltung Deutschlands zu vertiefen und die westdeutsche Bevölkerung für einen Weltkrieg entsetzlichsten Ausmaßes vorzubereiten und zu mißbrauchen. In zynischer Klarheit offenbart das Ergebnis der Washingtoner Konferenz den Kriegs- und Vernichtungswillen der alten, kapitalistischen Welt gegen die neue Welt des friedlichen Fortschritts.

Aber Bonn ist nicht Deutschland, und das deutsche Volk im Westen wie im Osten seines Vaterlandes hat nicht den Wunsch, die alten, verhängnisvollen Fehler seiner Vergangenheit zu wiederholen. Es will leben, in Wohlstand und Frieden leben und nur dafür seine ganzen Kräfte, seine Fähigkeiten und seine besten Traditionen einsetzen. Das ganze Volk hat den Appell der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vernommen, alles zu tun, um die Einheit Deutschlands wiederherzustellen und den Abschluß eines Friedensvertrages als unabdingbare Voraussetzungen für den Bestand der Nation zu erreichen. Könnte es einen Deutschen geben, der diesen Appell nicht zur eigenen Forderung macht, wenn ihm sein Vaterland, wenn ihm sein Leben und das seiner Kinder, Schwestern und Brüder lieb und teuer ist!

In dieser ernsten Stunde müssen alle Schranken fallen, die zwischen Deutschen willkürlich errichtet wurden. Es gilt, über parteipolitische Meinungsverschiedenheiten hinweg das große Ganze ins Auge zu fassen, wieder Deutscher unter Deutschen zu sein. Reichen wir uns darum die Hände, wir Deutsche aus Ost und West, und ruhen wir nicht, bis auch der letzte unter uns, der guten Willens ist, sich zur Verteidigung des Friedens und der Einheit bis zum äußersten entschlossen hat. Dann werden sich die Verantwortlichen von Bonn dem einmütigen Willen des Volkes beugen müssen und dem Appell der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik Folge leisten. Dann kann der Friede als gesichert gelten, und dann wird durch geeinte Kraft Deutschland erblühen, so schön wie nie zuvor.

G. K.

Ein Jahr Wähleraufträge**Zur Arbeit der Volksvertretungen zur Durchführung des Programms
der Nationalen Front des demokratischen Deutschland**

Am 15. Oktober 1950 fanden in der DDR die Wahlen zur Volkskammer, zu den Land- und Kreistagen, den Stadtverordnetenversammlungen und den Gemeindevertretungen statt. Diese Wahlen waren die ersten wahrhaft demokratischen Wahlen in Deutschland. Es waren wirkliche Volkswahlen. Sie waren es deshalb, weil die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in öffentlichen Versammlungen vor der gesamten Bevölkerung Rede und Antwort stehen mußten, weil ihnen Wähleraufträge erteilt wurden und weil die Bevölkerung das Recht hatte, Kandidaten zurückzuweisen. Die Abgeordneten wurden von den Wählern beauftragt, für die Erhaltung des Friedens, für die Schaffung einer einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Republik und für die Verwirklichung des Fünfjahresplanes einzutreten. Das sind die Hauptpunkte des Wahlprogramms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, in dem es heißt: „Alle Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland verpflichten sich feierlich vor ihren Wählern, als die erwählten Vertreter des Volkes in ihrer praktischen Tätigkeit dem Wahlprogramm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Treue zu halten.“

Nach einjähriger Tätigkeit der gewählten Volksvertreter richten die werktätigen Menschen in der DDR an jeden einzelnen Abgeordneten mit Recht die Frage, ob er diese Verpflichtung im Verlauf des ersten Jahres der Legislaturperiode in Ehren erfüllt hat. Jeder Abgeordnete muß deshalb in den Wochen nach dem 15. Oktober wieder vor seine Wähler treten und Rechenschaft über seine Tätigkeit ablegen.

Die Volkskammer hat in diesem Jahr große Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens und Herbeiführung der Einheit Deutschlands gemacht. Sie hat das Gesetz zum Schutze des Friedens beschlossen und zwei von hoher Verantwortung getragene Appelle an den Bundestag in Bonn gerichtet. Als der Brief des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 30. November 1950 nach sieben Wochen durch Adenauer abgelehnt worden war, richteten die Abgeordneten der Volkskammer und die Vertreter der Hauptstadt Berlin am 30. Januar 1951 an den Bundestag den ersten Appell zur Bildung eines gesamtdeutschen Konstituierenden Rates. Erst vor wenigen Wochen, am 15. September, richtete die Volkskammer einen zweiten Appell an die Adresse Bonns. In diesem Appell wurde ohne jede Bedingung die Einberufung gesamtdeutscher Beratungen gefordert mit dem Ziel, für ganz Deutschland freie, gleiche und geheime demokratische Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands festzulegen und den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie den darauffolgenden Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland zu verlangen. An diesem Appell, der — so einfach und klar formuliert — den wirklichen Interessen unseres Volkes entspricht, erkennt das ganze deutsche Volk, daß die Volkskammer der DDR die Lebensinteressen der Nation vertritt. Des Volkes Wille ist ihr oberstes Gesetz. Des Volkes Wille aber ist der Frieden!

So wie die Volkskammer als Ganzes beharrlich dem Friedenswillen des Volkes in bedeutenden Beschlüssen Ausdruck verliehen hat, so haben sich auch die einzelnen Abgeordneten selbst unermüdet für den Kampf um den Frieden eingesetzt. Bei der Vorbereitung der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages noch im Jahre 1951 standen sie mit an der Spitze der Aufklärung. Die Abgeordneten der Volkskammer haben in den drei Wochen vor der Volksbefragung in 1689 Versammlungen gesprochen und in 1067 Aufklärungslokalen gearbeitet. Aber nicht nur die Abgeordneten der Volkskammer leisteten vorbildliche Arbeit. Mit derselben Hingabe haben die Landtags- und Kreistagsabgeordneten, die Stadtverordneten und die Gemeindevertreter gewirkt. Auch in diesen Tagen, in denen es gilt, überall den Volkskammerappell zu erläutern, finden wir die Mitglieder aller Vertretungskörperschaften in den vordersten Reihen der Aufklärer. Die Abgeord-

neten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland haben sich als gute Patrioten bewährt.

Es ist mit Recht betont worden, daß die Volkswahlen vom 15. Oktober 1950 die demokratischsten aller Wahlen seit je in Deutschland waren. Die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland haben sich im Laufe der Wahlvorbereitungen den Wählern vorgestellt und von ihnen Wähleraufträge erhalten. Die Wähler gaben also nicht nur formal ihre Stimme ab, sondern stellten den Abgeordneten Aufgaben. Aus dieser Aufgabenstellung, die die gemeinsame Arbeit von Volksvertretung, Verwaltung und Wählern zur Voraussetzung hat, entstand ein Vertrauensverhältnis zwischen Abgeordneten und Wählerschaft. Allein in diesem ersten Jahr der Tätigkeit unserer Volksvertretungen wurden Tausende von Wähleraufträgen erteilt und auch erfüllt, und jeden Tag werden neue Wähleraufträge erteilt und erfüllt. Es gibt dafür ungezählte Beispiele, angefangen bei der Versorgung von Neubauerngehöften mit Wasser und Licht bis zur Errichtung von Betriebskindergärten, Betriebsberufsschulen, HO- und Konsumverkaufsstellen, Omnibuslinien, Jugendheimen usw. Die Durchführung dieser Aufgaben hat das bestehende Vertrauen weiter gestärkt und eine enge Verbindung zwischen den Volksvertretern und ihren Wählern geschaffen. Der Volkskammerabgeordnete Hugo Franke von der Maxhütte Unterwellenborn erhielt z. B. den Auftrag, sich für die Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten der Werktätigen der Maxhütte und für die Einrichtung weiterer Konsumverteilungsstellen in den Nachbarorten einzusetzen. Auf seine Eingabe bei den zuständigen Stellen hin wurden zunächst Omnibuslinien eingerichtet, bis die im Bau befindliche Eisenbahnstrecke fertiggestellt war. Konsum-Verteilungsstellen wurden ebenfalls eröffnet und damit den Berufstätigen spürbare Erleichterungen geschaffen. Überall wurde der Abgeordnete freudig begrüßt. Die Bevölkerung weiß von seiner Tätigkeit. Viele seiner Arbeitskollegen und werktätige Frauen danken ihm für die erwiesene Hilfe. Andere Abgeordnete bemühen sich ebenfalls um die Behebung von Mißständen in ihren Betrieben und um die Verbesserung der Arbeitsweise. Der Volkskammerabgeordnete Kuba wurde von der Belegschaft des Reichsbahnausbesserungswerkes Potsdam zu einer Produktionsbesprechung eingeladen. Hier kam es in freier Aussprache zur Aufdeckung von Schwächen und Mängeln bei der Arbeit und zur Beratung von Vorschlägen, um die gesamte Betriebsarbeit zu verbessern. Die Diskussion und die Vorschläge des Abgeordneten führten zu dem Ergebnis, daß ein völliger Wandel in der innerbetrieblichen Arbeit eintrat, daß Planrückstände aufgeholt wurden und die gesamte Belegschaft in einen Wettbewerb eintrat.

Besonderen Anklang findet bei den Wählern die Einrichtung von Ausspracheabenden und Sprechstunden der Abgeordneten, in denen der Bevölkerung die Gesetze erklärt werden und viele persönliche Fragen Beantwortung finden. Im Aufklärungslokal zeigt sich der Abgeordnete als Freund, Berater und Helfer seiner Wähler. Er nimmt dort auch Beschwerden und Wünsche und neue Wähleraufträge entgegen. In der Verbindung mit der Bevölkerung in Aufklärungslokalen und am Arbeitsplatz liegt das Schwergewicht der Arbeit für den Abgeordneten. Gerade hier sind aber auch noch die meisten Schwächen festzustellen. Zum Beginn des zweiten Jahres der Tätigkeit der gewählten Volksvertreter sollten deshalb alle Abgeordneten, die Mitglieder der Gemeindevertretungen und Kreistage und auch die der Landtage und der Volkskammer, die Verpflichtung übernehmen, in ihrem Betrieb oder im zuständigen Aufklärungslokal regelmäßige Sprechstunden abzuhalten. Die Abgeordneten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland müssen sich zu jeder Stunde bewußt sein, daß sie Beauftragte, Berater und Helfer des Volkes sind, und daß ihre erste Aufgabe in der Erfüllung des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland besteht. Dazu gehören der unermüdete Kampf für den Frieden, für die Einheit Deutschlands und die Festigung der

Freundschaft zur Sowjetunion, zu den Volksdemokratien und allen friedliebenden Völkern der Welt und die Mitwirkung bei der Erfüllung des Fünfjahresplanes.

Die Volksvertretungen in der DDR müssen noch mehr als bisher die Entgegennahme und Erfüllung von Wähleraufträgen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rücken. Über die Wähleraufträge und durch die Diskussionen, die sich zwischen den Volksvertretern und der Bevölkerung ergeben, wird das Vertrauensverhältnis

zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern gefestigt und weiterentwickelt. Die Bevölkerung muß sich noch mehr für die praktische Tätigkeit der Abgeordneten interessieren und deren Arbeit kontrollieren. So werden wir den Zustand erreichen, den J. W. Stalin, der große Freund des deutschen Volkes, mit folgenden Worten charakterisierte: „Der Abgeordnete ist ein Diener des Volkes, und er ist verpflichtet, den Auftrag seiner Wähler durchzuführen.“

Linus Stiegler, Berlin

Aus der Volksvertretungsarbeit im Lande Brandenburg

Unsere demokratischen Volksvertretungen sind keine Parlamente alten Stils, sondern wirklich arbeitende Organe des Staates. Jeder Abgeordnete hat die Pflicht, die Gesetze zu studieren und für ihre richtige Durchführung im Sinne unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu sorgen. Er muß sich mit den Aufgaben der Verwaltung vertraut machen und selbst in Gemeinden und Betrieben, in öffentlichen Sprechstunden, Einwohnerversammlungen und Bauernberatungen der Bevölkerung Rede und Antwort stehen. In dem Maße, wie er es vermag, das Verständnis der Bevölkerung an der Arbeit der Verwaltung zu fördern, hilft er, das Vertrauen zur Politik unserer Regierung zu festigen. Die Erteilung von Wähleraufträgen an die Abgeordneten, nicht nur aus Anlaß der Volkswahlen im Oktober 1950, sondern jederzeit und zu jeder Gelegenheit gewährleistet dabei einen weiteren, ständigen Kontakt mit der Bevölkerung.

Von großer Bedeutung für eine erfolgreiche Tätigkeit der Volksvertreter ist die Bereitschaft der Bevölkerung zur Mitarbeit. Diese Bereitschaft stets zu wecken und für die Lösung dringender Aufgaben operativ zu verwerten, ist eine Forderung, der jeder fortschrittliche Abgeordnete gerecht werden muß. Ein gutes Beispiel hierfür gab der Kreis Oberbarnim: Der Kreistag hatte sich im Rahmen der Oderbruch-Hilfsaktion besondere Aufgaben hinsichtlich der Erfassung örtlicher Reservisten und der Mobilisierung der Einwohnerschaft zur Erfüllung des Neubauern-Bauprogramms gestellt. Um für das Vorhaben einen möglichst großen Bevölkerungskreis zu interessieren und zu gewinnen, wurde eine Kreistagssitzung in einem Kino der Stadt Eberswalde durchgeführt. Der Saal, der etwa 600 Personen faßte, war übervoll. Nach der Sitzung fand eine lebhaft diskutierte Diskussion zwischen den Kreistagsabgeordneten, Vertretern der Parteien und Massenorganisationen sowie den anderen Einwohnern statt, in deren Verlauf eine Fülle freiwilliger Verpflichtungen zur Durchführung der geplanten Hilfsaktion übernommen wurden. Betriebsabteilungen übernahmen die Organisation von Solidaritätseinsätzen, Handwerker stellten sich zur Verfügung, Geldbeiträge wurden gespendet und vielerlei andere Hilfeleistungen seitens der Betriebe, Organisationen, Gemeinden und der Bevölkerung zugesagt.

Mängel in der Arbeit unserer Volksvertretungen zeigen sich vor allem dort, wo es den Abgeordneten und Gemeindevertretern noch an der praktischen Erfahrung fehlt. Hier dürfte eine systematische Schulung notwendig sein. Andererseits werden die Arbeiten oft noch nicht richtig koordiniert und ihre Erfolge bzw. Mängel zu wenig als Beispiele ausgewertet. So hatte es eine Abgeordnete des Kreises Seelow übernommen, die Gemeinden Friedersdorf und Seelow zu betreuen. Sie erfüllte ihre Aufgabe vor-

bildlich, indem sie die FDJ bei der Vorbereitung zu den Weltfestspielen unterstützte und in der einen Gemeinde Mißstände bei der Beschaffung von Saatgut und Düngemitteln beseitigte. Als man sie aber fragte, ob sie darüber schon im Kreistag berichtet habe, verneinte sie, weil nach ihrer Meinung das, was sie getan hatte, keiner besonderen Berichterstattung wert gewesen sei. Das ist eine falsche Bescheidenheit und eine Verkenning unserer demokratischen Prinzipien, denn ihr Bericht konnte für andere Abgeordnete Beispiel und Anregung sein.

Voraussetzung für ein gutes Arbeiten der Volksvertretungen ist ein konkreter Arbeitsplan, der neben den örtlichen auch die großen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben zur Sicherung des Friedens, zur Schaffung der Einheit Deutschlands und zur Erfüllung unseres Fünfjahresplanes enthalten muß. Die Kreise Ruppiner, Osthavelland und auch die Gemeinde Sieversdorf, die nach einem solchen Plan arbeiten, sind als die besten des Landes zu bezeichnen. In diesen Plänen sind u. a. folgende Punkte genau festgelegt: die Verantwortlichkeit der einzelnen Kreistagsabgeordneten, die öffentliche Berichterstattung der Abgeordneten in Einwohner- und Belegschaftsversammlungen, die Bauernberatungen sowie die öffentlichen Sprechstunden des Vorsitzenden, die wöchentlich einmal an einem Tag stattfinden müssen. Eine Kontrolle über die Durchführung unserer Gesetze ist ebenfalls vorgesehen.

Der Vorbereitung von Volksvertreter-sitzungen ist große Sorgfalt zu widmen. Sitzungen des Kreistages sollen z. B. nicht nur in der Kreisstadt abgehalten werden, sondern auch in volkseigenen Betrieben, in Kulturhäusern, volkseigenen Gütern und ländlichen Gemeinden, damit die gesamte Bevölkerung Gelegenheit findet, die Arbeit der Volksvertretungen kennenzulernen und zu kontrollieren. Dazu muß die Bevölkerung natürlich rechtzeitig und unter besonderer Hervorhebung der sie jeweils interessierenden Tagesordnungspunkte eingeladen werden. Bei Fest-sitzungen ist für eine gute kulturelle Umrahmung zu sorgen. Die Sitzungen müssen auch stets pünktlich beginnen. Der Vorsitzende wird sich zweckmäßigerweise vorher mit den Vorlagen gründlich beschäftigen, damit er auf ihren Inhalt kurz eingehen kann und die Sitzung nicht zu formal oder bürokratisch lenkt. Nach jeder Sitzung soll eine öffentliche Diskussion stattfinden, bei der die Bevölkerung Gelegenheit hat, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen und Kritik an der Arbeit der Verwaltung zu üben. Oberster Grundsatz muß für unsere Volksvertretungen ebenso wie für unsere Verwaltungen sein, jederzeit auf das engste mit der Bevölkerung verbunden zu bleiben, in deren Auftrag und Interesse allein sie zu handeln haben. Wenn sie so an die Lösung ihrer Aufgaben gehen, werden sie im Geiste wahrer, lebendiger Demokratie stets erfolgreich sein.

Ludwig Grünwald, Potsdam

Der Frieden wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen.

J. W. STALIN

Einschränkung der demokratischen Freiheiten in Westdeutschland

Eine Welle von Verboten und Polizeimaßnahmen ergießt sich über den Bonner Bundesstaat und droht die demokratischen Rechte des Volkes zu beseitigen. Die offensichtlichen Rechtsbrüche von seiten der sogenannten Bundesregierung, der Länderregierungen und der Kommunalverwaltungen, also der Instanzen der Verwaltung, die dazu berufen wären, auf der Grundlage des Rechts ihre Tätigkeit auszuüben, haben in erschreckendem Maße zugenommen. Sie werden selbst denen bewußt, die sich noch bis vor kurzem gegen die Behauptung verwahrten, daß diese Regierungen und Behörden sich bereifunden würden, Verfassung und Recht zu brechen. Eine ganze Anzahl demokratischer Organisationen und Vereinigungen sind verboten worden, wie beispielsweise die Freie Deutsche Jugend und der Rat der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Andere fortschrittliche Organisationen werden in ihrer Tätigkeit behindert, indem ihre Büros geschlossen, ihre Vermögen „sichergestellt“, ihre Funktionäre wegen angeblicher Aufforderung zum Ungehorsam angeklagt, ihre Zeitungen und Zeitschriften auf kürzere oder längere Zeit verboten werden. Man führt willkürliche Polizeimaßnahmen durch, nimmt Hausdurchsuchungen ohne jeden richterlichen Befehl vor, schließt gewaltsam Versammlungen und Kundgebungen, wenn in ihnen nur das Wort „Frieden“ oder „Remilitarisierung“ fällt.

Am 10. Juli 1951, wenige Tage vor Eintritt in die Sommerferien, peitschte die reaktionäre Übermacht des Bonner Bundestages die sogenannte „Strafrechtsänderungsnovelle“, heute auch in Westdeutschland allgemein unter dem Namen „Blitzgesetz“ oder „Zuchthausgesetz“ bekannt, durch, ein Gesetz, das weiter nichts ist als ein Abklatsch der Nazigesetzgebung. Dieses Strafrechtsänderungsgesetz hat den Charakter eines Ermächtigungsgesetzes. Es schafft die Rechtsbasis, jede prinzipielle Kritik an der Politik der Bundesregierung strafrechtlich verfolgen zu lassen. Die Strafbestimmungen, die zum Teil vollkommen neu formuliert und in der deutschen Judikatur bisher als Werturteile unbekannt waren, lassen erkennen, daß es dabei in erster Linie um den Schutz des westdeutschen Bundesstaates geht, wobei die demokratischen Rechte und Freiheiten der Staatsbürger bewußt verletzt werden. Das ganze Zuchthausgesetz ist im gleichen Stil gehalten wie die berüchtigten nazistischen Sondergesetze, z. B. die Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom Februar 1933, das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom Juli 1935, das Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens vom Oktober 1933 und das sogenannte Heimtückegesetz vom Dezember 1934, die ausschließlich dem Zweck dienen, die Nazi-diktatur Hitlers zu sichern. Wie sehr das Zuchthausgesetz gegen den Frieden den Geist des Faschismus atmet, wie es der Meinungsfreiheit des westdeutschen Bürgers geradezu den Todesstoß versetzt, das zeigen die ständigen Kritiken gerade der bürgerlichen westdeutschen Zeitungen. Selbst ein Blatt wie die britisch kontrollierte „Welt“ muß am 1. August 1951 bekennen: „Die Angst (vor den Friedenskräften! D. Red.) führte zu einem Gesetz, das bis in die unerfreuliche Gewohnheit der Generalklauseln — dem A und O nationalsozialistischen Rechtsdenkens — den Geist eines totalitären Staates atmet.“ Der „Mannheimer Morgen“ stellt am 28. Juli 1951 fest, daß das Vorgehen der reaktionären Bonner Gesetzgeber die Grundrechte des Volkes verkrüppelt, und schreibt wörtlich: „Jeder, der sich künftig ein Urteil über die politische Route der Bundesregierung gestattet, kann vor den Strafrichter geschleppt werden. Dabei kann er sich nicht auf das Recht der freien Meinungsäußerung oder der Vereinigungsfreiheit berufen.“ Das konservative Hamburger Wochenblatt „Die Zeit“ steht gewiß außerhalb des Verdachtes, mit den Friedenskämpfern zu sympathisieren, und meint dennoch: „Schwere Strafen auf üble Nachrede können dazu führen, die Kritik — wegen des allzu großen Risikos — überhaupt zum Schweigen zu bringen. Da aber die Kritik ein Fundament der Demokratie ist, zeigt sich hier gleich, welche Gefahren mit der Erweiterung des politischen Strafrechts verbunden sind.“ Auch aus der Herkunft des Bonner Terrorgesetzes macht das Blatt keinen Hehl: „Der Paragraph ist allerdings auch nicht vom Bundestag erfunden. Er stammt dem Sinne nach aus einer Notverordnung des

Reichspräsidenten v. Hindenburg vom 8. Dezember 1931 und wurde 1934 noch durch Hitlers Heimtückegesetz ergänzt.“ Das sind wahrhaft „klassische Vorbilder“, wie sich der SPD-Abgeordnete Arndt im Bundestag ausdrückte.

In alledem aber liegt Methode, die gleiche Methode, die die US-Amerikaner in „God's own country“ gegen sogenanntes un-amerikanisches Verhalten anwenden mit dem Ziel, daß jeder Bürger sich in seinem geistigen Schrebergarten aufhalten soll, wo ihm nichts passieren kann, wo er ganz „unpolitisch“ dahinleben darf, um eines Tages den Marsch in Eisenhowers Kasernen und nach Korea anzutreten — in Westdeutschland, um über Lehrs Wehrbezirkskommando sich wieder zum „Ritt gen Ostland“ vorzubereiten. Dieses krampfhaft Bemühen, den Obrigkeitsstaat zu restaurieren, ist mit den eintönigen Phrasen der westdeutschen Rundfunkstationen und dem Gewäsch der reaktionären westdeutschen Presse über die sogenannte „westliche Freiheit“ überhaupt nicht mehr in Einklang zu bringen. Der Ehrenschatz und der besonders privilegierte Geheimnisschutz für die Machthaber ist stets der erste Schritt zum Abbau der Demokratie gewesen. Wenn im übrigen der Ehren- und Geheimnisschutz damit begründet wird, daß man dem Bonner Bundesstaat eben schärfere Strafbestimmungen gegen Eventualitäten zubilligen müsse als weiland der Weimarer Republik, und wenn damit gesagt werden soll, daß die Weimarer Republik nur wegen des Mangels an Strafbestimmungen zugrunde gegangen sei, dann steht es dem Remilitarisierungskabinett Adenauer und seinem reaktionären Klüngel schlecht an, die strafrechtliche Schwäche der Weimarer Republik zu bedauern. Waren sie es doch überwiegend, die Hitler einst brav alle Notverordnungen und Ermächtigungsgesetze apportierten.

Mit langjährigem Zuchthaus wird nach dem Gesetz auch wegen Landesverrats bestraft, wer „Beziehungen aufnimmt oder unterhält zu einer Regierung, einer Partei, einer Vereinigung oder einer Einrichtung außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches dieses Gesetzes oder zu einer Person, die für eine solche Regierung, Partei, Vereinigung oder Einrichtung tätig ist...“ Man weiß daher sofort, wer und was gemeint ist. Damit wird also die Deutsche Demokratische Republik schlankweg zum Ausland erklärt, und westdeutsche Arbeiter, die z. B. als Feriengäste der DDR, westdeutsche Jugendliche, die als Teilnehmer an den III. Weltfestspielen in Westdeutschland die Wahrheit über die Erfolge und die Überlegenheit des demokratischen Aufbaues in unserer Republik berichten, sollen als Landesverräter behandelt werden. Wenn Deutsche mit Deutschen sich darüber unterhalten, warum das Adenauer-Kriegskabinett sich beharrlich weigert, auf die Vorschläge der DDR zur Herstellung der Einheit Deutschlands einzugehen, oder darüber, welche Vorteile das Weimarer Reichstagswahlrecht gegenüber dem Bonner Wahlrecht hat, wenn sich West- und Ostdeutsche verbinden, um gemeinsam für die deutsche Einheit, gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag im Jahre 1951 zu kämpfen, dann ist damit für Bonn der Straftatbestand des Zuchthausgesetzes eindeutig gegeben.

Das offizielle Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, „Das Volksrecht“, weist in diesem Zusammenhang am 19. Juli 1951 auf folgende Tatsache hin: „Auch die Weimarer Republik ist, wie crinnerlich, diesen Weg des Staatsschutzes gegangen und — daran gestorben. An die unselige Weimarer Epoche muß man auch denken, wenn man vernimmt, daß das Gesetz wieder den verhängnisvollen Landesverratsparagraphen enthält, mit dessen Hilfe die entschiedenen Republikaner schachtmatt gesetzt wurden.“ Und das Blatt weist dabei auf die Zustände innerhalb der westdeutschen Justiz hin, in der „noch — oder wieder — genug Reaktionäre aller Schattierungen sitzen, so daß man die Einwendungen nicht überhören darf, die befürchten, daß auch diesmal der Bock zum Gärtner gemacht werden könne“.

Die Hohen Kommissare auf dem Petersberg haben das Zuchthausgesetz gutgeheißen. Und zwar so weit, als es darauf abzielt, die politische Tätigkeit der Deutschen für die Einheit und den Frieden zu unterbinden. Mit sanfter Hand haben sie allerdings eingegriffen und eine Korrektur vorgenommen, die aus einem

Gesetz „zum Schutze des deutschen Staates“ ein Gesetz zum Schutz der westalliierten Interessen macht. Sie fanden nämlich ein Haar in der Suppe, indem kein Unterschied zwischen Freund und Feind (lies: Ost und West) gemacht wurde. Informationen, die Deutsche den Westalliierten überlassen, können nun nie Landesverrat sein. Das ist bemerkenswert. In Zukunft wird es also jemand, der ihnen Produktionsverfahren und Patente ausliefert, kaum noch nötig haben, außer Landes zu gehen aus Sorge vor dem deutschen Gesetz. Er kann sich getrost auf das alliierte Gesetz zum Schutze des westdeutschen Bundesstaates verlassen.

In seinem Artikel, den er im Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, „Freies Volk“, aus Anlaß der Konstituierung des Bundesgerichtshofes schrieb, sagte Max Reimann:

„Durch das Blitzgesetz werden jegliche Rechtsgrundlagen zerstört, denn nach diesem Gesetz und den dazu erlassenen Sonderbestimmungen der Hohen Kommission wird der höchste Grundsatz des Grundgesetzes über die rechtliche Gleichstellung aller Deutschen liquidiert. Der Artikel 3, Absatz 1, des Grundgesetzes lautet: ‚Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.‘ Nach dem Blitzgesetz jedoch werden die Menschen in Westdeutschland in zwei Kategorien eingeteilt: in Deutsche, denen hohe Zuchthausstrafen drohen, wenn sie deutsche Interessen

vertreten, und in ‚Deutsche‘, die für Landesverrat — Spionage, Agententätigkeit, Verrat von Geheimnissen aller Art — durch garantierte Straffreiheit und materielle Vorteile belohnt werden, wenn sie Landesverrat im Dienst und Sold amerikanischer, englischer und französischer Spionagezentralen begehen. Das Blitzgesetz ist darum nicht nur ein Bruch des höchsten Gesetzes, es bedeutet de facto und de jure auch die Auflösung der Grundlagen der Gesetzlichkeit in Westdeutschland.“

Die Imperialisten wissen eines: Sie können den Krieg gegen die friedliebenden Völker auf europäischem Boden nur dann entfesseln, wenn es ihnen gelingt, die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland zu entrechten und alle demokratischen Freiheiten restlos zu vernichten. Reaktionäre Gesetze sind immer dazu da, um bereits begangene Verbrechen und neue Verfolgungen gegen die Kräfte des Fortschritts zu legalisieren. Schon jetzt müssen sich auf den Arbeitsämtern Westdeutschlands — wie im Polizeistaat Amerika — alle Arbeitssuchenden gemäß ihrer Parteizugehörigkeit registrieren lassen. Arbeitslose Mitglieder der KPD erhalten nach dieser Terrormaßnahme keine Beschäftigung mehr. Aber die wahren Verräter an den Interessen des deutschen Volkes werden bald erfahren, daß sie weder mit Zuchthausgesetzen, noch mit Gewehrkegeln das Rad der Geschichte zurückdrehen können.

H. B.

Das neue Berlin *Friedrich Ebert, Oberbürgermeister von Groß-Berlin*

Im Verlaufe des zweiten Weltkrieges haben die anglo-amerikanischen Bomber in der Hauptstadt Deutschlands rund 500 000 Wohnungen zerstört. In den ersten Jahren nach der Zerschlagung Hitler-Deutschlands durch die siegreichen Sowjetarmeen entwickelten sich infolge der auf die imperialistische Beherrschung Deutschlands gerichteten Politik der westlichen Siegermächte in Berlin eigenartige Verhältnisse. Sie führten zur Spaltung der Stadt und verhinderten ihren großzügigen Wiederaufbau. Erst nach der Bildung des vom Vertrauen der werktätigen Massen getragenen demokratischen Magistrats gelang es nach dem 30. November 1948, die Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Stadt zu schaffen.

Schon im ersten Jahre seiner Tätigkeit konnte der Magistrat von Groß-Berlin im Zuge der Entwicklung, besonders der volkseigen gewordenen Industrie und Bauwirtschaft, die Entrümmerung soweit vorantreiben, daß am 21. Dezember 1949 der Grundstein für die ersten Wohnhäuser an der Stalinallee gelegt werden konnte. Die an der Planung dieser ersten Bauten beteiligten Stellen haben sich indessen auf Grund der in zwei Jahren gewonnenen besseren Erkenntnis vom Wesen der Baukunst davon überzeugt, daß diese Häuser weder der großen Verpflichtung

gerecht werden, die der Name „Stalinallee“ uns auferlegt, noch den Ansprüchen, die unsere Aktivisten an ihre neuen Wohnungen mit Recht stellen können. Am 1. September 1951 begann nun mit der Grundsteinlegung des ersten Wohnhochhauses an der Weberwiese der zweite Bauabschnitt für die Stalinallee und mit ihm der entschlossene Aufbau der Hauptstadt nach modernen städtebaulichen, architektonischen und sozialen Grundsätzen.

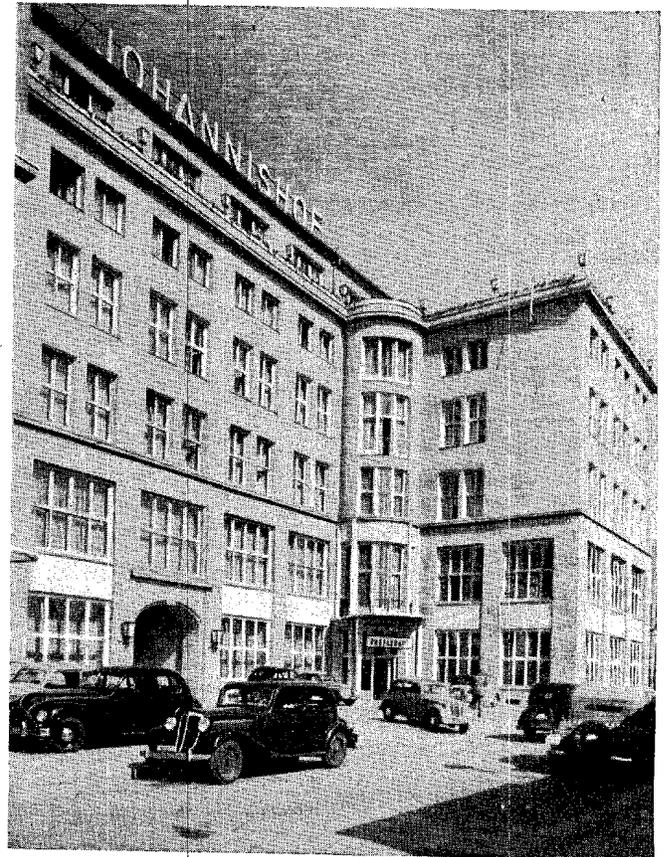
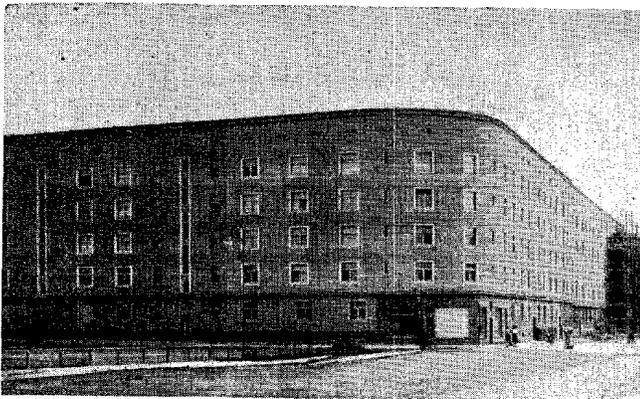
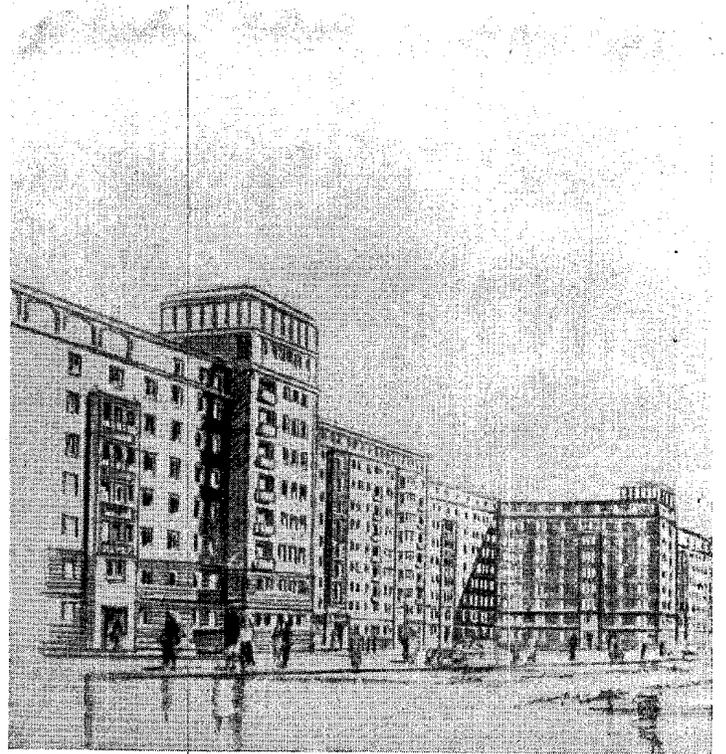
Nach gründlichen Diskussionen haben unsere fortschrittlichsten Architekten die jeglicher nationalen Eigenart entfremdete Architektur der vergangenen Jahrzehnte überwunden und mit ihren Entwürfen für die Bebauung der Stalinallee an das große nationale Kulturerbe, besonders aber an die wertvolle Bautradition von Berlin, angeknüpft. In ihren Entwürfen kommt der Optimismus unseres Aufbaues schon zum Durchbruch, der letztlich bei der Errichtung der Sport- und Kulturstätten für die Weltfestspiele der Jugend und Studenten einen so lebendigen und starken Ausdruck gefunden hat. Auch nach der städtebaulichen Seite hin zeigt sich zumindest bei den preisgekrönten Entwürfen des Wettbewerbs zur Erlangung von Bauvorschlägen für die Gestaltung der Stalinallee ein erfreulicher Fortschritt. Die einst mit bis zu 1500 Menschen je Hektar besiedelten Wohngebiete wurden stark aufgelockert, mit breiten Grünzügen versehen, so daß jetzt höchstens noch 500 Menschen auf einem Hektar wohnen werden. Das Preisgericht hat bei der Verteilung der Preise einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß zwar keiner der preisgekrönten Entwürfe in vollem Umfange schon das verwirklicht, was uns als die Lösung, das erstrebte endgültige Ergebnis vorschwebte. Jeder dieser Entwürfe aber enthält neue Gedanken, und der Entwurf des Architekten-Kollektivs Härtmann zeigt eine so gute Gesamtlösung, daß man sie als richtunggebend für die Entwicklung der städtebaulichen und architektonischen Arbeiten bezeichnet.

Der nun begonnene Wiederaufbau soll nicht einfaches Wiedererstehen der unter dem Bombenhagel der anglo-amerikanischen Terrorflieger in Schutt und Asche versunkenen Hauptstadt Deutschlands sein. Es soll ein — auch in städtebaulicher und architektonischer Hinsicht — anderes, schöneres Berlin entstehen: die repräsentative, würdige Hauptstadt eines einigen, demokratischen Deutschlands, dessen Bürger das Glück des Friedens genießen und in seinem Schutze ihrem Volke und der ganzen Menschheit große Werke des Fortschritts schenken werden. Dieser Aufbau soll der Welt zeigen, was ein Volk vermag, das in Frieden und Freiheit, ohne Verschuldung an fremde Finanzmächte, aus eigener Kraft sein neues Leben gestaltet. Er soll ein wichtiger Beitrag sein zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin.

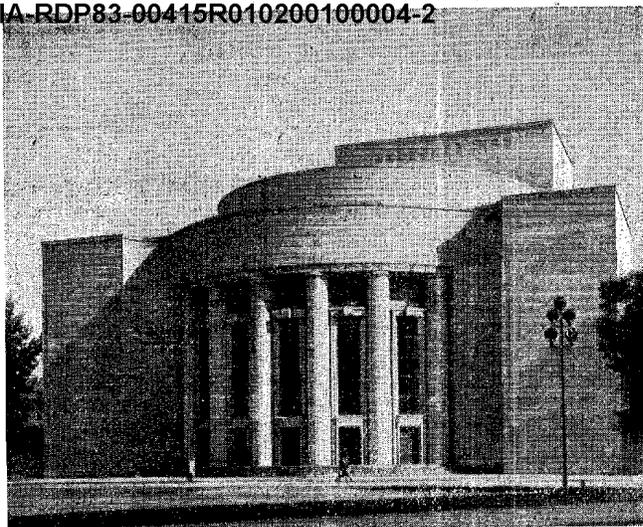
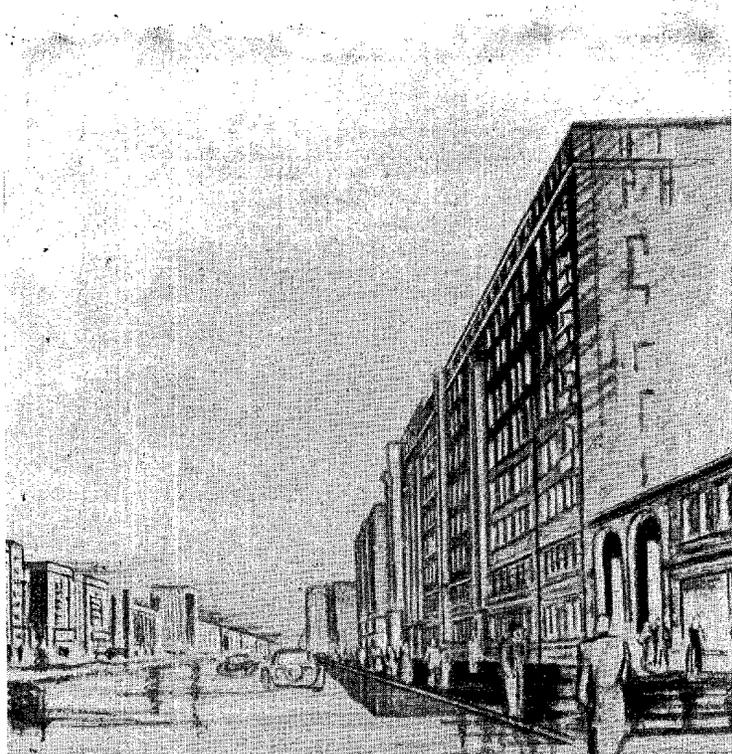


Oberbürgermeister Friedrich Ebert bei der Grundsteinlegung des ersten Wohnhochhauses

Die deutsche Haupt



stadt im Aufbau



Linke Seite

Die Deutsche Sporthalle, die zu den Weltfestspielen neu erbaut wurde
Neuaufbau von Wohnungen in den Außenbezirken der Stadt
„Unter den Linden“, Ecke Friedrichstraße
Das neue repräsentative Hotel „Johannishof“

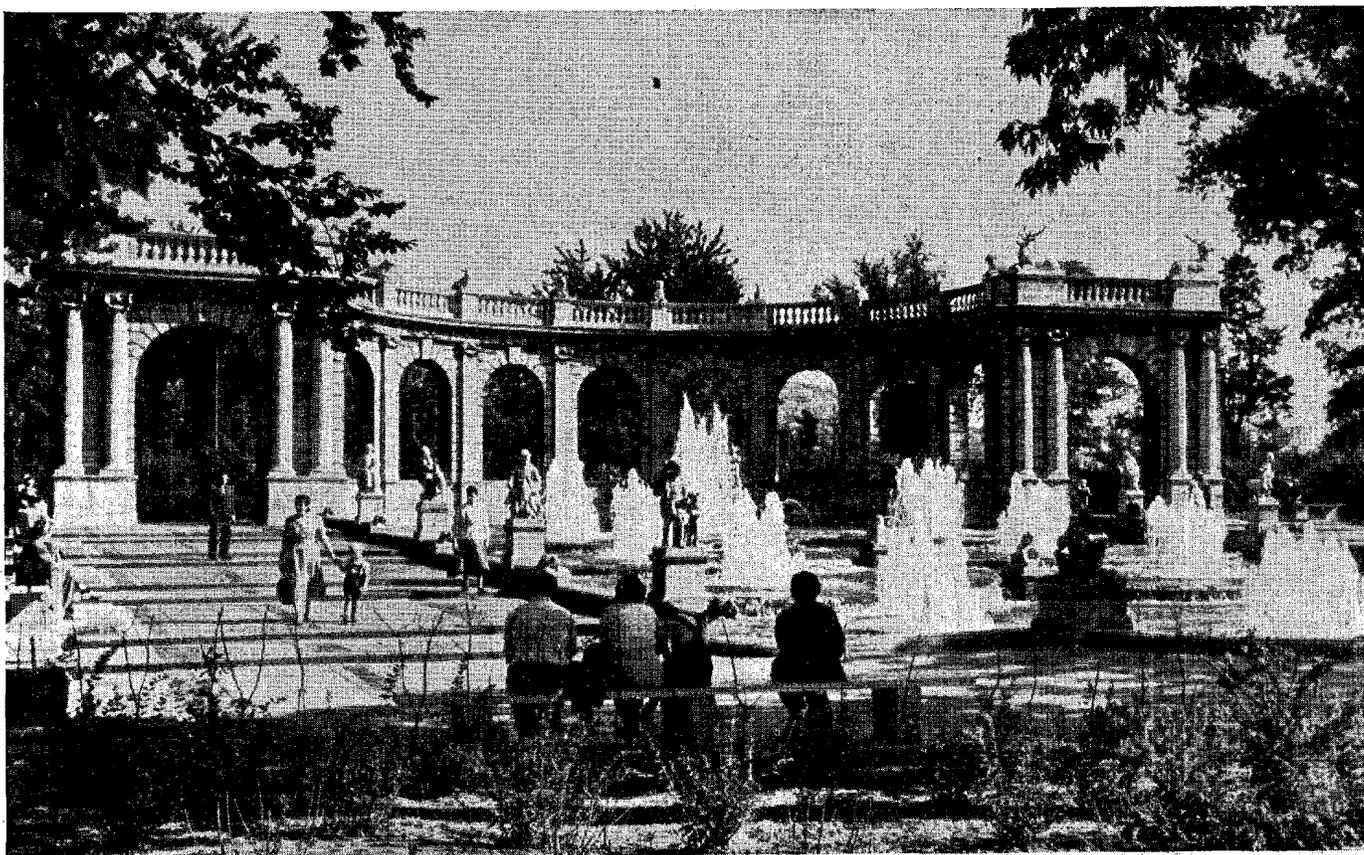
◀ Entwurf für die Gestaltung der Stalinallee des Architektenkollektivs Harlmann, Weimar, das den 1. Preis des städtebaulichen Wettbewerbs erhielt. Der Entwurf ist noch nicht endgültig, aber richtungweisend

Rechte Seite

Neuaufbau der „Volksbühne“

Am Märchenbrunnen im Friedrichshain

Aufn. Kolbe



Die Finanzpolitik der Deutschen Demokratischen Republik

Aus der Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl auf der Finanzpolitischen Konferenz vom 17.—19. September 1951

Die Arbeit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird beherrscht von der politischen Hauptaufgabe unserer Zeit: vom Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Zu dieser großen, zentralen Frage unseres Lebens und der gesamten Politik haben wir in der Sitzung der Volkskammer am 15. September 1951 einiges sicherlich nicht Unbeachtliches gesagt. So sehr wie auf diesem reinen und ausgesprochenen politischen Gebiet die Bedeutung der Finanzpolitik sichtbar wird, muß sie es auch auf wirtschaftlichem Gebiete werden. Wir werden nämlich die Frage der Erhaltung und Sicherung des Friedens um so erfolgreicher lösen können je mehr die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik immer weitere Kreise unseres Volkes, besonders aber in Westdeutschland, von der Richtigkeit unseres politischen und wirtschaftlichen Weges überzeugt. Dadurch werden wir immer mehr aktive Kräfte für den Kampf um den Frieden in ganz Deutschland gewinnen und die zentrale Frage der deutschen Nation wirkungsvoller vertreten und formulieren können. Um diese Entwicklung zu beschleunigen, müssen wir immer mehr unsere Arbeit genauestens überprüfen und feststellen, in welchen Punkten sie verbessert werden kann. Dabei ist vor allem zu beachten, daß die zunehmende Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und unserer wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr zu einer systematischen Lösung aller Probleme drängt. Unsere Arbeit unterliegt jetzt dem unabwiesbaren und zwingenden Prinzip, zu neuen und besseren Methoden zu gelangen. Jede neue Regelung bedarf einer gründlichen fachlichen und politischen Vorarbeit, damit nicht fehlerhafte Anordnungen oder Regelungen kurzfristig berichtigt, ergänzt oder gar aufgehoben werden müssen.

Die Finanzministerien der Deutschen Demokratischen Republik und der Länder haben in allererster Linie ihr Augenmerk auf die im Sinne der Planerfüllung wirksamste und sparsamste Verwendung der Mittel in Wirtschaft und Verwaltung zu lenken und die Ergebnisse laufend zu kontrollieren. Finanzplan und Produktionsplan bilden eine untrennbare Einheit. Das Ziel für jeden Finanz- und Wirtschaftspolitiker ist es, mit dem geringsten Kostenaufwand den denkbar größten Erfolg zu erreichen. — Die in der Deutschen Demokratischen Republik bestehende antifaschistisch-demokratische Ordnung hat ihre Grundlage in tiefgreifenden Veränderungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Die Schaffung von Volkseigentum in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Handel, im Verkehr, im Bank- und Versicherungswesen erfordert eine neue Finanzpolitik, die sich grundlegend von der Finanzpolitik in einem kapitalistischen Staat unterscheidet. Die Hauptfrage der kapitalistischen Finanzpolitik ist die Finanzierung des staatlichen Machtapparates. Die Finanzorgane des kapitalistischen Staates beschaffen auf dem Wege der Steuereintreibung zu diesem Zweck die Mittel für Militär, Polizei, Justiz und andere Einrichtungen, um auf diesem Wege die Machtinstrumente zu schaffen, die zur Erhaltung des kapitalistischen Staates notwendig sind.

Die Verschuldung Westdeutschlands

Es ist uns allen bekannt, daß es genauso wie in den vom amerikanischen Imperialismus abhängigen Ländern auch in Westdeutschland steht. Dort ergibt sich durch seine Einbeziehung in die Kriegspolitik der USA ein ständiges Anwachsen der Besatzungskosten und der Kosten für die Remilitarisierung. Die Kosten der amerikanischen Intervention in Westdeutschland werden im Jahre 1951 13 bis 15 Milliarden erreichen. Das ist mehr, als der gesamte Haushalt Westdeutschlands im Jahre 1950 betrug, der mit 13 Milliarden abschloß. Das ist mehr als das gesamte Aufkommen an Besitz-, Verkehrs-, Verbrauchssteuern und Zöllen in ganz Deutschland. Die Besatzungskosten in Westdeutschland verschlingen jährlich fast 20 Prozent des gesamten Volkseinkommens. Welche Folgen ergeben sich daraus für Westdeutschland? Fast alle wichtigen Steuern in Westdeutschland sind

erhöht worden. Die Steuererhöhungen und die Einschränkung der Friedswirtschaft zugunsten der Rüstungsindustrie haben eine Erhöhung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgüter nach sich gezogen. Der Preisindex ist von 198 auf 229 Punkte gestiegen und erhöht sich ständig. Die Gesamtschulden des deutschen Bundes, der Länder und der Bundesbahn ergaben am 31. Dezember 1950 infolge einer solchen Politik 20 Milliarden. In der Zwischenzeit hat Adenauer durch seine Unterschrift die gesamten Vorkriegsschulden des ehemaligen Deutschen Reiches und die gesamten Marshall-Verschuldungen anerkannt. Das ist ein Betrag von 30 Milliarden Mark. Aber Adenauer geht noch einen Schritt weiter und verpflichtet sich, einen Zinsendienst für diese Schulden sofort einzusetzen. Eigene Schulden nach 1945 in Höhe von 20 Milliarden und Vorkriegsschulden in Höhe von 30 Milliarden — das bedeutet, daß in Westdeutschland nur für die Verzinsung der Schulden von 50 Milliarden jährlich 2½ Milliarden für Zinsen aufgebracht werden müssen! Eine solche Politik, die sich in der Steuererhebung nicht nach unten bewegen kann, sondern automatisch nach oben geht, muß zum Bankrott eines solchen Staates und zum Zusammenbruch seiner Wirtschaft führen. Das ist das Ergebnis der Finanzpolitik eines kapitalistisch abhängigen Staates.

Überschüsse in der DDR

Während in den Haushalten der kapitalistischen Länder die Hauptausgaben der Wiederaufrüstung und der Remilitarisierung dienen, stellen in unserem Haushaltsplan die Ausgaben für den Wiederaufbau der Friedswirtschaft im Wege der Kapitalinvestitionen unserer volkseigenen Betriebe, die Ausgaben für Ausstattungen unserer volkseigenen Wirtschaft mit Betriebsmitteln im Rahmen der planmäßigen Produktionssteigerung, die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke und die planmäßigen staatlichen Finanzreserven die Hauptkosten auf der Ausgabe-seite dar. Für die Erweiterung der Friedswirtschaft geben wir gegenüber 1950 in diesem Jahre das Doppelte aus. Zur Durchführung des Investitionsplanes sind 2,2 Milliarden bereitgestellt. Die Land- und die Forstwirtschaft erhalten 25 Prozent mehr als 1950. Die Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke und für das Gesundheitswesen sind gegenüber dem Vorjahre um 28,5 Prozent erhöht worden. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Staatshaushalts beträgt rund 33 Prozent, während im Haushalt der USA nur 1,2 Prozent der Gesamtausgaben für dieselben Zwecke eingeplant sind. Wir haben die Ausgaben zur Förderung unserer Jugend, für Sport und für die Gesundheit unserer Kinder gegenüber 1950 um 70 Prozent erhöht. Für die Finanzierung des Aufbaues des Außenhandels der volkseigenen Wirtschaft stehen langfristige Kredite von 500 Millionen DM zur Verfügung. Mit diesen Beträgen wird das Neubauernprogramm durchgeführt und der private, genossenschaftliche und öffentliche Wohnungsbau gefördert.

Die Ordnung unserer Finanzwirtschaft ergibt sich auch daraus, daß der Staatshaushalt im Jahre 1951 mit einem planmäßigen Überschuß von 263 Millionen DM abschließt, zu dem aus dem Rechnungsjahr 1950 ein Überschuß von 466 Millionen DM hinzutritt. Diese Überschüsse in Höhe von 729 Millionen DM bilden echte Finanzreserven zur Durchführung besonderer Maßnahmen beim Aufbau unserer Friedswirtschaft und bei der Verbesserung der Lebenslage der werkräftigen Bevölkerung. Der Haushaltsplan 1951 ist der eindrucksvollste Beweis für die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik, er verwirklicht gegenüber der Finanzpolitik in Westdeutschland, die eine Finanzpolitik des Todes ist, die Finanzpolitik des Lebens. Wenn Sie also die Finanzpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik richtig und wirksam unterstützen, wenn wir sie zu einem engen Bestandteil unseres gesamten Volkswirtschaftsplanes machen und alle gewissenhaft und schnell daran arbeiten, dann stärken wir die Politik des Friedens und unterstützen so in der

machtvollsten Weise die Politik der friedlichen Verständigung in der Deutschen Demokratischen Republik, vor allen Dingen aber schaffen wir durch eine solche Finanz- und Wirtschaftspolitik eine ungeheuer große, überzeugende, magnetische Kraft, die imstande ist, unsere Landsleute im Westen von der schmachtvollen Politik der Remilitarisierung zu überzeugen und sie auf die Seite des friedlichen Aufbaus ohne fremde Verschuldung an kapitalistische Staaten zu ziehen.

Mißachtung der Intelligenz durch Bürokraten

Hier möchte ich nun ein Wort sagen über die Schätzung und über die Wertung unserer Wissenschaftler, unserer Techniker, unserer Ingenieure, unserer Erfinder. Man kann eine Volkswirtschaft nicht grundsätzlich umstellen und zu großen Erfolgen entwickeln, wenn man nicht einer lebendigen, inneren und entschlossenen Mitarbeit der Wissenschaft und der Technik dabei sicher ist. Es ist Ihnen bekannt, daß die Regierung eine Reihe von Verordnungen erlassen hat, deren Ziel darin bestand, die Lebensverhältnisse und die Bedeutung der Wissenschaftler und der Techniker entsprechend zu verbessern und in Erscheinung treten zu lassen. Unter anderem ist eine Bestimmung in all diesen Maßnahmen enthalten gewesen in der Richtung, durch Einzelverträge die Vertreter der Intelligenz und der Wissenschaft an die Arbeit des Volkes zu binden und ihnen durch diese Verträge das Gefühl zu geben, daß sie geachtet und geehrt werden und daß es sich lohnt, in einer solchen Republik am friedlichen Aufbau seines Volkes mitzuarbeiten. Es sind in dieser Verordnung über Schaffung der Einzelverträge Bestimmungen erlassen, nach denen diese Einzelverträge in einem zeitlich begrenzten Rahmen abgeschlossen werden sollen. Alle Ministerien haben dem Ministerpräsidenten über die Durchführung dieses Beschlusses bis zum 1. November zu berichten.

In vielen Verwaltungen habe ich gesehen, daß man sich über den Ernst dieser Situation aber anscheinend überhaupt nicht im klaren ist. Durch Gleichgültigkeit, durch Nachlässigkeit, vielleicht sogar an manchen Stellen durch Sabotageabsichten versucht man, diese großen und bedeutenden Maßnahmen der Regierung hinauszuzögern oder durch die Art ihrer Anwendung die davon Betroffenen zu verärgern. Was soll man dazu sagen, wenn in einer bedeutenden Hochschule, in einer Akademie der Deutschen Demokratischen Republik, solche Vorschläge für Einzelverträge gemacht werden, daß z. B. einem wirklich bedeutenden Mann, der ein großes Atelier leitet, ein Einzelvertrag angeboten wird, in dem man ihm zumutet, daß er an Stelle seines Gehaltes, das 1440 DM monatlich beträgt, nunmehr als Anerkennung 1500 DM erhält?! Sind solche Menschen eigentlich von allen guten Geistern verlassen, oder beabsichtigen sie, die ernste und verantwortungsvolle Arbeit der Regierung zunichte zu machen? Eine andere Frage kann man doch dabei wirklich nicht aufwerfen. Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen allen sehr nachhaltig und eindringlich zu sagen: K ü m m e r n S i e s i c h s c h n e l l u m d i e D u r c h f ü h r u n g d i e s e r M a ß n a h m e n ! Werden diese Maßnahmen nicht in dem vorgesehenen Umfang bis zu den genannten Terminen durchgeführt, dann kündige ich Ihnen schon heute an, daß die Regierung mit aller Schärfe gegen diejenigen vorgehen wird, die diese Verzögerung zu verantworten haben.

Enthusiastisch arbeitendes Volk verlangt enthusiastisch arbeitende Verwaltung

Ich möchte über diese Fragen der Verwaltung noch einige Ausführungen machen. Die Regierung muß von ihrem eigenen Verwaltungsapparat das gleiche Maß an Verantwortung und Arbeitsleistung verlangen, wie es die Werktätigen in den Betrieben tagtäglich beweisen. Die Regierung kann es nicht länger zulassen, daß die ehrliche und die aufopferungsvolle Arbeit Tausender von Männern und Frauen in der Verwaltung, die wirklich ihre ganze Kraft einsetzen, durch eine Reihe von Menschen, die Faulenzer sind oder die gedankenlos arbeiten und die aus ihrem bürokratischen Trott nicht herauskommen, diskreditiert wird. Die Kontrollorgane für Haushalts- und für Finanzpläne dürfen sich nicht nur auf die Feststellung der Mängel beschränken, sie sind ebenso verpflichtet, die demokratische Gesetzlich-

keit in voller Strenge zur Anwendung zu bringen, damit endlich allen Nachlässigen und Säumigen und allen jenen, die gegen die Grundsätze unserer gesellschaftlichen Ordnung verstoßen, klar wird, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik es ernst meint mit ihrer Forderung nach einer einwandfrei, ordentlich und schnell arbeitenden Verwaltung und daß sie nicht mit sich spielen läßt. Unser enthusiastisch arbeitendes Volk hat einen Anspruch darauf, daß auch eine enthusiastisch arbeitende Verwaltung da ist, um die großen Erfolge unseres Aufbaus sicherzustellen und zur richtigen Auswirkung zu bringen. Ich möchte einen Grundsatz aufstellen und sagen: V e r w a l t u n g s m e n s c h e n u n s e r e s S t a a t e s, V e r w a l t u n g s m e n s c h e n u n s e r e r Z e i t m ü s s e n k l u g, s c h n e l l u n d k ü h n d i e w i r k l i c h e n L e b e n s v o r g ä n g e h i n t e r d e m A k t e n p a p i e r e r k e n n e n u n d d a n a c h h a n d e l n, n i c h t n a c h d e m t o t e n B u c h s t a b e n !

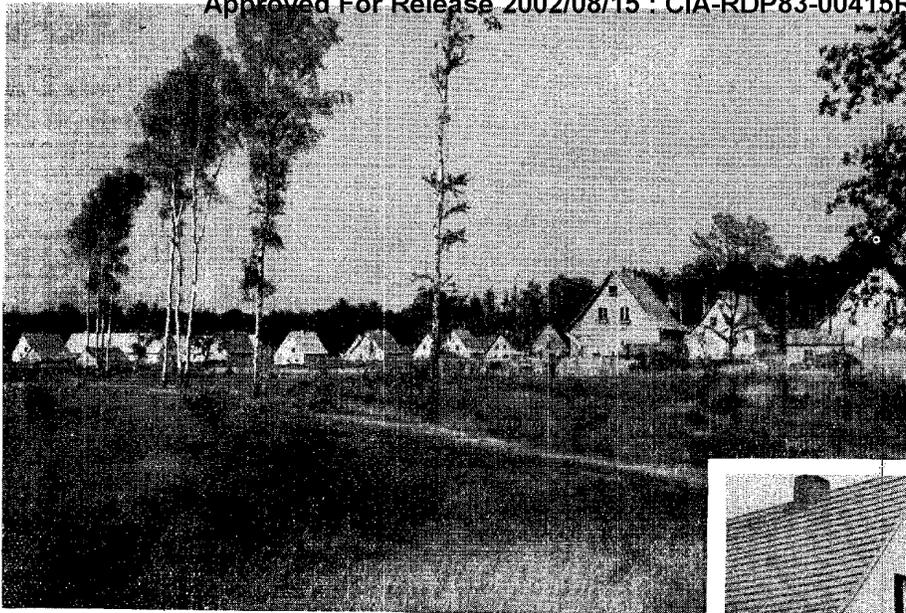
Unbedingte Haushaltsdisziplin erforderlich

Ich habe schon ausgeführt, daß Haushaltspläne und Finanzpläne ein fester Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes sind. Diese koordinierte Planung setzte eine bestimmte Entwicklungsstufe unserer demokratischen Wirtschaft voraus. Die Entwicklung zeigt sich uns in folgenden Stufen: dem Abschluß der Bodenreform, Bildung des volkseigenen Sektors unserer Wirtschaft, Schaffung und Eingliederung von Hauptverwaltungen der Wirtschaft in die zuständigen Ministerien. Die Verfeinerung des Planes und die sorgfältige Abstimmung in allen seinen einzelnen Teilen bedingt, daß alle bei der Aufstellung und Durchführung dieses Planes Beteiligten sich von dem Bewußtsein der hohen Aufgaben leiten lassen, die in den Volkswirtschaftsplänen und im Fünfjahrplan mit seinen Auswirkungen auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands enthalten sind und begründet liegen.

Die Menschen im Westen erwarten ein Zugehen auf jede Chance, in friedlicher Weise zu einer Bestand versprechenden gesamtdeutschen Lösung zu kommen. Wenn Bonn das nicht erkennt, kann es nicht vor der Geschichte bestehen.

Dr. Dr. Gustav W. Heinemann
ehem. Innenminister des westdeutschen Bundesstaates

Die im Jahre 1950 durchgeführte Haushaltskontrolle und die Finanzkontrollen haben gezeigt, daß eine große Anzahl von Haushaltsdelikten und Verstößen gegen die Haushaltsdisziplin vorgekommen sind. Mir liegen Berichte über die Ergebnisse dieser Finanzkontrollen vor, Berichte unserer Kontrollkommission über die Feststellungen bei diesen Finanzkontrollen, von denen ich sagen möchte, daß sich mir manchmal beim Studium die Haare gestäubt haben. Ich habe auch jetzt wieder eine solche Zusammenfassung des Finanzministeriums über die Ergebnisse im zweiten Vierteljahr 1951 vor mir. Die Ergebnisse zeigen mit aller Deutlichkeit, daß bei zahlreichen Verwaltungsstellen noch immer die Grundsätze der Haushaltsdisziplin und einer sparsamen, wirtschaftlichen Mittelverwertung nicht ausreichend beachtet werden. Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß die Prüfungsbeanstandungen von den zuständigen Stellen, für die sie eigentlich geschrieben sind, nicht immer mit der erforderlichen Aufmerksamkeit behandelt und daß sie nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt werden. Trotzdem die wichtigsten Berichte den in Frage kommenden Ministerien bzw. den Staatssekretären unmittelbar zugestellt worden sind, haben wir zum Teil feststellen müssen, daß selbst nach mehreren Monaten noch nicht die erbetenen Mitteilungen über die Abstellung der vorhandenen Mängel eingetroffen sind. Ich mache daher einen Vorschlag: Wenn auf diesem Gebiete in Zukunft nicht



Inmitten eines kriegszerstörten Waldes wächst das neue Dorf

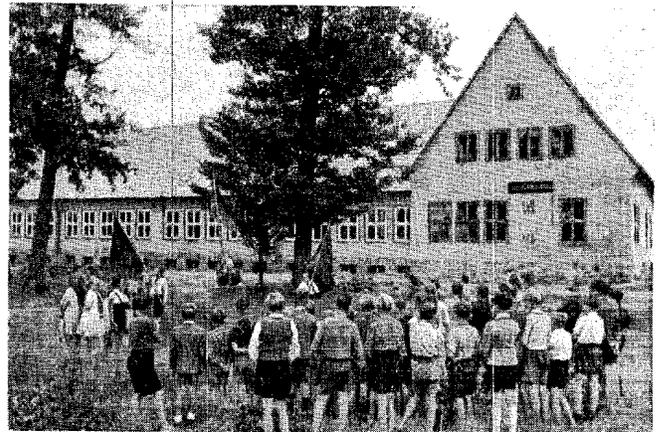
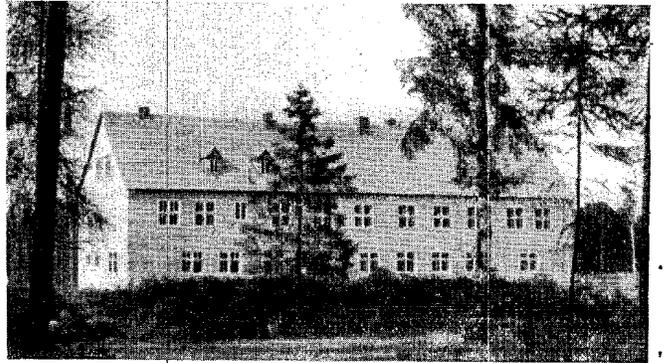
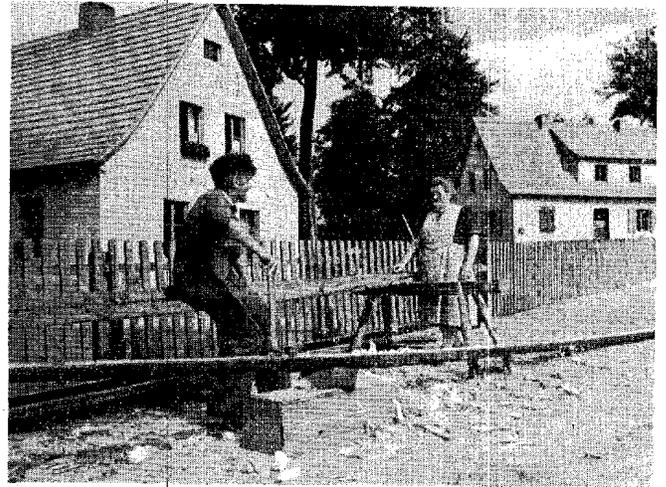
NEUE DÖRFER

Neue Menschen mit einer neuen Einstellung zur Arbeit leben in unserem Dorf, nicht mehr als Tagelöhner des Guts-herrn, sondern frei auf eigener Scholle, in den Häusern, die nach unseren demo-kraftischen Gesetzen aus eigener Kraft und mit gegenseitiger Hilfe gebaut wer-den konnten. Über die Sicherung ihrer Lebensverhältnisse und ihr tägliches

FREILEBEN Sachsen-Anhalt

In Freileben wurde ein Landambulatorium errichtet, das der Einwohnerschaft und der Bevölkerung der Umgegend demnächst zur Verfügung stehen wird

Bild unten rechts: Die neue Dorfschule von Freileben

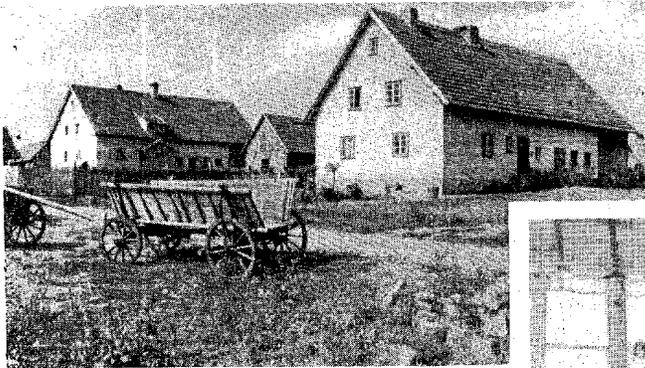
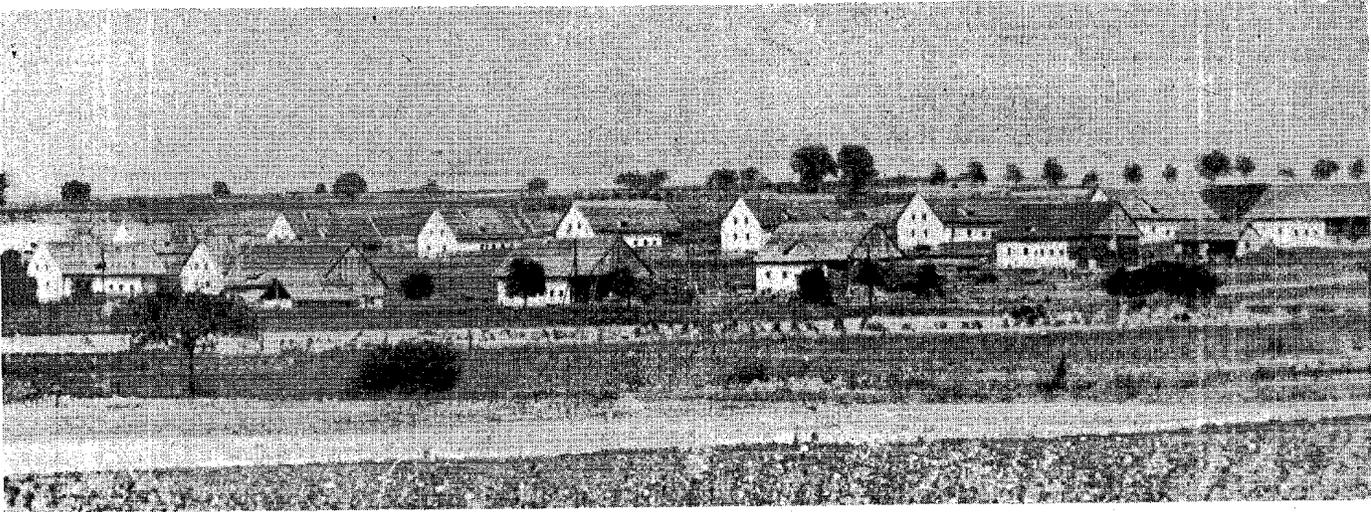


FÜR NEUE MENSCHEN

brachten Unterschiede zwischen Stadt und Land immer mehr, und es wird eine der wichtigsten Aufgaben unserer staatlichen Verwaltungen sein, diese fortschrittliche Entwicklung mit allen Kräften weiter zu fördern und talkräftig zu unterstützen.

Schaffen hinaus nehmen die Menschen in den Dörfern aktiven Anteil am kulturellen Aufbau. Die Maschinenausleihstation ist nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch kultureller Mittelpunkt des Dorfes geworden. In ehemaligen Schlössern und neu erbauten Klubhäusern treffen sich unsere Bauern und Landarbeiter zu kulturellen Veranstaltungen, gesellschaftlichen Versammlungen und auch zum Spiel und Tanz. Viele Orte werden regelmäßig von der Volksbühne, den Filmwagen der MAS und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft besucht, während die Laienspielgruppen des Kulturbundes und besonders der FDJ die Volkskunst pflegen. So verschwinden die altherge-

SCHILFA Thüringen

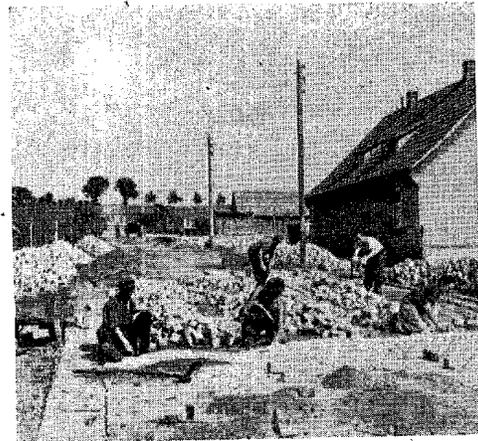


Alle Neubauern dieses Dorfes haben Land durch den Bodenreformfonds aus ehemaligem Gutsbesitz erhalten

An Stelle der alten verfallenen Wohngebäude für die ehemaligen Gutsarbeiter entstehen neue Häuser in Lehmstampfweise. Die Stallungen werden massiv gebaut

Neubau der Dorfstraße

Aufn. Kolbe



besser gearbeitet wird, dann werden alle Minister und Staatssekretäre, alle Hauptabteilungsleiter und wer sonst für die durch Nichtbeachtung der Haushaltspläne entstandenen Schäden verantwortlich ist, aus ihrem Gehalt die entsprechenden Ausgleichs für die Staatskasse schaffen müssen. Das ist ernst gemeint. Wir müssen es nämlich wirklich lernen, daß, wenn wir einen neuen Staat aufbauen wollen, wir auch verpflichtet sind, das Höhere, das Bedeutsame dieses Staates, nämlich den Gedanken der Gemeinschaft, in unserem Handeln als das entscheidende Element wirksam werden zu lassen. Wenn man berücksichtigt, daß bei den Prüfungen nur ein Teil der Verwaltungsstellen erfaßt werden konnte, ergibt sich für unsere gesamte Finanzwirtschaft ein ernstes Bild, und alle Verantwortlichen müssen dafür sorgen, daß künftig bereits die Entstehung solcher Haushaltsdelikte und solcher Verstöße vermieden wird.

Sechs Grundsätze für gute Finanzpolitik und verbesserte Verwaltungsarbeit

Für die Durchführung einer solchen Finanzpolitik und Verwaltungsarbeit möchte ich einige Grundsätze aufstellen:

1. Die Mitarbeiter der Finanzverwaltung in unserer Volkswirtschaft, in den Ministerien der Republik und der Länder, in den Kreisen und in den Gemeinden müssen sich bewußt als die Hüter des Volksvermögens fühlen. Jeder Angestellte muß wissen, daß er bei der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln über Volksvermögen verfügt und daß er zur sparsamsten und wirtschaftlichsten Verwendung dieser Mittel im Rahmen der Haushalts- und Finanzpläne verpflichtet ist. Es muß daher gefordert werden, die besten, die fortschrittlichsten und die verantwortungsbewußtesten Verwaltungsangestellten zur Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln heranzuziehen. Hierbei erscheint es mir vor allem wünschenswert, auch mehr Frauen zu dieser Arbeit einzusetzen. Wir wissen es alle aus unseren vier Wänden: Frauen sind gute Rechner und geschickte Hausfrauen. Sie haben als Hausfrauen vor allem gelernt, mit dem Pfennig zu rechnen, und dieses Prinzip, mit dem Pfennig rechnen, das wir schon bei der Besprechung unseres Fünfjahrplanes entwickelt haben, muß ein Prinzip unserer Finanzpolitik werden.
2. Die Mitarbeiter in der Finanzwirtschaft müssen lernen, lernen und wirklich nochmals lernen. Es geht nicht anders. Jeder, der Anspruch auf Beschäftigung im Finanzapparat oder Wirtschaftsapparat erhebt, muß sich selbst qualifizieren, jeden Tag, durch seine ernste Arbeit. Zahlreiche Verstöße, von denen ich hier gesprochen habe, sind allein auf mangelnde Gesetzeskenntnis und ungenügendes Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zurückzuführen. Das zeigt, daß viele Mitarbeiter in der Finanzwirtschaft und in der Wirtschaft überhaupt noch große Wissenslücken auffüllen müssen. Deshalb ist zu fordern, an allen Hoch- und Verwaltungsschulen Vorlesungen und Vorträge über staatliche Haushaltswirtschaft abzuhalten. Es ist auch zu fordern, neue Lehrbücher über das Haushaltswesen für das Selbststudium zu schaffen.
3. Das Recht zur Bearbeitung von Haushaltsangelegenheiten ist vom Nachweis eines Mindestmaßes an Kenntnissen auf dem Gebiete des Finanzwesens abhängig zu machen. Die Verantwortlichkeit aller Mitarbeiter in der Finanzwirtschaft muß vor allen Dingen klar festgelegt werden. Die bei der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln festgestellte Großzügigkeit und Leichtfertigkeit ist heute die Folge mangelnden Verantwortungsbewußtseins und des Fehlens einer klaren Abgrenzung der Verantwortlichkeit. Es ist deshalb notwendig, daß die Fachminister, die Staatssekretäre und die Hauptabteilungsleiter besondere Beauftragte für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung ihres Haushaltsplanes bestimmen. Die Verantwortung soll sich insbesondere auf die gewissenhafte Verteilung der Mittel und die zweckmäßige Kontrolle einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung erstrecken. Sie haben den rechtzeitigen Eingang der Haushaltseinnahmen zu überwachen und sind persönlich mit ihrem Einkommen, aber auch strafrechtlich haftbar, wenn sie Zahlungen anweisen, die gegen Gesetze verstoßen oder die eine Verschleuderung von Volksvermögen darstellen. Das wird ein

neues Prinzip in unserer Finanzpolitik werden, ein Prinzip, das wir, wenn es sein muß, auch mit Schmerzen durchführen. Es muß darum noch einmal mit allem Ernst gesagt werden: Jeder Beschäftigte in der Finanzverwaltung muß sich qualifizieren. Er muß die Gesetze und die Haushaltsbestimmungen kennen, um nicht in die Gefahr einer solchen Verantwortung gezogen zu werden.

4. Eine planmäßig durchgeführte Dienstaufsicht beugt Verstößen gegen die Haushaltsdisziplin vor. Die Kontrollen haben ergeben, daß vor allem dort eine Mißwirtschaft festzustellen war, wo die Dienstaufsicht und die Kontrolle innerhalb des Betriebes gefehlt hat. Richtige Kontrollen verbessern die Arbeit; denn richtige Kontrollen dürfen nicht nur kritische Bemerkungen enthalten, sondern sie müssen Anweisungen zum richtigen Handeln und Arbeiten sein. Deshalb müssen die Minister und die Staatssekretäre dafür sorgen, daß im Wege der Dienstaufsicht aller nachgeordneten Stellen mindestens einmal im Jahre auf die Durchführung einer ordentlichen Finanzkontrolle geachtet wird.

5. Die Demokratisierung der Haushaltskontrolle ist ein wichtiger Hebel zur Verbesserung der Haushaltswirtschaft. Es ist deshalb zu fordern, daß die Finanzausschüsse in den Kreisen und Gemeinden die Durchführung des Haushaltsplanes nach den Bestimmungen der Kreis- und Gemeindeordnung genau überwachen. Es genügt nicht, daß sie den Haushaltsplan annehmen, sondern sie müssen ihn im Laufe des Jahres genau überwachen. Es muß gefordert werden, daß die Zusammenarbeit der Finanzausschüsse mit den Kontrollorganen der Finanzministerien verbessert wird.

6. Die Verbesserung der Arbeit der Kontroll- und Revisionsabteilungen ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Haushaltsdisziplin. Hier ist neben der politischen und fachlichen Qualifizierung der Prüfer vor allem der Erfahrungsaustausch zwischen allen Kontroll- und Revisionsabteilungen und der Volkskontrolle zu organisieren. Ich spreche absichtlich von der Mitwirkung der Volkskontrolle, weil ich den Eindruck gewonnen habe, daß bisher die operative Mitarbeit und die reichen Erfahrungen dieser für den Aufbau unseres Staates bedeutsamen Organe auch bei der Finanzverwaltung nur ungenügend herangezogen worden sind. Volkskontrolle und staatliche Kontrolle sind zwei Dinge mit verschiedenen Namen die aber einer und derselben Sache zu dienen haben, nämlich der Schaffung einer demokratischen Staatsdisziplin. Jede staatliche Kontrolle muß, wenn sie überhaupt Sinn haben soll, ihre Wurzeln tief nach unten strecken, in Verbindung mit den Organen der Volkskontrolle die Vorgänge von der unteren Basis des Volkslebens her beobachten, nach oben tragen und oben sichtbar machen. Ohne Volkskontrolle hängt auch die beste staatliche Kontrolle in der Luft. Es muß eine innige Verbindung zwischen diesen beiden Organen geschaffen werden. Deshalb legt die Regierung entscheidenden Wert darauf, sich von dieser Stelle aus einmal an jene Verwaltungen in den Ländern, Kreisen und Gemeinden zu wenden, die die Wichtigkeit dieser Volkskontrolle immer noch nicht begriffen haben. Die staatlichen Verwaltungen, die Kreis- und Gemeindeverwaltungen sollen von dieser Stelle aus einmal hören, daß sie die Pflicht haben, ihre Türen für die Organe der Volkskontrolle weit aufzumachen und die Arbeit der Volkskontrollorgane zu unterstützen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß Angestellte der Finanzverwaltung die Mitwirkung der Volkskontrollorgane bei einer allgemeinen Lohnsteuerkontrolle ablehnen und ausschalten. Im Gegenteil, die Verwaltungen sind verpflichtet, den Volkskontrollorganen Räume und Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Sie müssen ihnen Schreibmaterialien, Schreibkräfte, Telefon, Einsicht in die Geschäftsbücher und alles, was dazu gehört, geben, damit sie einen klaren Überblick bekommen und arbeiten können.

Ich stehe nicht an, hier zu erklären: Wenn man die Volkskontrollorgane weiterhin daran hindert, ihre Aufgaben im Interesse des Volkes durchzuführen, wird dafür gesorgt werden, daß in solchen Amtsstuben Fenster und Türen einmal recht weit aufgemacht werden, damit frische Luft hineinkommt. Ich glaube, das wird für die Leute, die darinsitzen und immer von gestern reden, nur von großem Vorteil sein. Die schönsten Gesetze und die

besten Verordnungen bleiben ein Stück wertloses Papier, wenn wir sie nicht lebendig werden lassen. Ich brauche hier nur an jene Fehler zu erinnern, die bei der Durchführung der Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Lebenslage der Umsiedler und bei der Rentenerhöhung für Bergarbeiter zutage getreten sind, bei denen es Verwaltungsbeamte fertiggebracht haben, den Sinn dieser Verordnungen fast in ihr Gegenteil zu verkehren und so in den Augen der beteiligten Menschen aus dem Volke das Ansehen der Regierung, ihre Wahrhaftigkeit und ihre Zuverlässigkeit in Staub und Schmutz zu ziehen.

Unser richtiger Weg

Ich habe während meiner Ausführungen die engen Verbindungen der Finanzpolitik und der Wirtschaftspolitik geschildert. Die Verwirklichung der Finanz- und Wirtschaftspolitik geschieht durch die Erfüllung und Übererfüllung des Fünfjahrplanes. Genauso, wie es im Abschnitt des Zweijahrplanes gewesen ist, daß wir durch die vorzeitige Erfüllung und Übererfüllung große, einschneidende Maßnahmen zur Verbesserung des Lebens durchführen konnten,

muß es in der Auswirkung des Fünfjahrplanes und seiner einzelnen Volkswirtschaftspläne werden. Der Fünfjahrplan ist also für die Regierung und für unsere gesamte Politik ein starker Hebel im Kampf um die Wiederherstellung der Einheit eines unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands, im Kampf um die Sicherung und die Erhaltung des Friedens. Dieser Kampf, den wir so auf dem Boden der Wirtschaft und auf dem Boden unserer Finanzorgane führen, wird siegreich sein, wenn wir unsere Anstrengungen für den Aufbau der Friedenswirtschaft verstärken und wenn es uns gelingt, alle friedliebenden Menschen von der Richtigkeit dieses Weges zu überzeugen. Das deutsche Volk steht in diesem Kampf nicht allein. Seite an Seite mit den Völkern der Volksdemokratien und mit allen friedliebenden Menschen der Welt werden wir unter Führung der großen Sowjetunion auch auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet dafür sorgen, daß das Glück und der Wohlstand der Werktätigen gesichert werden.

(Auszüge aus den Referaten der Staatssekretäre Rumpf und Georgino werden wir in Heft 11 bringen. D. Red.)

Aus der Arbeit des Ministeriums für Volksbildung der DDR

Unsere Jugend im Geiste der fortschrittlichen Wissenschaft heranzubilden, ist die vordringlichste Aufgabe des Ministeriums für Volksbildung. Ihre Lösung erfolgt auf der Grundlage des Gesetzes zur Demokratisierung der deutschen Schule, durch das die Jugend zu selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Menschen erzogen werden soll, die frei sind von nazistischen und militaristischen Auffassungen und in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern leben wollen.

Um dieses Ziel zu erreichen, war es notwendig, zunächst den Unterricht selbst auf allen Gebieten zu demokratisieren und ihn auf den neuen wissenschaftlichen Stand zu bringen. Gestützt auf das Gesetz zur Förderung der Jugend, entstand aus der Wettbewerbsidee in unseren Schulen heraus eine neue Erziehungsarbeit, die in den Lernaktivitäten der Jungen Pioniere, in der neuen Einstellung des Elternhauses zur Schularbeit, in den jungen Erziehungskräften und in den demokratischen Schulverwaltungen bis zu den Ministerien ihre vielfach gesicherte Grundlage findet. So zeigten die Abschlußprüfungen der Lehrerausbildung in diesem Jahr eine weitere Steigerung der Leistungen unserer Schüler und Erzieher. Auf diesen Ergebnissen aufbauend, soll nun im Schuljahr 1951/52, das unter dem Leitwort „Wir lehren, lernen und kämpfen für den Frieden“ steht, die Wissenschaftlichkeit des Unterrichts verstärkt und die Erziehung zum nationalen Bewußtsein weiterentwickelt werden.

In materieller Hinsicht ist als beachtlicher Erfolg zu verzeichnen, daß bis jetzt 481 Schulgebäude und 971 für schulische Zwecke bestimmte Räume ihrem Verwendungszweck wieder zugeführt wurden. Durch Neu- und Umbauten sowie Erweiterungsbauten konnten 422 Schulgebäude neu benutzt werden. In diesem Jahre allein werden unter Aufwand von mehr als 41 Millionen DM 50 000 Schulplätze für Berufs-, Grund- und Oberschulen geschaffen.

Die Verordnung zur Erhaltung und Förderung unserer Wissenschaft und Kunst verdient besondere Beachtung, denn ihre Durchführung ist ebenfalls eine wesentliche Aufgabe der Regierung. In seiner Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949 brachte Ministerpräsident Grotewohl zum Ausdruck, daß die bereits eingeleiteten diesbezüglichen Maßnahmen energisch fortgesetzt werden würden. Diese Erklärung fand dann ihren konkreten Ausdruck in der Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen, demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz.

Schon 1949 hatten 19 Hochschulen gegenüber 13 im Jahre 1939 die Arbeit aufgenommen. Im gleichen Jahre waren bereits mehr als 25 Prozent aller Studierenden Kinder von Arbeitern und Bauern. Die Stipendien überschritten die Aufwendungen auf diesem Gebiet im kaiserlichen Deutschland um das Hundertfache und die der Weimarer Republik um das Fünfzehnfache. Mil-

lionenbeträge wurden für die Wiederherstellung bzw. Erweiterung der Hochschulen, wie der Universitäten Berlin, Leipzig, Jena, der Technischen Hochschule Dresden, der Bergakademie Freiberg und der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“, zur Verfügung gestellt. Auch den Forschungsinstituten, von denen 1949 bereits 390 arbeiteten, wird größte Förderung zuteil.

Die Hochschule für angewandte Kunst erhält ein neues Gebäude. Zur Ausbildung eines hochqualifizierten Musikernachwuchses errichtet das Ministerium in Berlin ein staatliches Konservatorium für 250 Studierende. Die Ausstattung unserer Betriebe, Maschinenausleihstationen und volkseigenen Güter mit guten Büchereien erfordert die Bereitstellung geeigneter Bibliothekare. Zu ihrer gründlichen, sachgemäßen Ausbildung wurde 1950 ein Institut für Bibliothekswesen gegründet. Diese Beispiele geben nur

Es geht jetzt darum, zu einer gesamtdeutschen Beratung auf breiter Basis zu gelangen. Es geht darum, dem tief im deutschen Volk wurzelnden Wunsch nach Einheit und Frieden erneut sichtbaren Ausdruck und unüberwindliche Wirksamkeit zu verleihen

Otto Grotewohl

eine schwerpunktmäßige, keineswegs erschöpfende Übersicht dessen, was in der Deutschen Demokratischen Republik zur Entfaltung einer freien, fortschrittlichen Wissenschaft und Kunst getan wurde und geplant ist. Im Mittelpunkt dieses Schaffens aber steht der Mensch, der Forscher, Lehrer, Techniker und Künstler als Mittler des Fortschritts. Er findet seine besondere Würdigung und Förderung durch die Verleihung von Nationalpreisen und Ehrenbezeichnungen sowie durch großzügige materielle Hilfe, z. B. durch Kredite für den Bau eines Eigenheimes, wofür allein insgesamt 10 Millionen DM bereitgestellt wurden.

Die Förderung der Wissenschaft und Kultur, die Entwicklung einer neuen Intelligenz aus allen Schichten des Volkes ist eine bedeutende Aufgabe im Rahmen unseres Fünfjahrplanes. Es ist von allen verantwortlichen Stellen der staatlichen Verwaltungen in den Ländern, Kreisen und Gemeinden zu erwarten, daß sie dieser Aufgabe in Durchführung unserer demokratischen Gesetze größte Aufmerksamkeit widmen und an ihre bestmögliche Lösung mit dem Verständnis und Elan herangehen, den die Bevölkerung von einer fortschrittlichen Verwaltung mit Recht verlangt.

T.

Aufbaugebiete in der Deutschen Demokratischen Republik

Walter Pisternik, Ministerium für Aufbau der DDR

Der Kampf zwischen öffentlichen und privaten Interessen beim Bauen in den Städten ist aus der kapitalistischen Vergangenheit hinreichend bekannt. Die privaten Besitzer sträubten sich immer, ihre Grundstücke ganz oder teilweise für öffentliche Zwecke herzugeben, verlangten ungerechtfertigte Grundstückspreise und erschwerten oder verhinderten hierdurch das einheitliche Gestalten eines Straßenzuges, eines Platzes oder eines Wohnviertels. Die Spekulanten des Grundstücksmarktes trieben die Grundstückspreise hinauf und füllten sich die Taschen. Zugleich wurde durch engste Bebauung dafür gesorgt, recht viele Wohnungen auf einem Grundstück zu errichten, um hohe Erträge zu haben. So entstanden jene Mietskasernen-Wohnungen, von denen Zille sagte, „daß man mit ihnen einen Menschen wie mit der Axt erschlagen könne“.

In der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin ist dieser Zustand überwunden. Die Volkskammer hat am 6. September 1950 das Aufbaugesetz und der Magistrat von Berlin am 18. Dezember 1950 die Aufbauordnung beschlossen, die die neue städtebauliche Rechtsordnung für den Aufbau unserer Städte festlegen. Was wurde festgelegt? Als erstes und wichtigstes: Der planmäßige Aufbau der Städte. Nach übergeordneten, dem Ganzen dienenden und von der Volkskammer beschlossenen Grundsätzen des Städtebaus ist der Aufbau unserer Städte zu planen. Eigensüchtige und private Belange gegenüber den Bedürfnissen der Gesamtheit zurückzutreten. Der Aufbau der Städte richtet sich nicht nach den alten Grundstücksgrenzen. Wenn Straßen und Plätze erweitert, Grünflächen angelegt und neue Wohnviertel oder Städte gebaut werden sollen, gelten nicht die alten, durch zufälligen Erwerb oder in kapitalistischer Spekulationsgier entstandenen Grundstücksgrenzen, sondern neue, auf Grund sorgfältiger Planung ermittelte, mit der Bevölkerung der Städte diskutierte, von den Volksvertretungen beraten und von der Regierung bestätigte Stadtbebauungspläne. Als zweites nicht weniger Wichtiges wurde festgelegt: Um den Aufbau der Städte durchzuführen, kann die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Städte, Kreise und Gemeinden oder Teile hiervon zu **Aufbaugebieten** erklären. Die Erklärung zum Aufbaugebiet bewirkt, daß in diesem Gebiet eine Inanspruchnahme von bebauten und un bebauten Grundstücken für den Aufbau und eine damit verbundene dauernde oder zeitweilige Beschränkung oder Entziehung des Eigentums und anderer Rechte erfolgen kann (§ 14 des Aufbaugesetzes).

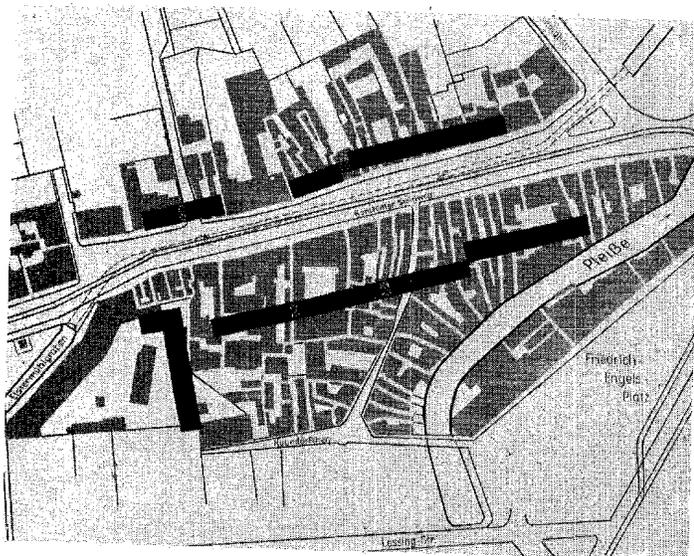
Die Regierung unserer Republik hat, um den planmäßigen Aufbau der Städte durchzuführen, in ihrer Verordnung vom 7. Juni 1951 die im Zentrum und im zentralen Bezirk gelegenen Gebiete der Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz, Magdeburg, Dessau,

Rostock-Warnemünde, Wismar und Nordhausen zu Aufbaugebieten erklärt. Das Ministerium für Aufbau ist ermächtigt worden, zusammen mit der Staatlichen Plankommission weitere Städte, Kreise und Gemeinden oder Teile hiervon zu Aufbaugebieten zu erklären. Was geschieht in den Aufbaugebieten? Die städtebauliche Planung wird durchgeführt und der Aufbau beginnt! Obwohl die Stadtplanungen in Berlin, Magdeburg, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Dessau, Rostock, Wismar und Nordhausen noch nicht abgeschlossen sind, wird an den Stellen, wo die Teilbebauungspläne fertiggestellt und bestätigt wurden, im Rahmen der nach dem Volkswirtschaftsplan zur Verfügung stehenden Mittel und Materialien gebaut. In Dresden entstehen in der Grunaer Straße, in Leipzig am Ranstädter Steinweg, in Magdeburg am Breiten Weg, in Chemnitz, Dessau, Rostock, Wismar und Nordhausen am oder in der Nähe des zentralen Platzes Wohnbauten, Rathäuser oder Schulen.

In allen Städten gab und gibt es Grundstücke, die nicht Volkseigentum, sondern Privateigentum sind. Diese Grundstücke müssen, um nach bestätigtem Plan bauen zu können, für Zwecke des Aufbaues in Anspruch genommen werden. Den Besitzern wird also das Recht zur Nutzung ihres Grundstückes zugunsten des Aufbaues entzogen. Wie geschieht nun diese Inanspruchnahme der Grundstücke für Aufbauzwecke? Die Wahl der Baustandorte wird in Sitzungen der öffentlichen Körperschaften beraten. Hier werden die Aufbauziele diskutiert. Es ist sinnvoll und einleuchtend, daß in den zerstörten Städten der Stadtkern aufgebaut wird, wo Straßen und Versorgungsleitungen vorhanden sind, und daß die Baumaßnahmen nicht etwa vor der Stadt beginnen, wo neue Straßen gebaut, neue Versorgungsleitungen gelegt und neue Verkehrseinrichtungen geschaffen werden müssen. Es ist ebenso einleuchtend, daß die neuen Wohnbauten sich nicht nach schmalen oder breiten Grundstücksgrenzen richten, deren seitliche Grenzen einmal recht- und einmal schiefwinkelig zur Straße gehen, sondern daß sie über die alten Grundstücksgrenzen hinweggreifen, schöne und bequeme Wohnungen enthalten und durch Gesamtgestaltung des Straßenzuges und des Wohnviertels nach großem Wurf der Städtebauer und Architekten einheitlich, organisch, hygienisch einwandfrei und schön werden.

Die bisherige Aussprache über das Sinnvolle dieses planmäßigen Aufbaues in vielen Städten unserer Republik ergab überall Zustimmung bei denen, die ihre Grundstücke für den Aufbau zur Verfügung stellen sollen, und sie ergab auch Zustimmung bei der Bevölkerung, mit der hierüber diskutiert wurde. Alle sehen die Richtigkeit dieses planmäßigen Aufbaues ein. Der Grundstückseigentümer vergibt sich hierbei ja auch nichts, denn seine Entschädigungsansprüche bleiben bestehen. Mit der Eintragung der Inanspruchnahme des Grundstückes für Aufbauzwecke in das Grundbuch (§ 8 der Verordnung) wird das Recht auf Entschädigung nach den zu erlassenden Bestimmungen bestätigt. Wenn jedoch durch die Inanspruchnahme eines Grundstückes für den Eigentümer soziale Härten entstehen, was beispielsweise durch den Entzug der Grundstücksnutzung auftreten kann, wird hierfür ein Ausgleich gewährt (siehe Durchführungsverordnung zum Gesetz über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, vom 7. Juni 1951, GBl. S. 552 — Heft 8, S. 232).

Durch diese Maßnahmen der Regierung unserer Republik geht der Aufbau unserer Städte planvoll vorstatten. Unsere Städte werden schöne Städte werden, in denen wir, um mit den Worten des Ministers für Aufbau, Dr. Lothar Bolz, zu sprechen, die Befriedigung des menschlichen Anspruchs auf Arbeit, auf Wohnung, auf Kultur, auf Erholung zu voller Harmonie finden werden.



Wohnbauten 1951 im zentralen Bezirk von Leipzig, Ranstädter Steinweg. Die schwarzen Baukörper stellen die neue Bebauung dar, die Luft und Sonne an die Wohnungen heranläßt. Die heller getönten veranschaulichen die alte, enge Bebauung mit luft- und sonnenarmen Hinterhäusern.

Aus dem Baugeschehen der Stadt Leipzig

Stadtbaurat Brendel, Leipzig

Auch die Stadt Leipzig hat unter den Auswirkungen des barbarischen Bombenkrieges aufs schwerste gelitten. 37 522 Wohnungen waren völlig zerstört, etwa 5000 schwer, 8000 mittel und 38 000 leicht beschädigt. Öffentliche Gebäude, Schulen und Krankenhäuser waren in Schutt und Asche gesunken, viele Bauten der Kultur, insbesondere das Gewandhaus und die Langhans'sche Oper, völlig zerstört. Die wesentlichsten Bauten der Universität mußten abgeschriben werden. Die Ausstellungsfläche der Messehäuser im Zentrum war von 113 813 Quadratmetern (1939) auf 17 329 (1946) und die des Geländes der Technischen Messe von 83 768 Quadratmetern auf 9026 gesunken.

Es war selbstverständlich, daß dieser Umfang der Zerstörungen Veranlassung sein mußte, grundsätzliche Überlegungen darüber anzustellen, wie man bei einem Neuaufbau der Stadt nicht nur zu einem besseren städtebaulichen Bild, sondern auch zu einer Gesundung des gesamten städtebaulichen Organismus der Stadt einschließlich seines Verkehrssystems kommen könnte. Diese Aufgabe ist nach der Struktur der in Leipzig vorliegenden Zerstörungen nicht einfach zu lösen, weil die Stadt weniger von radikalen Flächenzerstörungen betroffen worden ist als etwa Dresden. Auch in den Gebieten mit den größten Zerstörungen, z. B. der inneren Südvorstadt, sind überall noch einzelne Gebäude stehen geblieben, die sich in die Planung schwer einzubeziehen lassen. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte sowie der Struktur der Stadt wurden Pläne entwickelt, die zwar noch einer weiteren Reife bedürfen, aber in ihrer Grundstruktur doch schon die wesentlichen Gesichtspunkte des künftigen Stadtgefüges zeigen.

Als erster Bebauungsplan konnte der Bebauungsplan Leipzig-Innere Altstadt am 26. Januar 1949 von den Stadtverordneten verabschiedet werden. Die Bearbeitung dieses Gebietes war insofern von besonderer Bedeutung, als schon im Jahr 1946 sich umfangreiche Baumaßnahmen zur Förderung der Messe notwendig machten, die bereits den neuen Gesichtspunkten der Stadtplanung Rechnung tragen mußten. Der neue Bebauungsplan für die innere Altstadt versucht, den Anforderungen der starken Verkehrsbelastung, insbesondere zu Messezeiten, Rechnung zu tragen, ohne den traditionellen mittelalterlichen Stadtgrundriß zu zerstören. Die Verbreiterung der Straßen macht insofern Schwierigkeiten, als zahlreiche noch bestehende Gebäude, deren Abbruch zunächst nicht vertreten werden kann, diesem Vorhaben im Wege stehen. Es wurde unter diesen Umständen zu dem Mittel der Arkaden zur Verbreiterung des Verkehrsraumes gegriffen, so daß der Eindruck der Leipziger Innenstadt künftig sehr stark von Laubengängen mitbestimmt werden wird.

Der praktische Wiederaufbau mußte durch die Einleitung der umfassenden Entrümmerungsmaßnahmen vorbereitet werden. Nach der Art der Zerstörung war es notwendig, sich zunächst mit der Wiederherstellung des beschädigten Wohnraumes zu befassen, ehe neue Bauten in größerem Umfang in Angriff genommen werden konnten. Dieser sehr umfangreiche Teil des Wiederaufbaues der Stadt trug wesentlich dazu bei, die Wohnungsnot etwas zu mildern. Jetzt ist diese erste Phase des Wiederaufbaues beendet, so daß mit der Ausführung umfangreicher Neubauten das Gesicht der Stadt eine neue Prägung erhalten wird. Es seien hier nur einige Projekte genannt, die teils in der Durchführung begriffen sind, teils zunächst das Stadium der Projektierung beendet haben werden. Große Bedeutung wird dem Neubau von Wohnungen beigemessen. An der Straße der III. Weltfestspiele wurde am 1. Mai der Grundstein für den ersten Wohnungsbauschwerpunkt gelegt. Es werden hier 226 Wohnungseinheiten und 18 moderne Läden entstehen. An Stelle einer ungeordneten, von Hinterhöfen durchsetzten und unhygienischen Bebauung entstehen hier sonnige Wohnungen. Zwar ist in dieser ersten Phase des Wiederaufbaues der Umfang der Wohnungen noch nicht so groß, daß er unseren berechtigten Bedürfnissen in allen Fällen gerecht werden könnte, jedoch werden im weiteren Ablauf des Fünfjahresplanes auch die Wohnungen größer und schöner gestaltet werden.

Der Wiederaufbau der Messehäuser in der Innenstadt hat mit dem ersten Bauabschnitt des Messeschwerpunktes in der Petersstraße seinen Anfang genommen und wird planmäßig unter Berücksichtigung der Organisation und der Verhältnisse der Messe ihren Fortgang nehmen. Die Technische Messe wird im Zuge der umfangreichen Baumaßnahmen ein völlig neues Gesicht erhalten und dabei zum ersten Male auch städtebaulich dem weltumspannenden Gedanken der Messe Ausdruck geben. Betrug die Ausstellungsfläche der Messehäuser der Innenstadt nach der Zerstörung 1946 17 329 Quadratmeter und des Geländes der Technischen Messe sogar nur 9026 Quadratmeter, so stieg sie dank unseres gesunden wirtschaftlichen Aufschwunges und der Arbeit aller Bauschaffenden bis 1951 auf 80 489 bzw. 62 902 Quadratmeter.

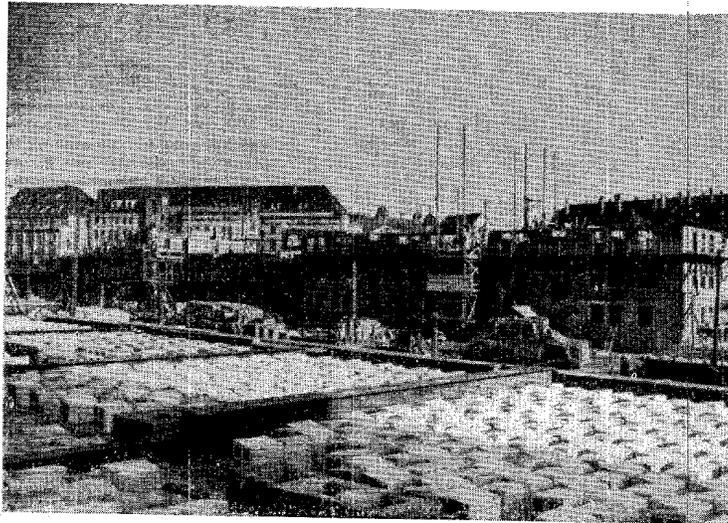
Große Sorgfalt widmet man der Planung der Kulturbauten und der einzelnen städtebaulichen Projekte. Der Neubau des Opernhauses steht bevor. Doch konnten die bisher für dieses Projekt aufgestellten Vorentwürfe den hohen Anforderungen nicht genügen, die an diesen ersten großen Theaterbau der Republik gestellt werden müssen. Es wurde daher ein öffentlicher Architektenwettbewerb ausgeschrieben, der neben der Gestaltung der Oper auch den gesamten Karl-Marx-Platz zum Gegenstand des Entwurfes macht. Dieser Platz, wohl einer der bekanntesten Deutschlands, litt unter einer unglücklichen mittigen Verkehrsdurchschneidung und findet nun durch eine Verschiebung der Platzfläche nach Norden hin eine günstige städtebauliche Lösung.

Im Sinne des Gesetzes zur Förderung der Jugend wird insbesondere auch den Bauten des Sports von seiten der verantwortlichen Stellen der Stadt Leipzig große Bedeutung beigemessen. Großzügige Planungen liegen hier vor. Es soll das gesamte System der Sportanlagen der Stadt neu geordnet werden, was sehr nötig erscheint, da viele Sportplätze in vergangener Zeit auf irgendwelchen ungeeigneten Flächen entstanden, die für andere Zwecke rentabler nicht genutzt werden konnten. Diese dem Breitensport dienenden Sportanlagen sollen künftig in ein System von Volksparks eingegliedert werden. Diese Volksparks, landschaftlich großzügig gestaltet, werden in ihrem Rahmen viele Einrichtungen des Sports, der Erholung und der Kultur vereinigen. Jeder Stadtteil soll seinen eigenen Volkspark erhalten. Unter diesen Gedankengängen ist das erste Projekt, der Volkspark Auensee, zum Teil in freiwilligen Bevölkerungseinsätzen, in Angriff genommen worden. Als Ergänzung zu diesem System der dem Breitensport dienenden Volksparks ist auf den Frankfurter Wiesen an der Stalinallee eine großzügige Sportanlage für den Spitzensport geplant. Das hierfür ausgewählte Gelände liegt äußerst günstig im Herzen der Stadt. Das Kernstück der Anlage, ein Stadion für 100 000 Zuschauer, befindet sich im Zuge der Entrümmierung durch Anschüttung von Trümmern bereits im Bau. Ein Schwimmstadion für 8000 bis 10 000 Zuschauer ist zu 75 Prozent fertiggestellt. Die Arbeiten an der großen Festwiese werden demnächst abgeschlossen, so daß dieses großzügige Projekt sich in seinen wichtigsten Teilen bereits in der Realisierung befindet. Ergänzt werden diese Anlagen durch zahlreiche Übungsplätze für Rasensport, durch Tennisturnieranlagen, ein Hockeystadion und eine Regattabahn, die nach der in Angriff genommenen Entschlammung des Elsterflutbeckens wieder zur Verfügung stehen wird. In engster Anlehnung an dieses Zentrum des Sports wird auf der Südseite der Stalinallee noch in diesem Jahre mit dem Bau der Hochschule für Körperkultur begonnen werden. Der Entwurf dieser Anlage, der aus einem Wettbewerb hervorgegangen ist, sieht neben einem Internat für 1200 Studenten großzügig bemessene Hallen, Seminare und Hörsäle für alle Arten des Sports in Theorie und Praxis vor.

Es konnte hier nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Baugeschehen der Stadt Leipzig gegeben werden. Nicht geringer sind die Baumaßnahmen, die auf dem Gebiete der Universität, der Industrie, des Wiederaufbaues der Schulen und Krankenhäuser im Gange sind. Es sind dies jedoch nur Einzelheiten aus dem Mosaik des weitverzweigten Wiederaufbaues einer Stadt, die durch den Krieg aufs schwerste getroffen wurde und deren gesamte Bevölkerung ans Werk ging, um eine Stadt des Friedens für den Frieden entstehen zu lassen.

Leipzig

Leipzig, heute wieder Messestadt von Weltruf und Schaufenster unserer fortschrittlichen Wirtschaft und Technik im Dienste des Friedens, wird jetzt nach neuzeitlichen Grundsätzen und großzügigen Plänen neu aufgebaut. Bild rechts: Einer der Groß-Wohnungsbauten an der Straße der III. Weltfestspiele (fr. Ransstädter Steinweg).



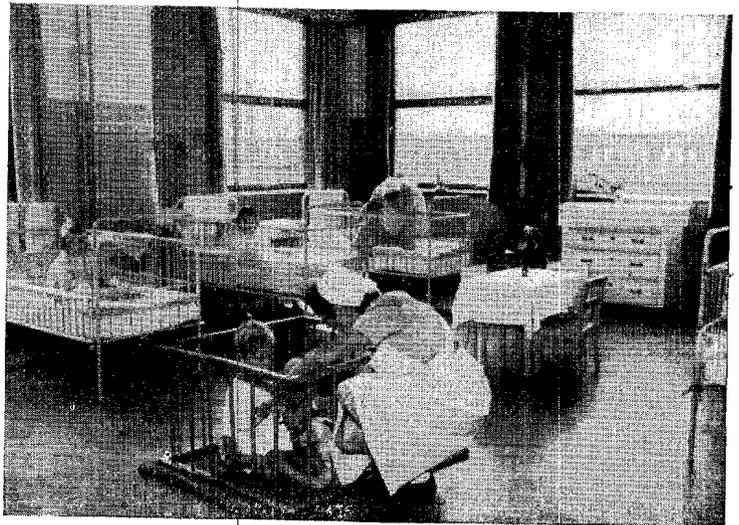
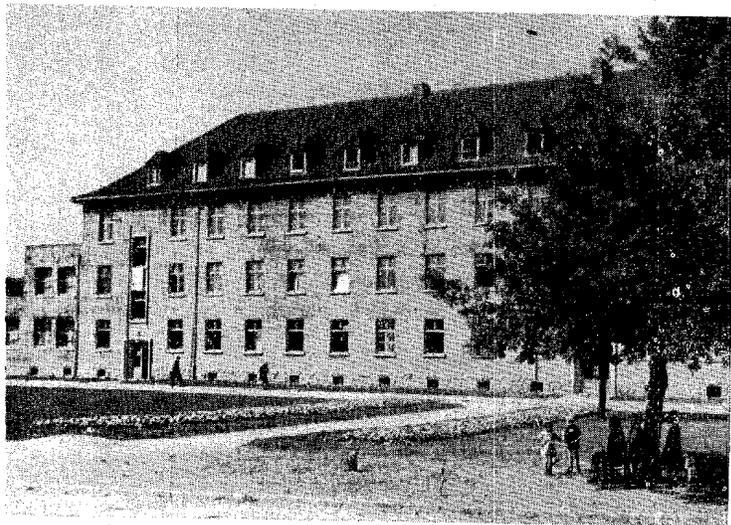
Der Leipziger Bevölkerung werden die hier angewendeten, fortschrittlichen Baumethoden öffentlich praktisch vorgeführt



Aufn. Kolbe (7) Rössing-Winkler

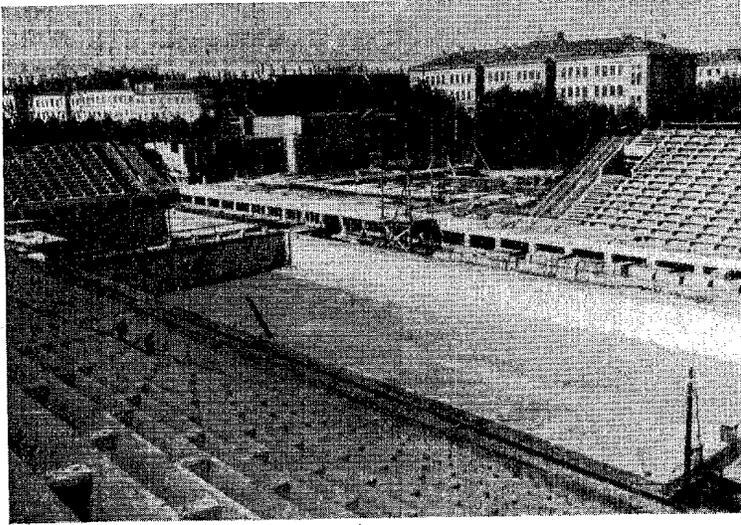
STÄDTE DER DDR

Erfurt

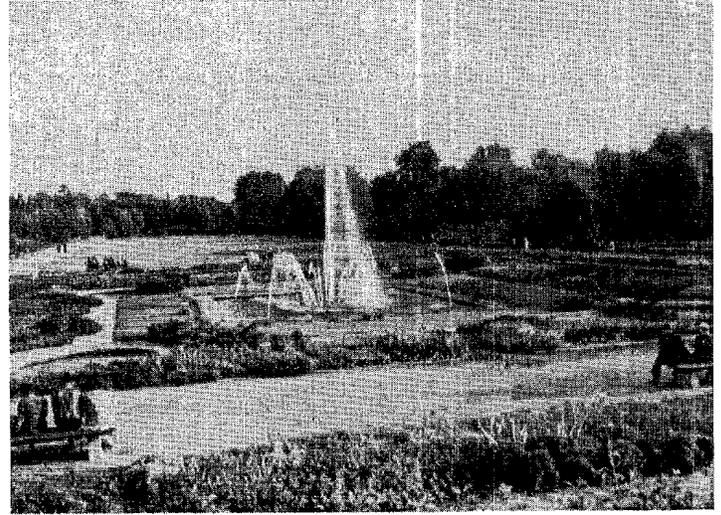


Ehemalige Kasernen dienen dem Frieden. — Aus einem Kasernenblock entsteht durch geschickten Umbau ein neues Krankenhausviertel. Das Kinderkrankenhaus ist bereits in Betrieb. Es faßt 150 Kranke, für deren Betreuung zehn Ärzte zur Verfügung stehen. Hier findet auch zugleich eine Ausbildung von Säuglingsschwestern statt. Die Stadtverwaltung Erfurt tut viel für die Förderung der Jugend. Das beweist der Neu- und Ausbau von Schulen, Jugendheimen und eines Pionierpalastes

Neben den zahlreichen Volksparkanlagen in allen Teilen der Stadt errichtet Leipzig ein Sportzentrum an der Stalinallee, zu dem auch ein Schwimmstadion für 8000 Zuschauer zählt, dessen Bau nahezu beendet ist

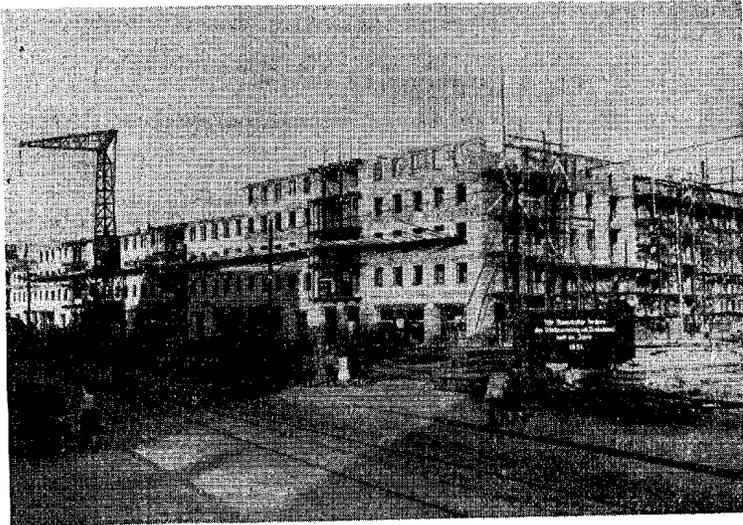


Vorbildliche Grünanlagen für die erholungsuchende Bevölkerung sind bereits wieder, wie hier am Palmengarten, überall in der Stadt erneuert oder entstanden und beleben das Bild der Straßen und Plätze

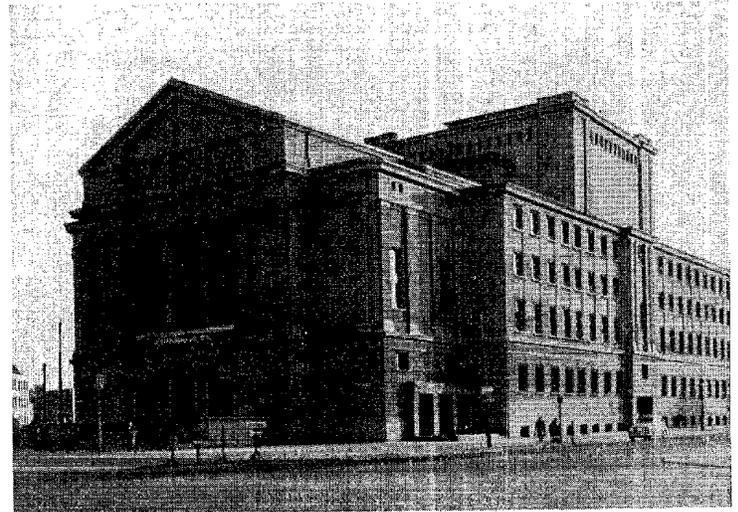


BAUEN FÜR DEN FRIEDEN

Magdeburg



Wohnungsbau am Breiten Weg im schwer zerstörten Zentrum der Stadt. In den Außenbezirken sind ebenfalls neue Wohnblocks im Bau bzw. schon fertiggestellt und von der werktätigen Bevölkerung bezogen worden



Das aus Ruinenresten fast neu erbaute Maxim-Gorki-Theater gehört zu den schönsten der Republik. Der Magdeburger Einwohnerschaft ist damit wieder eine würdige, repräsentative Kulturstätte gegeben worden

Planmäßige und operative Arbeit der Wohnungsämter

H. E. Winrich, Ministerium für Arbeit der DDR

Die Arbeit unserer Wohnungsämter steht in vielen Anfragen und Beschwerden der Bevölkerung an Verwaltungen, Organisationen und Zeitungen im Mittelpunkt. Die nachfolgenden Ausführungen eines Mitarbeiters des Ministeriums für Arbeit stellen darum einen Beitrag zur Klärung einiger offenstehender Fragen dar.

Durch den Hitler-Krieg, besonders aber durch den anglo-amerikanischen Bombenterror, wurde in vielen Dörfern und Städten unseres Vaterlandes eine große Anzahl Wohnhäuser zerstört. Weiterhin war bereits im Jahre 1939 ein bedeutender Wohnungsfehlbestand in Deutschland vorhanden. Schon daraus ist ohne weitere Erklärung zu entnehmen, daß es auch unter Berücksichtigung der bedeutenden Erfolge beim Aufbau unserer Deutschen Demokratischen Republik in der verhältnismäßig kurzen Zeit seit dem Zusammenbruch nicht möglich war, die Wohnungsfrage restlos zu lösen und jedem Bürger eine seinen Wünschen entsprechende Wohnung zuzuweisen. Die Wohnungsämter und alle Dienststellen der Wohnraumlenkung sind unter Mitarbeit der Wohnungsausschüsse jedoch bemüht, den vorhandenen Wohnraum gerecht, d. h. so zu verteilen, daß auch diese Maßnahmen unserer wirtschaftlichen Entwicklung, also der Erfüllung des Fünfjahrplanes, dienen. Bei den Bemühungen um eine gerechte, dem Fortschritt dienende Wohnraumverteilung haben die Wohnungsämter in ihrer oft schwierigen Arbeit anerkennenswerte Erfolge erzielt. Zur Verwirklichung des Gesetzes der Arbeit, in dem die Wohnungsämter verpflichtet werden, den Aktivisten bevorzugt angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, wurden bisher rund 29 000 Aktivistenwohnungen überprüft. Die Wohnungsämter konnten mehr als 4200 Aktivisten größere Zimmer, größere Teilwohnungen oder größere bzw. günstigere, selbständige Wohnungen zuweisen. Zur Durchführung des Landarbeiterschutzes erfolgte eine systematische Überprüfung der Landarbeiterwohnungen. Von den Mitarbeitern der Abteilung Wohnungswesen der Landesregierung Sachsen-Anhalt, dem Landeswohnungsausschuß und der IG Land und Forst wurden z. B. in kurzer Zeit über 60 Gemeinden in 30 Kreisen des Landes kontrolliert. Darüber hinaus fanden in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg Untersuchungen durch die Mitarbeiter der Abteilung Wohnungswesen des Ministeriums für Arbeit der DDR statt, und die hierbei festgestellten Mängel wurden in Zusammenarbeit mit den örtlichen Dienststellen sofort beseitigt. Zur weiteren Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ehemaliger Umsiedler haben die Wohnungsämter ständig helfend eingegriffen. Besondere Erfolge hatten hierbei auf Grund der guten Anleitung durch die Landesregierung und der systematischen Arbeit die Wohnungsämter in Thüringen. In acht Monaten konnten 9152 ehemaligen Umsiedlerfamilien größere oder bessere Zimmer, Teilwohnungen bzw. selbständige Wohnungen zugewiesen werden.

Die bei den verschiedenen Dienststellen der Regierung der DDR eingehenden Beschwerden aus der Bevölkerung beweisen jedoch, daß die Arbeit aller Instanzen der Wohnraumlenkung, also nicht nur der örtlichen Wohnungsämter, verbessert werden muß. Um trotz des auf dem Gebiete der Wohnraumversorgung noch bestehenden Engpasses zu einem Erfolg zu kommen und den noch unzureichend untergebrachten Familien angemessenen Wohnraum zuzuweisen, ist es erforderlich, daß die Wohnungsämter grundsätzlich zu einer planmäßigen, aktiven und operativen Arbeit übergehen. Schon bevor Beschwerden aus der Bevölkerung oder von einer anderen Dienststelle an das Wohnungsamt herangetragen werden, müssen durch operative Arbeit eventuell bestehende Mängel abgestellt sein. Es ist erforderlich, daß sich die Wohnungsämter aus eigener Initiative über die Wohnverhältnisse in ihrer Gemeinde bzw. in ihrem Kreis einen einwandfreien Überblick verschaffen, dann werden auch Notstände hinsichtlich der unzureichenden Unterbringung einzelner Personen oder Familien bald beseitigt sein. Zur Verwirklichung der Gesetze ist weiterhin eine Verbesserung der lenkenden und kontrollierenden

Tätigkeit der Abteilungen Wohnungswesen der Landesregierungen und des Ministeriums für Arbeit der DDR erforderlich. Erste Voraussetzung für die Verwirklichung der Gesetze ist natürlich, daß die Mitarbeiter in den Wohnungsämtern die Gesetze und Verordnungen überhaupt kennen. Dies scheint noch nicht immer in vollem Umfange der Fall zu sein, wie es das folgende Beispiel beweist: Ein Ingenieur stellte beim Rat der Gemeinde Falkensee den Antrag auf Zuweisung von Wohnraum. Hierauf erhielt er von der Gemeinde folgende Anfrage: „Können Sie es als verantwortungsbewußter Betriebsleiter vertreten, daß Sie jede erdenkliche Bequemlichkeit für sich in Anspruch nehmen...?“ Der Ingenieur nahm dazu ausführlich Stellung, und der Erfolg war überraschend. Das Wohnungsamt Falkensee wies ihm nicht etwa den beantragten Wohnraum zu, sondern verfügte, daß von seiner Wohnung noch ein Zimmer erfaßt wurde. Gleichzeitig drohte man, im Verweigerungsfalle eine Ordnungsstrafe bis zu 1000 DM zu verhängen.

Die Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz vom 16. März 1950 ist den Kollegen in Falkensee anscheinend unbekannt, denn hierin heißt es u. a.: „Die Wohnungsämter werden verpflichtet, bei der Wohnungszuteilung an Intellektuelle dafür Sorge zu tragen, daß geeigneter Arbeitsraum zur Verfügung gestellt wird. Gleichzeitig werden die Wohnungsämter verpflichtet, für eine den Aufgaben und der Bedeutung entsprechende Unterbringung der Angehörigen der Intelligenz Sorge zu tragen.“ Erst durch das Eingreifen der Landesstelle des Förderungsausschusses für die schaffende Intelligenz konnte eine befriedigende Lösung in dieser Angelegenheit herbeigeführt werden. Vermutlich handelte es sich bei den Kollegen nicht um Böswilligkeit, sondern um Unkenntnis der Gesetze und um ideologische Unklarheiten, die sie die Bedeutung der fortschrittlichen Intelligenz für unsere friedliche Aufbauarbeit hatten unterschätzen lassen. Das sollte eine eindringliche Mahnung an die Abteilungen Wohnraumlenkung der Landesregierungen sein, die Schulungsarbeit für die Mitarbeiter der Wohnungsämter zu verbessern.

Die sorgfältige Beobachtung der beim Ministerium für Arbeit der DDR eingehenden Beschwerden hat weiterhin ergeben, daß ein Teil unserer Bevölkerung die durch die Kriegsfolgen und den eingangs erwähnten Wohnungsfehlbestand hervorgerufene, allgemein angespannte Wohnraumlage noch verkennt. Zur Erhaltung der Arbeitskraft und der Schaffensfreude unserer Werktätigen und um dadurch die Erfüllung des Fünfjahrplanes zu sichern, muß eine gerechte Wohnraumverteilung erreicht werden. Dazu ist erforderlich, daß unterbelegte Zimmer und Wohnungen durch die Wohnungsämter erfaßt und daß zur besseren Verteilung des Wohnraumes Wohnungsaustausche durchgeführt werden, um diesen Wohnraum den noch unzureichend untergebrachten Familien zur Verfügung stellen zu können. Die Wohnungsämter bedürfen jedoch gerade bei dieser Tätigkeit der Mitwirkung der Wohnungsausschüsse, der demokratischen Organe der Wohnraumlenkung und der ganzen Bevölkerung. Aufgabe der Massenorganisationen und demokratischen Parteien ist es, darauf hinzuwirken, daß in die Wohnungsausschüsse die ideologisch klarsten und rührigsten Funktionäre gewählt werden.

Das Verständnis der Bevölkerung für die augenblicklich in der Wohnraumversorgung noch bestehenden Schwierigkeiten, die Mitarbeit der Bevölkerung und der in den Wohnungsausschüssen vertretenen Massenorganisationen und Parteien bei der Wohnraumverteilung wird es den Wohnungsämtern ermöglichen, eine gerechte Verteilung des Wohnraumes durchzuführen. Die Erfüllung unseres Fünfjahrplanes, der auch diese Maßnahmen dienen, wird durch die Neugewinnung von 9,5 Millionen Quadratmetern Wohnraum in der DDR auf dem Gebiete der Wohnraumversorgung ebenfalls eine entscheidende Änderung bringen.

Volkvertretertagungen in der Sowjetunion

Nachdem wir in den Heften 8 und 9 Beiträge über die Tätigkeit der örtlichen Sowjets und die Arbeit der ständigen Kommissionen des Moskauer Sowjets veröffentlichten, behandeln wir heute die Tagungen der örtlichen Sowjets, die eine umfassende Bedeutung haben. Der nachstehende Artikel ist der „Iswestija“ entnommen.

Die örtlichen Organe des Staatsapparates, also die Sowjets der Deputierten aller Werktätigen, verrichten eine bedeutende wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Arbeit. Zu ihrer Tätigkeit, die sich auf die Mitarbeit der gesamten Bevölkerung stützt, gehört die Leitung der Wirtschaft in Stadt und Land, die Förderung der Volksbildung und des kulturellen Aufbaues, die Entwicklung des Handels und der Finanzen und die Befriedigung der täglichen kulturellen Bedürfnisse der Einwohnerschaft. Die in bestimmten, in der Verfassung festgelegten Zeiträumen einzuberufenden Tagungen sind die grundlegende organisatorische Form der Tätigkeit der örtlichen Sowjets. Auf diesen Tagungen werden vom örtlichen Sowjet die wichtigsten Tages- und sonstigen Fragen seines Gebietes, seines Bezirks bzw. seiner Stadt oder seines Dorfes entschieden. Die Deputierten des Volkes haben gerade auf diesen Tagungen die Möglichkeit, ihre staatlichen Verpflichtungen aktiver und umfassender zu erfüllen. Je größer der Fragenkomplex ist, der vom Sowjet behandelt wird, je lebendiger und bedeutungsvoller alle Fragen sind, desto fruchtbringender ist seine ganze Tätigkeit, desto größer ist die Anzahl der Deputierten, die ihre Kräfte, ihre Kenntnisse und ihre schöpferische Initiative zur Lösung der Aufgaben einsetzen können. Der Ausarbeitung und Aufstellung der Tagesordnung wird besondere Bedeutung beigemessen. Die Exekutivkomitees behandeln sie nicht im engen Kreise ihrer Mitarbeiter, sondern stellen sie unter Hinzuziehung der Vorsitzenden der ständigen Kommissionen, der Deputierten und des Aktivs auf. Die Beschlüsse, die auf den Tagungen gefaßt werden, bestimmen für einen kürzeren oder längeren Zeitraum die gesamte Arbeit des Sowjets und seines Exekutivkomitees. Sie entsprechen den kollektiven Erfahrungen und dem Willen der Volkvertreter und helfen bei der Verbesserung der Arbeitsmethoden im Staatsapparat, der Methoden des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues sowie bei der schnelleren Lösung aller gestellten Aufgaben. Diese werden vor allem deshalb richtig behandelt, weil eben an der Vorbereitung der Tagung die ständigen Kommissionen, die Volkvertreter und das Aktiv des Sowjets teilnehmen — diejenigen also, die den Sowjetapparat mit den breiten Massen der Werktätigen verbinden.

Einige Beispiele beleuchten die Vielfalt der Tagesordnungspunkte und die Art ihrer Erledigung. So stand auf der zweiten Tagung des Rostower Gebietssowjets die Arbeitsverbesserung der Leitung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues zur Debatte. Die Deputierten beschäftigten sich eingehend mit den bisherigen Arbeitsmethoden des Gebiets-Exekutivkomitees, seiner Abteilungen und sonstigen Verwaltungen. Hierbei wurde lebhaft Kritik an der Tätigkeit einzelner Mitarbeiter geübt. Die Tagung des Molotower Gebietssowjets stand fast ausschließlich im Zeichen der Behandlung einer umfassenden und lebenswichtigen Frage: es wurde über die Leitung der erweiterten Kollektivwirtschaften, der Großkolchosen diskutiert. Die Tagesordnung der dritten Sitzung des Tisulischen Bezirkssowjets wurde von einigen Deputierten vorgeschlagen und befaßte sich mit dem Straßenbau und der Verschönerung. Hierzu muß bemerkt werden, daß der Tisulische Bezirk vom Zentrum des Gebietes, Kemerowo, etwa 470 Kilometer abgelegen ist. Aber er gehört zu den in letzter Zeit am vorbildlichsten arbeitenden. Dort wandte sich das Exekutivkomitee, das die Vorbereitung der Tagung bereits 20 bis 25 Tage vorher in Angriff nahm, an die Deputierten und forderte sie auf, sich tatkräftig an der Lösung der Aufgaben zu beteiligen. Daraufhin überprüften die ständigen Kommissionen und die Deputierten des Bezirkssowjets unter Inanspruchnahme des Aktivs eingehend den Zustand der Straßen und die bis dahin erfolgten Verschönerungsarbeiten, machten sich mit den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung vertraut und stellten die

vorhandenen örtlichen Reserven fest. Viele Deputierte mobilisierten bereits lange vor der dritten Tagung weite Kreise der Bevölkerung und regten sie zur Mitarbeit an den Straßenbauten und zur Verschönerung der Dörfer an. So konnte schon bei der Vorbereitung der Sitzung viel zur Lösung der Frage getan werden, die auf der Tagesordnung stand. Gerade diese Tagung verlief ungemein lebhaft, und die Deputierten kritisierten scharf die teilweise vorhandenen Schwächen in der Leitung des Exekutivkomitees und seiner Abteilungen. Sie brachten zahlreiche wertvolle Vorschläge ein, die den Willen und die Meinung ihrer Wähler zum Inhalt hatten. Die Beschlüsse der Tagung waren dank ihrer guten Vorbereitung sachlich und bestimmt. Danach fanden im ganzen Bezirk mehr als 150 Versammlungen in allen Gemeinden und Kolchosen statt, in denen die Abgeordneten den Wählern über den Beschluß des Bezirkssowjets Bericht erstatteten. Dies fand lebhaften Widerhall bei allen Werktätigen, und mit ihrer Hilfe wurden mehrere wichtige Verbindungswege zwischen den Kollektivwirtschaften instand gesetzt, annähernd 20 000 Bäume gepflanzt und 23 neue Brunnen gebohrt. In Tessel, einem kleinen Dorf, konnte durch die so entfaltete Initiative ein Kultur- und Erholungspark angelegt werden.

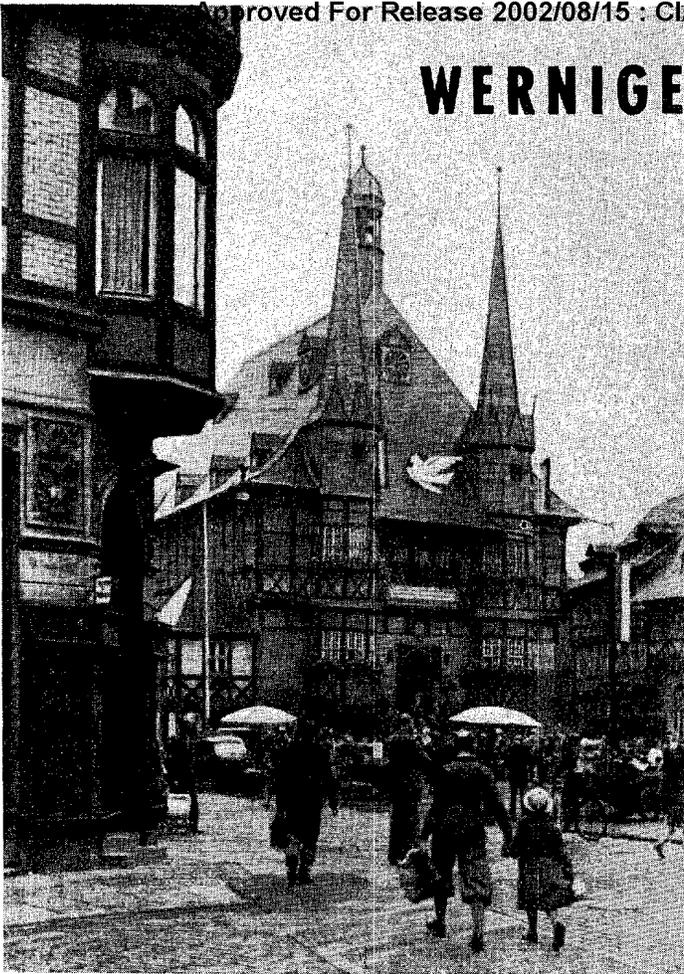
Ebenso sachlich und fruchtbringend verliefen auch die Tagungen anderer örtlicher Sowjets. Selbstverständlich müssen die Deputierten die Tagesordnungen vorher genau kennen und sich auf sie vorbereiten. Wäre dies nicht der Fall, so könnten sie auch nicht irgendwelche im Zusammenhang mit den einzelnen Punkten auftretende Fragen an Ort und Stelle überprüfen und sich nicht vorher mit ihren Wählern beraten. Wenn sie nicht nach diesen Gesichtspunkten handeln, verletzen sie die Prinzipien der Sowjetdemokratie. In einigen Fällen, in denen die Deputierten in ungenügendem Maße an der Vorbereitung der Tagungen teilnahmen, hielten sie in der Regel trockene, weitschweifige und langatmige Referate, ohne selbstkritisch zu ihrer mangelhaften Vorbereitung Stellung zu nehmen. In der Debatte nahmen dann „Berufs“-Redner das Wort, es fehlte an mutiger, scharfer und sachlicher Kritik, und die Beschlüsse wurden mehr oder weniger oberflächlich und formal gefaßt. Darum ist es von außerordentlicher Bedeutung, die ständigen Kommissionen und alle Deputierten der Sowjets sowohl zur Vorbereitung als auch zur Überprüfung der Durchführung aller auf den Tagungen gefaßten Beschlüsse heranzuziehen. Wenn in den Sitzungen die großen und lebenswichtigen Fragen diskutiert, wenn sie gründlich vorbereitet und dann mit Hilfe der Volkvertreter und der breiten Masse der Werktätigen realisiert werden, dann bedeutet das, daß die sowjetische sozialistische Demokratie weiterentwickelt und gefestigt, die Rolle und die Bedeutung der örtlichen Sowjets gehoben wird.

Verbesserung der Arbeit in Sachsen-Anhalt

Der Ministerrat der Landesregierung Sachsen-Anhalt hat am 27. Juli 1951 einen bedeutenden Beschluß zur Verbesserung der Arbeit der Stadt- und Landkreise sowie der Gemeindeverwaltungen gefaßt. Bereits in Durchführung des Ministerratsbeschlusses der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Auswertung der Konferenz von Forst Zinna wurden auch in Sachsen-Anhalt eine Reihe von Beschlüssen zur besseren Durchführung der Gesetze, zur verstärkten Anleitung der unteren Organe, zur obligatorischen Durchführung von Arbeitsbesprechungen und Seminaren usw. gefaßt. Der jetzige Beschluß beschäftigt sich vornehmlich mit der Pflicht aller Verwaltungsstellen, Arbeitspläne für jeweils ein Quartal aufzustellen, die Anleitung der Stadt- und Landkreise durch die Abhaltung von seminaristischen Beratungen in monatlichen Abständen weiter zu verbessern und die Stadt- und Kreisratssitzungen gründlicher vorzubereiten.

So werden die Räte der Stadt- und Landkreise und auch die Räte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden verpflichtet, erstmals mit Beginn des IV. Quartals 1951 Quartalsarbeitspläne zu entwickeln. Ihnen dient als Anleitung und Grundlage der Schwerpunktplan der Landesregierung, der spätestens bis zum 15. des Monats vor Beginn des neuen Quartals vom Ministerrat beschlossen und an die Räte der Stadt- und Landkreise weitergeleitet wird. Alle Pläne müssen die entscheidenden Aufgaben

WERNIGERODE AM HARZ



Der Marktplatz mit dem historischen Rathaus

Wenn die kleine Kreisstadt Wernigerode heute zu den beliebtesten Erholungsorten der Deutschen Demokratischen Republik zählt, so verdankt sie dies nicht nur ihrer bevorzugten landschaftlichen Lage, sondern in hohem Maße der Umsicht und Tatkraft ihrer örtlichen Verwaltung. Bürgermeister Strahl und seine Mitarbeiter verstehen es, unter geschickter Ausnutzung aller lokalen Reserven und der vorhandenen historischen Werte die Stadt in fortschrittlichem Sinne zu entwickeln und für die Einwohnerschaft selbst wie für die erholungsuchenden Werkfälligen Vorbildliches zu schaffen. Es seien in diesem Zusammenhang nur die mit allem Material beispielhaft wieder instandgesetzten Durchgangsstraßen erwähnt, ferner die Sportplätze, Freibäder, ein aus eigenen Mitteln begonnener Schul-anbau, über den wir noch berichten werden, die Einrichtung von Jugend- und Altersheimen, eines Internats für Oberschüler, vorbildlicher Kulturräume und der Bau einer Freilichtbühne. Die alte, ehemals fürstliche Bibliothek beabsichtigt die Stadtverwaltung zu einer der großartigen Parklandschaft angepaßten Winterkurhalle auszugestalten. Es ist nur zu wünschen, daß die zuständigen Stellen der Landesregierung dieses Projekt unterstützen und damit den kunsthistorisch zweifellos beachtlichen Bau erhalten helfen, der sonst in Kürze dem Verfall preisgegeben ist. Alle diese Leistungen und Vorhaben stellen die bemerkenswerte Initiative einer wirklich demokratischen Verwaltung unter Beweis, die es versteht, in den Mitteln sparsam, aber in den Ideen großzügig, ihr Teil zur Erreichung unserer friedlichen Aufbauziele beizutragen.



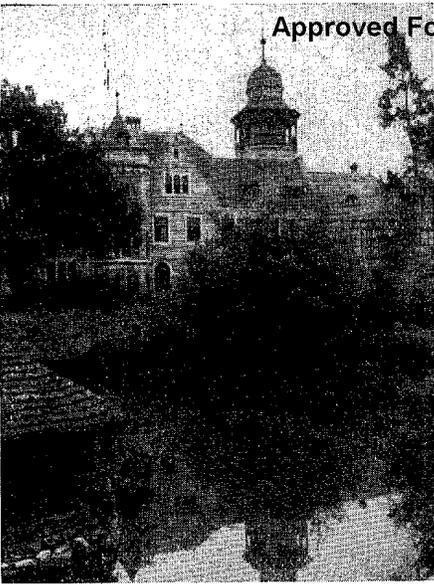
Eine der gepflegten Gaststätten, in denen die werkfälligen Feriengäste nach Belieben mit oder ohne Marken essen können

Aufn. Kolbe

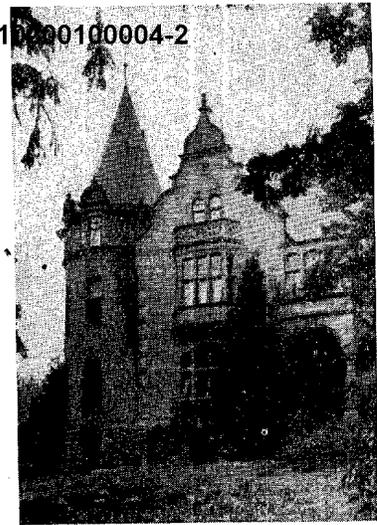
jeder Verwaltungsdienststelle enthalten und sowohl die Verantwortlichkeit für die Durchführung als auch die Terminstellung für die Beendigung der Aufgaben eindeutig festlegen. Die Verantwortung für die Aufstellung und den Inhalt der Pläne obliegt in den Stadt- und Landkreisen den Oberbürgermeistern und Landräten, während für die Durchführungskontrolle in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden der Kreisrat für Inneres verantwortlich ist. Die Bestätigung des Quartalsarbeitsplanes durch die Stadt- und Landkreise und die Räte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden muß bis zum Ersten des beginnenden Quartals spätestens erfolgen. Die einzelnen Abteilungen aller unteren Organe der staatlichen Verwaltung einschließlich der Stadt- und Landkreise stellen ihre Arbeitspläne in Übereinstimmung mit dem Gesamtarbeitsplan ihrer Verwaltungsdienststelle bis spätestens zum 10. des ersten Quartalsmonats auf. Hierfür ist der jeweilige Abteilungsleiter verantwortlich, während die Kontrolle über die Durchführung des Arbeitsplanes vom Leiter der Verwaltungsdienststelle wahrgenommen wird. Um den unteren Dienststellen des Staatsapparates eine bessere Anleitung und eine gute Hilfe bei der Aufstellung der Quartalspläne zu geben, sind die Ministerien der Landesregierung durch den Ministerrats-

beschluß gehalten, ihren zuständigen Abteilungen in den Stadt- und Landkreisen bis spätestens zum Ersten des Quartalsbeginns die Grundrisse ihres eigenen Arbeitsplanes zu übermitteln. Hierdurch ist eine sinnvolle Koordinierung der Schwerpunktaufgaben von den unteren Stellen bis zur Landesregierung, eine gute Systematik in der Planung und eine weitgehende Verbesserung der gesamten Verwaltungsarbeit gewährleistet.

Um den noch weitverbreiteten Methoden des bürokratischen Anweizens Einhalt zu gebieten und die Anleitung der Stadt- und Landkreise zu verbessern, werden durch den Ministerratsbeschluß die einzelnen Minister verpflichtet, monatlich seminaristische Beratungen mit den zuständigen Verantwortlichen in den Kreisen durchzuführen. Es wird also der Minister für Handel und Versorgung mit dem Kreisrat für Handel und Versorgung, der Minister des Innern mit dem Kreisrat für Inneres usw. Gesetze, Verordnungen und Erlasse der Regierung der DDR und der Landesregierung gründlich durchberaten. Hierbei ist selbstverständlich auf die Auswertung der Erfahrungen aus den Kreisen und Gemeinden größter Wert zu legen, denn die Minister sind durch den Beschluß verpflichtet, alle kritischen Bemerkungen der Kreisvertreter zum Inhalt und zu den Methoden der ministeriel-



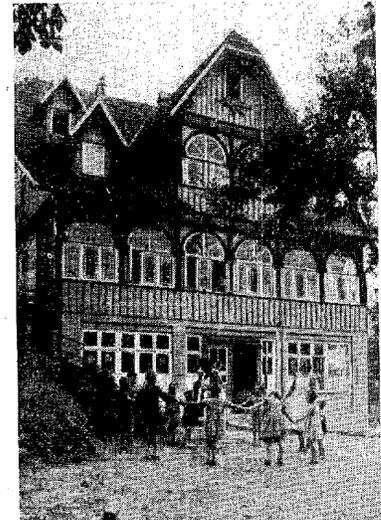
Das Bergarbeiter-Erholungshelm „Georgij Dimitroff“, in dem Werkkräfte aus Westdeutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ihre Ferien verbringen



Eines der städtischen Altershelme



In diesem Haus richtete die Stadtverwaltung ein vorbildliches Heim für elternlose Kinder ein



len Anweisungen ernsthaft zu prüfen und, wenn nicht sofort, so doch zumindest in der nächsten seminaristischen Beratung zu beantworten. Gleiche Maßnahmen müssen die Räte der Stadt- und Landkreise für ihren Verwaltungsbereich treffen.

Der Ministerratsbeschluss legt ferner fest, daß die Sitzungen der Stadt- und Landkreise so vorzubereiten sind, daß allen Ratsmitgliedern mindestens am Tage vor der Sitzung die Tagesordnung und die Beschlußvorlagen ausgehändigt werden, damit sie die Möglichkeit haben, sich auf die in den Sitzungen zu behandelnden Fragen und Probleme gründlich vorzubereiten. Stehen Tagesordnungspunkte zur Beratung, die breite Kreise der Öffentlichkeit interessieren, dann sind die Sitzungen der Räte mehr als bisher in den Betrieben und Gemeinden oder Stadtteilen des Kreises durchzuführen. Damit wird einem wesentlichen Mangel abgeholfen, zumal künftig in allen Sitzungen ordentliche Protokolle geführt werden müssen, aus denen Zeit, Anwesenheit, Tagesordnung und die Beschlußfassung ersichtlich sind.

Weittragende Bedeutung kommt dem Absatz 5 des Ministerratsbeschlusses zu, in dem festgelegt wird, daß bei der Bearbeitung von Beschwerden aus Kreisen der Bevölkerung alle Eingaben als „Sofort“-Sachen zu behandeln sind. In Fällen, in denen

nicht innerhalb einer Frist von 5 Tagen eine endgültige Antwort erteilt werden kann, muß dem Beschwerdeführer ein Zwischenbescheid zugestellt werden. Das wird zweifellos dazu beitragen, das Vertrauen unserer Werktätigen zu ihrer Verwaltung noch mehr zu stärken, haben sie doch jetzt die volle Gewißheit, daß den Beschwerden tatsächlich nachgegangen und alles getan wird, um sie abzustellen, daß sich vor allem keine Entscheidung über Gebühr verzögert und daß jeder Rat- und Hilfesuchende, jeder Beschwerdeführer weiß, wo und von wem seine Angelegenheit bearbeitet wird. Angehörige der Verwaltung, die in Nichtachtung dieses Ministerratsbeschlusses Nachlässigkeiten bei seiner Durchführung an den Tag legen, werden zur Rechenschaft gezogen und von einer Prämierung ausgeschlossen. Bei wiederholten Nachlässigkeiten kann sowohl eine Rückversetzung in eine niedrigere Vergütungsgruppe und — bei böswilliger Nichtbeachtung — die Entlassung aus dem Verwaltungsdienst erfolgen.

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat damit den Weg zu einer weitgehenden Verbesserung der Verwaltungsarbeit beschritten. Sie hat der Kritik und Selbstkritik Tür und Tor geöffnet und wird dadurch alle staatlichen Aufgaben operativ lösen. —e.

Besserer Kontakt zwischen den Aufbau- und Wohnungsbehörden!

H. Kühn, Halle/Saale

Nach 1945 mußte zur öffentlichen Bewirtschaftung des vorhandenen, wiederinstandgesetzten und neuerbauten Wohn- und Geschäftsraumes übergegangen werden, um seine bessere Verteilung und Auslastung zu gewährleisten. Unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung sind bereits Tausende von Neubauerneinheiten entstanden. Darüber hinaus sieht der Fünfjahrplan bedeutende finanzielle Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau vor, um unseren Arbeitern und sonstigen Werktätigen menschenwürdige Wohnungen zu verschaffen und sie damit zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte zu befähigen. Tausende dieser neuen Wohnungen sind bereits durch unsere werktätigen Menschen bezogen. Das gilt insbesondere für die Industrieschwerpunkte, wobei gleichzeitig eine Heranführung der schaffenden Menschen an ihren Arbeitsplatz erreicht wird. Damit kommt die ständige Sorge unserer Regierung um den Werktätigen sichtbar zum Ausdruck.

Es hat sich jedoch gezeigt, daß bei der Festlegung der Städte und Gemeinden, in denen diese neuen Wohnungen erbaut werden sollen, noch keine genügende Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen Aufbau und Wohnungswesen der Kreise und Fachministerien besteht. Wenn auch die große Linie für den öffentlichen Wohnungsbau im Volkswirtschaftsplan festgelegt bzw. hiervon auszugehen ist, so ergeben sich doch im einzelnen Momente vom Gesichtspunkt der Wohnraumbewirtschaftung aus, die die Fachabteilung Aufbau, ohne die zuständige Abteilung Wohnungswesen zu hören, nicht genügend berücksichtigen kann. Die Wohnraumlage in den Städten und Gemeinden ist unterschiedlich. In einer Stadt z. B. mit einem durch die DDR anerkannten Schwerpunktbetrieb kann die Wohnraumlage durchaus noch nicht so angespannt sein, um nach Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten, wie Erfassung von unterbelegtem Wohnraum und Wohnungstausche, die neu einzustellenden Arbeitskräfte für das Jahr 1952 nicht mit ausreichendem Wohnraum versorgen zu können. Trotzdem beantragt das Werk, oder auch die Stadt, für das Jahr 1952 vordringlich den Bau von Wohnungen aus Investmitteln. In einer anderen Stadt mit einem ebenfalls anerkannten Schwerpunktbetrieb sind die Wohnverhältnisse jedoch wesentlich schwieriger, der Arbeitskräftebedarf des Werkes aber der gleiche, ohne daß diese unterschiedlichen Voraussetzungen genügend bei der Vorplanung in bezug auf Festlegung der Zahl der zu errichtenden Wohnungen aus Investitionsgeldern für

das Jahr 1952 Berücksichtigung finden. Durch operative Tätigkeit der Wohnungsbehörden der Kreise und Länder, insbesondere in den Kreisen mit anerkannten Schwerpunktbetrieben, sind diese aber in der Lage, eine klare Wohnraumanalyse zu geben, die als Grundlage für die Planung der Investwohnungen dienen muß. Hierzu wäre in jedem Falle die Abteilung Arbeitskräfte lenkung einzuschalten.

Ein weiterer Mangel in der Zusammenarbeit der Abteilung Aufbau mit den Abteilungen Wohnungswesen besteht darin, daß die Abteilung Wohnungswesen in den Gemeinden, Kreisen und Ländern bisher nicht rechtzeitig oder oftmals überhaupt nicht davon unterrichtet wurden, mit welcher Zweckbestimmung Wohnungen aus Investmitteln errichtet werden. Hinzu kommt, daß die Abteilungen Aufbau hierüber von den zentralen Stellen erst recht spät, manchmal sogar erst Kenntnis erhielten, wenn die Wohnbauten bereits fertig waren. Dadurch entstehen Unklarheiten in der Form, daß z. B. ein Werk Anspruch auf die volle Belegung des Investgrundstückes erhebt und gleichzeitig die Stadt oder Gemeinde für ihre vordringlichen Wohnungsuchenden, zumal durch die Werke in erster Linie Fachkräfte von außerhalb für diese Wohnungen vorgesehen werden und damit eine Entlastung der örtlichen Wohnraumlage nicht eintritt.

Nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 18 (Wohnungsgesetz) unterliegt jedoch der gesamte vorhandene, wiederinstandgesetzte und neue Wohnraum der öffentlichen Bewirtschaftung durch die örtliche Wohnungsbehörde. Es ist daher erforderlich, daß die Wohnungsbehörden in den Kreisen und Ländern durch die Abteilung Aufbau über jede Veränderung des vorgesehenen Planes für den Bau von Investwohneinheiten und über jede Zweckbestimmung dieser Einheiten rechtzeitig unterrichtet werden, damit die Wohnungen nach Baubehendigung sofort von den vorgesehenen Wohnungsbewerbern bezogen werden können, zumal es gegenüber der übrigen Wohnungsuchenden werktätigen Bevölkerung nicht zu vertreten ist, daß Wohnungen durch bürokratische Handhabung bei der Auswahl der Bewerber und bei der Zuweisung längere Zeit leer stehen. Die Wohnungsbehörden werden dadurch in die Lage versetzt, bereits vor Beendigung des Baues die Zuweisung der Wohnungen an die vordringlichen Bewerber vorzunehmen, wobei für zweckgebundene Wohnungen in jedem Falle der Schwerpunktbetrieb die Vorschläge unterbreitet.

Öffentliche Rechtsberatung in Leipzig

Dr. Kurt Zimmermann, Leipzig

In Leipzig wurde die öffentliche Rechtsberatung zu einem Bestandteil der Sprechstunde des Oberbürgermeisters, denn in ihr wurden regelmäßig so viele rechtliche Fragen vorgetragen, daß eine Arbeitsteilung sich als unerlässlich erwies. Die Abteilung Recht nimmt sich daher jetzt in kollektiver Zusammenarbeit von Juristen und Prozesssachbearbeitern aller Rat- und Auskunftsuchenden an, die einmal in der Woche in der Zeit von 16 bis 20 Uhr unentgeltlich die öffentliche Rechtsberatung in Anspruch nehmen. Die verschiedenartigen Probleme, die mit der Durchführung von öffentlichen Rechtsberatungen und bei rechtlichen Einzelfragen entstehen, bedingen einen Erfahrungsaustausch. Dieser wurde von Leipzig aus bereits vor einigen Monaten mit den Städten Magdeburg, Halle, Rostock, Gera, Erfurt, Cottbus, Potsdam, Zwickau und dem Magistrat von Groß-Berlin eingeleitet. Die bisher erzielten Ergebnisse dieses Erfahrungsaustausches und der Artikel „Bericht über die Rechtsberatungsstelle Chemnitz“ im „Demokratischen Aufbau“ (Heft 7 A/1951, S. 197) lassen erkennen, daß Methode und Organisation der Durchführung sich in mancherlei Hinsicht unterscheiden. So werden keineswegs alle Rechtsberatungen kostenlos vorgenommen, ja, es bestehen nicht einmal in allen Großstädten öffentliche Rechtsberatungsstellen, obwohl das Bedürfnis dazu sicherlich überall vorhanden ist.

Eine Erörterung von rechtlichen Fragen in den Sprechstunden der Oberbürgermeister, die in der Regel zu Rückfragen an die Rechtsabteilungen führt, hat zweifellos eine erhebliche Mehrarbeit zur Folge. Diese Mehrarbeit läßt sich aber vermeiden, wenn die Tätigkeit im Rahmen der öffentlichen Rechtsberatung — wie in Leipzig — als gesellschaftliche Tätigkeit betrachtet wird. Auch die Frage, ob jeder Besucher beraten oder ob für die Beratung eine Einkommensgrenze festgesetzt werden soll, ist unterschiedlich gehandhabt worden. Wenn auch die Mehrzahl der Auskunftsuchenden Werktätige oder einkommenslose Frauen sind, so finden sich vereinzelt doch immer wieder Personen ein, die, ohne in materielle Schwierigkeiten zu geraten, einen Rechtsanwalt in Anspruch nehmen könnten. In Rostock ist daher für alle Beratungen eine Einkommensgrenze von 400 DM festgesetzt worden. Damit könnte man sich einverstanden erklären, allerdings nur unter der Bedingung, daß diese Einschränkung wegfällt, wenn die erwünschte Auskunft in Zusammenhang mit der Arbeit der Verwaltung steht.

Auch sachliche Einschränkungen werden vielfach vorgenommen, nach denen Arbeitsstreitigkeiten, Beleidigungen, Ehe Streitigkeiten, Steuerangelegenheiten und Fragen aus der Sozialversicherung nicht in den Kreis der Rechtsberatung einbezogen werden sollen. Das erscheint nur dann angebracht, wenn z. B. Einrichtungen beim FDGB oder Ehe- und Sexualberatungsstellen bei Gesundheitsämtern zur Verfügung stehen, die eine rechtliche Beratung erteilen. Man sollte aber in dieser Frage nicht kleinlich

verfahren, denn die öffentliche Rechtsberatung erfüllt nur dann wirklich ihre Aufgaben, wenn sie alle Gebiete in ihre Tätigkeit mit einbezieht. Der Hinweis in dem oben erwähnten Beitrag, daß in Chemnitz, so oft es erforderlich ist, Besprechungen mit den verschiedenen Verwaltungen über wichtige Rechtsfragen stattfinden, um eine gemeinsame Klärung zu erreichen, zeigt die Möglichkeiten, die sich bei der Behandlung aller Rechtsfragen in bezug auf die über den eigenen Tätigkeitsbereich hinauswirkenden Anregungen, Verbesserungsvorschläge und die Koordinierung von Maßnahmen ergeben. Dabei handelt es sich im wesentlichen um die Anwendung von Kritik und Selbstkritik, die sich nur fördernd auswirken kann.

Die in dem erwähnten Beitrag dargestellte Verfahrensweise, wonach von jeder erteilten Rechtsauskunft eine Niederschrift angefertigt wird, ist sehr beachtlich, dürfte aber nicht in jedem Falle notwendig sein. In Leipzig sind bisher durchweg nur mündliche Auskünfte erteilt worden. Der Berater vermerkt lediglich auf dem Besuchszettel Sinn und Zweck der Beratung und was im einzelnen veranlaßt wurde. Bei einer Besucherzahl bis zu 100 Personen würde sich eine erhebliche Arbeitsbelastung ergeben, wenn jeder Einzelfall noch schriftlich erörtert werden sollte. Das schließt natürlich eine eingehende Behandlung in besonderen Fällen keineswegs aus. Der bemerkenswerte Andrang — ein Zeichen für die Beliebtheit der Einrichtung — läßt sich nur durch entsprechende organisatorische Vorkehrungen bewältigen. Die Heranziehung von Spezialisten des Ehe- und Familien- sowie des Prozeßrechts hat sich sehr bewährt, weil gerade Unterhaltfragen oft gestellt werden. Die öffentliche Rechtsberatung wird vielfach nur als sozialpolitische Einrichtung betrachtet. Dagegen hat man in Chemnitz erkannt, daß sie in besonderem Maße das Recht mit entwickelt.

Die Rechtsberatung sollte stets das „Ohr an den Massen“ haben und ein zusätzliches Mittel sein, um die Auffassung der Bevölkerung zu bestimmten, die Verwaltung berührenden Fragen zu erfahren, die Sorgen und Wünsche der Bevölkerung kennenzulernen und alle dabei gewonnenen Erkenntnisse für die Verbesserung der Verwaltungsarbeit mit auszuwerten. Durch die Erfahrungen aus den öffentlichen Rechtsberatungen erhielten verschiedene Dienststellen die Möglichkeit, Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten, die zur Beseitigung der Beschwerden führten. Die ständige unmittelbare Fühlungnahme mit den Stellen, über die Beschwerde geführt wurde, trug in mancherlei Hinsicht zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit bei. Von besonderem Vorteil war es dabei, daß die öffentliche Rechtsberatung ein Bestandteil der Sprechstunde des Oberbürgermeisters blieb und damit kontrollierende und anleitende Funktionen ausüben sowie operativ eingreifen konnte, besonders wenn an irgendeiner Stelle eine Fehlentscheidung getroffen worden war oder irgendeinem Übelstand dringend abgeholfen werden mußte. Mittelbar wurde durch die Tätigkeit der öffentlichen Rechtsberatung auch eine Senkung der Verwaltungskosten in allen öffentlichen Dienststellen erreicht, indem durch Auskünfte und gute Beratung Wege zur richtigen Dienststelle gewiesen und gleichzeitig entsprechende Verhaltensmaßregeln gegeben wurden. Nicht zuletzt hat die öffentliche Rechtsberatung erheblich dazu beigetragen, die Gesetze und Verordnungen unserer Regierung wie auch die Maßnahmen der Verwaltung innerhalb der Bevölkerung zu popularisieren. Das richtige Verständnis für manche Anordnungen konnte dadurch geweckt werden, daß die Dinge im Zusammenhang aufgezeigt wurden, wobei gerade die Gesetze und Verordnungen der Deutschen Demokratischen Republik als Ergebnisse wissenschaftlicher Analysen der bestehenden Zustände die entscheidende Grundlage abgaben. Es soll nur erwähnt werden, daß etwa das Umsiedlergesetz sehr oft erläutert werden mußte, ebenso das Gesetz über die Auszahlung von Altguthaben. Aber auch in anderem Zusammenhang zeigt sich immer wieder die Notwendigkeit, politische Grundfragen im Rahmen der Rechtsberatung mit zu erörtern, z. B. den Grundsatz von der Gleichberechtigung der Frau, der sich auch auf die Unterhaltsregelung bei Ehescheidungen erstreckt. Zuweilen zeigte sich bei dieser Aufgabenstellung geradezu eine Verlagerung des Schwergewichts der Rechtsberatung, so etwa vor den Volkswahlen am 15. Oktober 1950 oder

vor der Volksbefragung. Es bedarf an und für sich keiner Frage, daß die Rechtsberatung sich wegen der Bedeutung dieser Ereignisse in den Dienst der Aufklärungsarbeit stellte. Die Rechtsberatung wurde darum in Aufklärungslokale, auch in solche von Großbetrieben, verlegt. Dabei wurden besonders große Besucherzahlen festgestellt und dementsprechende Erfolge erzielt. Man soll daraus die Lehre ziehen, Rechtsberatungen in regelmäßigen Zeitabständen in Aufklärungslokalen und Großbetrieben durchzuführen. Für eine Großstadt wie Leipzig bringt dieses Verfahren noch den Vorteil der Auflockerung dadurch mit sich, daß die Rechtsberatung nicht immer nur an zentraler Stelle stattfindet. Sie kommt zur Bevölkerung, wird zur volkshnahen Einrichtung.

Das neue Kündigungsrecht

Dr. Rudi Liebscher, Dresden

Im § 38 des Gesetzes der Arbeit vom 19. April 1950 (GBl. S. 349) ist festgelegt worden, daß das Kündigungsrecht zum Schutze der Werktätigen nach bestimmten Grundsätzen vereinheitlicht wird. Diese Grundsätze bestehen darin, daß das Recht zur Kündigung eines Arbeitsvertragsverhältnisses für alle Beteiligten gleich ist, daß eine Kündigung ohne gleichzeitige Angabe von Gründen unzulässig und rechtsunwirksam ist und daß besonderer Kündigungsschutz den Mitgliedern der Betriebsgewerkschaftsleitung, den Verfolgten des Naziregimes, den Schwerebeschädigten und den werdenden und stillenden Müttern zusteht. Mit diesen Grundsätzen sind aber nur die groben Umrisse des neuen Kündigungsrechts aufgezeigt worden. Erst die Verordnung über Kündigungsrecht vom 7. Juni 1951 (GBl. S. 550) hat die Regelung verschiedener Einzelfragen gebracht. Diese Verordnung ist gemäß § 17 einen Monat nach ihrer Verkündung, also am 14. Juli 1951, in Kraft getreten. Damit sind alle gesetzlichen Bestimmungen, Vorschriften oder Vereinbarungen, die dieser Verordnung entgegenstehen, außer Kraft gesetzt worden. Hierzu gehören insbesondere die Kündigungsvorschriften der §§ 621 ff. BGB, 122 ff. und 133b ff. GewO, 66 ff. und 70 ff. HGB sowie die Kündigungsschutzvorschriften zugunsten der älteren Angestellten auf Grund des Gesetzes über die Fristen für die Kündigung von Angestellten vom 9. Juli 1926 (RGBl. I, S. 399). Auch alle entgegenstehenden kollektivvertraglichen Bestimmungen sind aufgehoben. In der Deutschen Demokratischen Republik gilt also nur noch ein einheitliches Kündigungsrecht.

Diese Einheitlichkeit des Kündigungsrechts findet im § 1 der Verordnung über Kündigungsrecht ihren gesetzlichen Ausdruck darin, daß das Arbeitsvertragsverhältnis eines Arbeiters oder Angestellten nur nach den Vorschriften dieser Verordnung gekündigt werden kann. Der genannte Grundsatz wird nicht dadurch durchbrochen, daß die Verordnung keine Anwendung findet auf Berufsausbildungsverhältnisse und auf Arbeitsvertragsverhältnisse mit Personen, die zur Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes von den verfassungsmäßig dazu bestimmten Körperschaften oder Personen gewählt oder anerkannt worden sind, sowie auf Arbeitsvertragsverhältnisse für die Zeit, in der sie im Ausland zu erfüllen sind. Hier handelt es sich um besondere Verhältnisse, so daß sie aus dem Rahmen dieser Verordnung herausfallen. Die Einheitlichkeit des Kündigungsrechts wird auch dadurch nicht erschüttert, daß nach § 2 für solche Personen, mit denen Einzelarbeitsverträge schriftlich abgeschlossen werden, die Bestimmungen der §§ 4 bis 8 über Kündigung und Kündigungsfristen keine Anwendung finden, weil es sich hier nur um die Vereinbarung einer anderen Kündigungsfrist handelt.

In der VO spielen die Vorschriften über die Kündigung und die Kündigungsfristen naturgemäß die Hauptrolle. Hinsichtlich der Kündigungsfristen wird bestimmt, daß während der ersten beiden Wochen der Beschäftigung eine Kündigungsfrist von drei Arbeitstagen zum Arbeitsschluß gilt. Bei der dreitägigen Kündigungsfrist werden also Sonntage und gesetzliche Feiertage nicht mitgerechnet. Unter Arbeitsschluß ist der betriebstübliche Arbeitsschluß zu verstehen. Nach Ablauf der ersten beiden Wochen der Beschäftigung gilt gemäß § 5 eine Kündigungsfrist von vierzehn Tagen zum Arbeitsschluß. Hier zählen also nicht die Arbeits-

tage, sondern die Kalendertage. Nach § 6 kann schon für die Zeit der ersten beiden Wochen der Beschäftigung von der Verwaltungsleitung auf die kürzere Kündigungsfrist zugunsten der vierzehntägigen Kündigungsfrist schriftlich verzichtet werden. Läuft ein zeitlich begrenztes Arbeitsvertragsverhältnis ab, das nach § 8 höchstens bis zu einer Dauer von sechs Monaten zulässig ist und bei einer Dauer über einen Monat hinaus der Schriftform bedarf, und wird dieses Arbeitsvertragsverhältnis nach Ablauf der bestimmten Zeit fortgesetzt, so finden unter Anrechnung der vorangegangenen Beschäftigungszeit die oben bezeichneten Vorschriften über Kündigungsfristen entsprechende Anwendung. In den Fällen, wo das Arbeitsvertragsverhältnis nicht nur auf zwei Wochen befristet ist, wird also die vierzehntägige Kündigungsfrist Platz greifen. Die Kündigungsfrist wird gemäß § 7 in jedem Falle nach der Dauer der Beschäftigung vom Tage der Einstellung bis zum Zugang der Kündigung ermittelt.

Das Arbeitsvertragsverhältnis kann nach § 9 der Verordnung über Kündigungsrecht ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist beendet werden, wenn der Beschäftigte durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der antifaschistisch-demokratischen Ordnung verstößt, die fristlose Entlassung des Beschäftigten von einem zuständigen staatlichen Untersuchungs- oder Kontrollorgan verlangt wird, der Beschäftigte unrichtige Angaben im Personalfragebogen macht, wenn er eine strafbare Handlung begangen hat, wegen der seine Weiterbeschäftigung nicht mehr zu verurteilen ist, weiterhin, wenn er die Arbeitsleistung beharrlich verweigert oder trotz mehrmaliger Verwarnung die Arbeitsdisziplin gröblich verletzt. Ihm kann bei einem befristeten Arbeitsvertragsverhältnis fristlos gekündigt werden, wenn er für die vereinbarte Arbeitsleistung ungeeignet ist oder sich im Betrieb eines unsittlichen oder ehrverletzenden Verhaltens schuldig macht. Neu an dieser Aufzählung ist der Umstand, daß die fristlose Entlassung von einem zuständigen Untersuchungs- oder Kontrollorgan verlangt werden kann. Die Arbeitsgerichte haben insoweit keine Möglichkeit, die Berechtigung eines solchen Verlangens nachzuprüfen, sondern für den Fall, daß der Betroffene seine fristlose Entlassung als ungerecht empfindet, hat er nur die Möglichkeit, die Entscheidung des Prüfungs- oder Kontrollorgans im Verwaltungswege nachprüfen zu lassen. Neu ist außerdem die Bestimmung, daß eine fristlose Entlassung erfolgen kann, wenn der Beschäftigte bei einem befristeten Arbeitsvertragsverhältnis für die vereinbarte Arbeitsleistung ungeeignet ist. Hier ist wie in den übrigen Fällen die Nachprüfung durch das Arbeitsgericht möglich. Sonst ist grundsätzlich davon auszugehen, daß die Aufzählung der einzelnen Gründe für eine fristlose Entlassung erschöpfend ist. Es darf also keine fristlose Entlassung auf irgendeinen anderen Grund gestützt werden. Insbesondere ist damit die Anwendung der Generalklausel des § 626 BGB entfallen, wonach jemand bisher aus wichtigem Grunde fristlos entlassen werden konnte. Jetzt muß mindestens einer der aufgezählten Tatbestände erfüllt sein.

In formeller Hinsicht ist zu beachten, daß gemäß § 5 der VO jede Kündigung schriftlich und unter Angabe von Gründen zu erfolgen hat. Wird hiergegen verstoßen, so ist die Kündigung entweder gemäß § 10 dieser Verordnung oder gemäß § 38 des Gesetzes der Arbeit nichtig. Für die Wirksamkeit der Kündigung genügt nicht, daß das Kündigungsschreiben fertiggestellt und unterschrieben wird, sondern es muß dem Kündigenden zugestellt werden. Das ergibt sich mittelbar aus § 7 der Verordnung, wonach die Kündigungsfrist nach der Dauer der Beschäftigung vom Tage der Einstellung bis zum Zugang der Kündigung ermittelt wird. Die Kündigung ist eine empfangsbedürftige Willenserklärung im Sinne des § 130 BGB und demzufolge erst in dem Zeitpunkt wirksam, in welchem sie dem zu Kündigenden zugeht. Für die Begründung wird gefordert, daß das Kündigungsschreiben die genauen Entlassungsgründe enthält. Ein Nachschieben von Gründen ist nur dann möglich, wenn sie erst nach der Kündigung bekannt geworden sind. Wird gegen diesen Grundsatz verstoßen, bei dem übrigens ein strenger Maßstab anzulegen ist, so hat auch dieser Verstoß die Nichtigkeit der Kündigung zur Folge.

Nicht nur in formeller, sondern auch in materieller Hinsicht ist den Beschäftigten ein erheblicher Kündigungsschutz eingeräumt. Er kommt darin zum Ausdruck, daß nach § 10 der VO die Kündigung eines Arbeitsvertragsverhältnisses dann unwirksam ist, wenn sie gegen die Verfassung, gegen gesetzliche, kollektivvertragliche bzw. tarifvertragliche Bestimmungen verstößt oder wenn sie die sozialen oder demokratischen Grundsätze des Arbeitslebens verletzt. Auf Grund dieser Bestimmung haben die Arbeitsgerichte nicht mehr die Möglichkeit, die Nichtigkeit einer Kündigung unter dem Gesichtspunkt des Verstößes gegen die guten Sitten im Sinne des § 138 BGB oder der Verletzung des Grundsatzes von Treu und Glauben im Sinne des § 242 BGB nachzuprüfen, sondern die Wirksamkeit einer Kündigung bestimmt sich allein nach den neuen Richtlinien. Unter einem Verstoß gegen die Verfassung wäre beispielsweise zu verstehen, wenn jemand wegen Inanspruchnahme verfassungsmäßig zustehender Rechte entlassen wird. Vordringlich wird aber bedacht werden müssen, ob die Kündigung die sozialen oder demokratischen Grundsätze des Arbeitslebens verletzt. Hierfür lassen sich erschöpfende Maßstäbe nicht aufstellen. Immerhin wird der Grundsatz von Bedeutung sein, daß im Mittelpunkt unseres Arbeitslebens der werkräftige Mensch steht. Hieraus folgt, daß der Wechsel seines Arbeitsplatzes nur durch die gesellschaftlichen Erfordernisse bestimmt werden kann, also beispielsweise durch organisatorische Veränderungen zum Zwecke der Verwaltungskostenersparung. Im übrigen darf jemand nicht schon deshalb entlassen werden, weil er vielleicht schlechte charakterliche Eigenschaften besitzt, sondern ihm darf erst dann gekündigt werden, wenn alle Erziehungsversuche gescheitert sind und eine weitere Beschäftigung sowohl für die Verwaltungsstelle als auch für die Belegschaft untragbar ist. Durch einen derartigen Kündigungsschutz soll eine gewisse Betriebsverbundenheit gefördert werden, die nicht zuletzt mit dazu beiträgt, die Arbeitsfreude zu steigern und allgemein bessere Arbeitserfolge zu erzielen.

Ein weiterer allgemeiner Kündigungsschutz besteht darin, daß nach § 11 der Verordnung jede Kündigung, die von der Verwaltungsleitung ausgeht, der vorherigen Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung bedarf. Liegt diese nicht vor, so ist die Kündigung unwirksam. Die fristlose Entlassung kann zunächst ohne die Zustimmung der BGL ausgesprochen werden, sie muß aber innerhalb einer Woche nach erfolgter Entlassung nachgeholt werden. Immerhin wird sich auch hier empfehlen, die vorherige Zustimmung der BGL einzuholen, weil gerade die fristlose Entlassung eine entscheidende Maßnahme für den Beschäftigten bedeutet, so daß eine genaue Nachprüfung des Sachverhaltes und eine Abwägung aller Umstände in besonderem Maße erforderlich ist. Verweigert die BGL die Zustimmung zur Kündigung, so entscheidet der Ortsvorstand der zuständigen Industriegewerkschaft endgültig.

Besonderen Kündigungsschutz genießen, worauf schon § 38 des Gesetzes der Arbeit hinweist, die Mitglieder der BGL, die Verfolgten des Naziregimes, die Schwerbeschädigten und die werdenden und stillenden Mütter. Hinsichtlich der Mitglieder der BGL, also nicht in bezug auf andere Gewerkschaftsfunktionäre, besagt § 14 der Verordnung über Kündigungsrecht, daß solchen Beschäftigten nur mit vorheriger Zustimmung des Ortsvorstandes der zuständigen Industriegewerkschaft gekündigt werden kann, wenn der Betrieb auf Grund anerkannter volkswirtschaftlicher Notwendigkeit vollständig oder teilweise geschlossen werden muß. Diese Anerkennung kann durch das zuständige Fachministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik oder einer sonst dazu ermächtigten Dienststelle erfolgen. Des weiteren ist eine Kündigung dann zulässig, wenn sich das BGL-Mitglied grobe Verstöße gegen die Wirtschafts- oder Produktionspläne oder die Bestimmungen zum Schutze des Volkseigentums schuldig macht. Für die Schwerbeschädigten ist der besondere Kündigungsschutz im § 9 der Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 2. Oktober 1946 ausgesprochen. Hiernach kann einem Schwerbeschädigten nur mit einer Kündigungsfrist von mindestens vier Wochen und nur mit Zustimmung der Abteilung Arbeit gekündigt werden. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn

dem Schwerbeschädigten ein anderer angemessener Arbeitsplatz gesichert ist oder seine Weiterbeschäftigung dem Betrieb nicht zugemutet werden kann. Für die Verfolgten des Naziregimes gelten diese Regelungen gemäß § 4, Abs. 6 der Anordnung zur Sicherung der rechtlichen Stellung der anerkannten Verfolgten des Naziregimes vom 5. Oktober 1949 (ZVOBl. S. 765) und § 26 der Durchführungsbestimmungen hierzu vom 10. Februar 1950 (GBl. S. 87) entsprechend. An die Stelle der Abteilung Arbeit tritt lediglich die zuständige VdN-Dienststelle. Für werdende und stillende Mütter gilt jetzt an Stelle des § 6 des Mutterschutzgesetzes vom 17. Mai 1942 (RGBl. I S. 321) die Vorschrift des § 15 der Verordnung über Kündigungsrecht. Hier ist bestimmt, daß die Entlassung einer Schwangeren grundsätzlich vom Beginn des dritten Monats der Schwangerschaft an nur mit ihrer Zustimmung zulässig ist. Das gleiche gilt bei einer Wöchnerin für die Zeit bis zum Ablauf von sechs Wochen nach der Entbindung. Eine trotzdem ausgesprochene Kündigung ist allerdings wirksam, wenn die Beschäftigte nicht innerhalb einer Woche nach Zugang der Kündigung die Schwangerschaft durch das Gutachten eines Arztes oder einer Hebamme oder die Entbindung durch Geburtsurkunde oder ärztliche Gutachten nachweist. Der Kündigungsschutz besteht auch dann, wenn die Schwangerschaft unterbrochen wird oder wenn es zu einer Fehlgeburt kommt. Alle diese Sondervorschriften über den Kündigungsschutz greifen aber dann nicht ein, wenn die Beschäftigte einen Grund zur fristlosen Entlassung im Sinne des § 9 der VO gegeben hat. Eine Art Kündigungsschutz bedeutet auch die Möglichkeit, daß der Gekündigte gemäß § 12 der VO die Unwirksamkeit der Kündigung, auch wenn diese mit Zustimmung der BGL oder des Ortsvorstandes der Gewerkschaft erfolgt ist, durch Klage vor dem Arbeitsgericht innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen nach Zugang der Kündigung geltend machen kann. Im Falle einer fristlosen Entlassung beginnt die Frist von vierzehn Tagen zur Erhebung der Klage mit dem Tage der Bekanntgabe der Zustimmung der BGL an den Gekündigten, sofern diese nicht vorher zugestimmt hat. Bei Versäumung der Frist zur Klageerhebung ist die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gemäß §§ 233 ff. ZPO zulässig, wenn der Gekündigte durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle die Klage nicht rechtzeitig erheben konnte. Nur in besonderen Ausnahmefällen wird eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand möglich sein.

Krankheit allein wird im allgemeinen kein unabwendbarer Zufall sein, wenn nicht besondere Umstände hinzukommen, die eine Klageerhebung unmöglich machen. Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen wird in jedem Falle als Grund für eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht anerkannt werden. Kommt aber in irgendeinem Falle eine Anerkennung in Betracht, so muß die Wiedereinsetzung gemäß § 234 ZPO innerhalb einer zweiwöchigen Frist beantragt werden. Die Frist beginnt mit dem Tage, an welchem das Hindernis behoben ist. Nach Ablauf eines Jahres, vom Ende der versäumten Frist an gerechnet, kann die Wiedereinsetzung nicht mehr beantragt werden. Der Antrag muß gemäß § 236 ZPO die Angabe der die Wiedereinsetzung begründenden Tatsachen, die Angabe der Mittel für deren Glaubhaftmachung und die Nachholung der versäumten Prozeßhandlung, also bei einer Kündigung die Nachholung der Klage auf Unwirksamkeit, enthalten. Ist die Klageschrift bereits eingereicht, genügt die Bezugnahme hierauf. Über den Antrag auf Wiedereinsetzung entscheidet im Hinblick auf § 237 ZPO das Arbeitsgericht.

Wird durch das arbeitsgerichtliche Urteil die Unwirksamkeit der Kündigung festgestellt, so ist gemäß § 13 der VO die Verwaltungsleitung verpflichtet, den zu Unrecht Gekündigten an seinem bisherigen Arbeitsplatz zu den gleichen Arbeitsbedingungen weiterzubeschäftigen und ihm den bis zur Weiterbeschäftigung entgangenen Arbeitsverdienst zu ersetzen. Aus dieser Bestimmung ergibt sich, daß sich eine fristlose Kündigung, wenn sie vom Arbeitsgericht als unwirksam bezeichnet wird, im Gegensatz zur bisherigen Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, nicht in eine normale Kündigung umwandelt, sondern der Betrieb dann in vollem Umfange für den Verdienstaufschlag aufzukommen hat. Der zu Unrecht Gekündigte muß sich allerdings anrechnen lassen, was er durch Arbeit anderweitig verdient hat. Für den Fall, daß er inzwischen ein anderes Arbeitsvertragsverhältnis abgeschlossen hat, ist er berechtigt, das vorherige Arbeitsvertragsverhältnis, dessen Fortbestehen durch arbeitsgerichtliches Urteil festgestellt ist, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu lösen. Dieses Recht hat er auch dann, wenn ein Streit über das Bestehen eines Arbeitsvertragsverhältnisses durch Vergleich beendet wird oder wenn im Falle einer fristlosen Entlassung durch Bekanntgabe der Entscheidung der BGL oder des Ortsvorstandes der Gewerkschaft die Unzulässigkeit der Kündigung festgestellt ist.

Die Frage der Selbstkostensenkung in der staatlichen Verwaltung

Die vom Kollegen Alfred Schultze in Heft 6/1951, S. 153, eröffnete Diskussion hat ein starkes Echo bei vielen Mitarbeitern im Staatsapparat hervorgerufen. Übereinstimmend kommt in den uns vorliegenden Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck, daß die Entwicklung so weit vorangeschritten ist, um die vielfach noch bestehende unproduktive Arbeitsweise in der Verwaltung zu beseitigen. Wir setzen die Diskussion mit einigen der vielen Stellungnahmen fort. Rudolf Stephan, Burg bei Magdeburg, schreibt:

Warum werden überhaupt von einer staatlichen Verwaltung zur anderen noch Gebühren bezahlt? Beispielsweise muß eine Stadtverwaltung für die Führung von Prozessen, für einen Pfändungsbefehl, für die Eintragungen in das Grundbuch, für Auszüge aus Büchern und Registern Gebühren entrichten. Auch hier handelt es sich um Erstattungen, die unterbleiben können. Durch ihren Wegfall werden ebenfalls viele Kosten und viel Arbeitszeit erspart. Zur Frage der Erhebung von Steuern aus umsatzsteuerpflichtigen Einnahmen von Gebietskörperschaften habe ich einen Verbesserungsvorschlag eingereicht, von dessen Eingang ich seitens des Ministeriums der Finanzen der DDR zwar eine Bestätigung, sonst aber noch nichts wieder erhalten habe.

Wilhelm Röpnak, Pritzwalk, hat sich ebenfalls Gedanken über Vereinfachungen auf anderen Gebieten gemacht und meint:

Wenn je das Wort vom geistlosen Bearbeiten eines Vorganges zutrifft, dann wohl bei der Arbeit des Finanzamtes in Stendal.

Zum Glück arbeiten andere Finanzämter fortschrittlicher und warten nicht die Erlasse von oben ab, die die Steuerfreiheit der verschiedenen kommunalen Einrichtungen bestimmen. Bei einer derartigen Arbeitsweise ist es ja kein Wunder, wenn Heinrich Rau feststellen mußte, daß die Verwaltung der Produktion nachhinkt.

Die volkseigene Wirtschaft mündet mit ihren Finanzplänen im Staatshaushalt. Warum sollte es nicht möglich sein, auch diese Betriebe von allen Steuern (Körperschafts-, Vermögen-, Umsatz-, Lohnsummensteuer usw.) zu befreien? Der Überschuß wäre dann eben höher, das finanzielle Ergebnis aber dasselbe. Aber welche Fülle von Verwaltungsarbeit in den Erklärungen, Berechnungen und Veranlagungen könnte eingespart werden! Kein Prüfer des Finanzamtes braucht sich mehr mit dem Oberbuchhalter über die steuerliche Bewertung dieses oder jenes besonderen Falles zu streiten. Eine Steuer sollte aber doch besonders behandelt werden, und das ist die Kraftfahrzeugsteuer. Hier wird unsere Entwicklung und das Bewußtsein unserer Angestellten wohl noch nicht so weit sein, daß man einen Kraftwagen nur mit der Bescheinigung einer Dienststelle, daß es sich um einen Behördenwagen handelt, fahren läßt.

Was sonst über die Steuern zu sagen ist, gilt auch für Hypotheken. Die Gebietskörperschaften hatten die Tilgung der langfristigen Belastungen entsprechend den Haushaltsrichtlinien zu übernehmen. Es konnte in keinem Falle ermittelt werden, daß vor dem 8. Mai 1945 eine Schuld der Kreissparkasse nicht auf das Neugeschäft übernommen wurde, also auf Grund des Befehls Nr. 66 nicht mehr getilgt zu werden brauchte. Auf demselben

Grundstück lastet eine gemeindliche und eine staatliche Hauszinssteuerhypothek. Sie muß jedoch weiter getilgt werden, d. h. der Staat nimmt vom Staate die Tilgung an und gibt sie auf dem Wege des Finanzausgleichs wieder zurück.

Sehr ausführlich nimmt Kurt Endt, Scheibenberg/Erzgebirge, zu dem Problem Stellung und schreibt u. a.

Neben der Anregung, den kommunalen Betrieben Steuerfreiheit zu gewähren, schlug ich den Wegfall sämtlicher Steuern der öffentlichen Betriebe vor, die nach dem Bruttoprinzip im Haushalt der Gemeinden erfaßt sind. Viele Steuererklärungen, Voranmeldungen, Überweisungen, Buchungen und vor allem kostbare Arbeitsstunden könnten dadurch eingespart werden. Der Landesregierung Sachsen hatte ich bereits Ende des vergangenen Jahres vorgeschlagen, die Bereinigung alter Schuldverhältnisse vorzunehmen, weil hier der Fall ähnlich wie bei Steuerzahlungen liegt, nur daß es sich dabei um Schuldendienstleistungen handelt. Bei den gemäß Befehl Nr. 124 der SMAD enteigneten Grundstücken, die in das Eigentum des Volkes übergegangen sind und größtenteils von den Gemeinden als Rechtsträger verwaltet werden, hat man bereits die auf diesen Grundstücken ruhenden Lasten gelöscht. Darum müßte es auch bei den übrigen Darlehen der Gemeinden gegenüber dem ehemaligen Staate, die auf die Deutsche Investitionsbank übergegangen sind, möglich sein, sie bilanzmäßig abzuschreiben. Auch die Abschaffung der Pflichtabgabe der Umsatzsteuervoranmeldung bei Steuerfreiheit habe ich vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde registriert und befindet sich in Bearbeitung.

Mit zuversichtlicher Spannung werden die neuen Haushaltsrichtlinien erwartet, die hoffentlich etwas Beständiges schaffen. Noch in diesem Jahre sind — obwohl die Richtlinien für 1951 als verbindlich erklärt wurden — Einzelpläne und verschiedene Sachkonten geändert worden. Das brachte unproduktive Arbeit mit sich, und ich empfehle, daß alle Verbesserungsvorschläge in dieser Hinsicht gesammelt und gemeinsam jeweils für das neue Jahr ausgewertet werden.

Rudolf Schäfer, Neustrelitz, macht zu den Darlehnsforderungen gegen Gebietskörperschaften den gleichen Vorschlag wie Kurt Endt und fährt dann fort:

Das Beispiel aus der Stadtverwaltung Stendal läßt sich auf fast alle Städte und Gemeinden der Republik erweitern, und das Ministerium der Finanzen der DDR sollte sich wirklich Gedanken darüber machen, ob diese Mehrarbeit nicht in Fortfall kommen kann. Aus meiner Tätigkeit in der Stadtverwaltung Neustrelitz führe ich hierzu ein weiteres Beispiel an. Die Stadt hat einen sehr umfangreichen Besitz an bebauten und unbebauten Grundstücken. Für diesen Grundbesitz sind vierteljährlich rund 15000 DM an Grundsteuern zu entrichten. Ebenso hat die Abteilung Volksbildung für Schulen, Kinderheime und Kindergärten und die Abteilung Sozialwesen für Altersheime Grundsteuern an die Stadt abzuführen. Das sind nochmals rund 5000 DM im Vierteljahr, nur mit dem Unterschied, daß diese Beträge in den Abteilungen Volksbildung bzw. Sozialwesen als Ausgabeposten erscheinen und bei der Abteilung Finanzen unter Gemeindesteuern vereinnahmt werden. Eine Mehreinnahme wird praktisch dadurch nicht erzielt.

Ohne die Sachlichkeit der Vorschläge anzuzweifeln oder grundsätzlich abzulehnen, ist Friedrich Dietz, Ilmenau, folgender Meinung:

Alle Kollegen in den Verwaltungsstellen, die mit der Materie vertraut und als Sachbearbeiter in Haushalts-, Gemeindesteuer- oder Liegenschaftssachen tätig sind, wissen aus ihrer Praxis sehr genau, daß man hier vom „Festhalten am Althergebrachten“, wie Alfred Schultze sagt, im Grunde genommen nicht sprechen kann. Sie wissen auch, daß die einheitliche und gleichmäßige Besteuerung aller natürlichen und juristischen Personen zu den Grundregeln unseres Besteuerungsrechts gehört; sie ist verfassungsmäßig festgelegt und bildet die Grundlage für eine gesunde staatliche Finanzwirtschaft, von der insbesondere die restlose Verwirklichung unserer gestellten Planaufgaben abhängt. Was wäre die Folge einer differenzierten Besteuerung in der vorgeschlagenen Form? Das Steueraufkommen im öffentlichen Haushalt würde

mit einem Schlag erheblich absinken (Stendal zahlt für seinen bebauten Grundbesitz — ohne die öffentlichen Gebäude — allein 20000 DM Grundsteuer, andere Städte noch viel mehr!), denn es bliebe nicht bei den kommunalen oder rein staatlichen Besteuerungsobjekten. Die Steuerfreiheit würde mit dem gleichen Recht von den volkseigenen Verwaltungen, der örtlichen Industrie, der HO und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts in Anspruch genommen werden. Die einheitliche und gleichmäßige Durchführung der Abgabengesetze würde hierdurch ins Wanken geraten, und der Grundsatz von der „Klarheit und Wahrheit“ in unserem Haushaltsrecht wäre eine Utopie. Das hätte weiterhin zur Folge, daß die breite Masse, nämlich der „kleine Steuerzahler“, diese Steuerlasten allein zu tragen hätte, ein Gedanke, der schon als solcher absurd wirkt und vom Standpunkt der Verwaltung aus negativ beurteilt wird.

Inzwischen sind die Haushaltsrichtlinien für das Jahr 1952 erschienen. Gewiß werden hieran noch manche Änderungen geknüpft sein. Sie enthalten jedoch nichts, was auf eine Wandlung im staatlichen Haushaltsrecht einschließlich des Besteuerungsrechts schließen läßt. Selbst die früheren KWU-Betriebe werden voraussichtlich in der bisherigen eigenen Regie fortgeführt. Das beweist uns, daß jeder staatliche und volkseigene Betrieb ausnahmslos auch im Jahre 1952 seinen vollen Beitrag zur Erfüllung unserer Planaufgaben zu leisten hat. Das beweist uns ferner, daß eine Freistellung dieser öffentlichen Betriebe von der Besteuerung überhaupt nicht zur Diskussion steht. Außerdem würde das Maß an Verwaltungsarbeit in gar keinem Verhältnis zu dem verminderten Steueraufkommen stehen, wenn man bedenkt, daß es Städte mit weit höherem Steuersoll gibt, ganz abgesehen von den Steuerleistungen der öffentlichen Wirtschaftsbetriebe.

*

Viele Stellungnahmen beschäftigen sich mit den Vereinfachungen auf dem Gebiet der Portoausgaben. Hierzu ist zu bemerken, daß sich das Ministerium des Innern der DDR bereits mit einem derartigen Verbesserungsvorschlag befaßt hat (vgl. Verbesserungsvorschlag 15, Heft 7/1951, S. 206), und daß wir abschließend darüber noch berichten werden.

Das Ministerium der Finanzen der DDR nimmt nun zu dem aufgeworfenen Fragenkomplex wie folgt Stellung:

Der Beitrag des Kollegen Schultze über die Selbstkostensenkung in der staatlichen Verwaltung beschäftigt sich insbesondere mit zwei Steuerfragen, nämlich mit der Zahlung der Grundsteuer und der Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer durch die öffentliche Hand. Beide Fragen haben schon seit längerer Zeit den Gegenstand von Überlegungen gebildet und konnten nur deswegen nicht gelöst werden, weil das erste Haushaltsgesetz der DDR, nämlich das Haushaltsgesetz 1950, den einheitlichen Staatshaushalt noch nicht verwirklicht hatte, sondern die Zusammenfassung sich damals nur auf die Republik, die Länder und die Kreise beschränkte. Nachdem im Staatshaushaltsplan 1951 erstmalig die Zusammenfassung und Verbindung öffentlicher Haushalte durchgeführt werden konnte, nämlich der Haushalte der Republik, der Länder, der Kreise und der Gemeinden, ist es jetzt auch möglich geworden, die Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer und der Grundsteuer durch die öffentliche Hand zu regeln. In dem Kommunalfinanzgesetz, das von der Volkskammer demnächst zugehen wird, ist vorgesehen, daß keine Grundsteuer gezahlt wird für Grundbesitz, der Volkseigentum und für den als Rechtsträger eine Gebietskörperschaft oder eine Körperschaft oder Anstalt mit voller Haushaltsklassifikation eingesetzt ist. Das gleiche gilt auf dem Gebiet der Kraftfahrzeugsteuer. Hier soll keine Kraftfahrzeugsteuer entrichtet werden für Kraftfahrzeuge, die von einer Gebietskörperschaft oder von einer Anstalt oder Körperschaft mit voller Haushaltsklassifikation betrieben werden. Im Gegensatz dazu sollen die Anstalten und Organisationen der volkseigenen Wirtschaft, die nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip arbeiten, Grundsteuer für ihren Grundbesitz und Kraftfahrzeugsteuer für ihre Kraftfahrzeuge entrichten, denn diese Steuern werden ja aus dem Ertrag bezahlt, und es handelt sich hier darum, daß mit Hilfe dieser Steuern Teile des Ertrages sich in unmittelbare Haushaltseinnahmen verwandeln.

Berichterstattung über den Fortgang der Erntearbeiten in Mecklenburg

Willy Becker, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Schwerin

Die Durchführung der Berichterstattung über den Fortgang der Erntearbeiten und Herbstbestellung ist keine Arbeit, die um der Statistik willen gemacht wird. Sie ist von großer Bedeutung, weil die Kreisverwaltungen und auch die Länderregierungen an Hand der Berichte in der Lage sind, das Zurückbleiben einzelner Gemeinden oder Kreise festzustellen. Sie können sofort notwendige Maßnahmen zur Abstellung von Mängeln einleiten und somit helfen, zurückgebliebene Gebiete wieder auf den Durchschnittsstand zu bringen. Einige Länderregierungen haben in der Durchführung dieser Berichterstattung Schwierigkeiten. So wurde z. B. die Landesregierung Sachsen-Anhalt Ende August im „Neuen Deutschland“ wegen mangelhafter Durchführung der Berichterstattung kritisiert.

Wie erfolgt nun die Berichterstattung im Lande Mecklenburg? Grundlage für diese Arbeit ist die von der Regierung unserer Republik angeordnete wöchentliche Berichterstattung. Bis Anfang September wurde während der ganzen Ernte außerdem noch eine tägliche operative Meldung aus den Gemeinden über die Kreise an die Landesregierung gegeben. Beide Meldungen, sowohl die wöchentliche als auch die tägliche Meldung, lagen jeden Tag vollständig vor und konnten sofort von allen in Betracht kommenden Dienststellen und Organisationen ausgewertet werden. Sehr wesentlich war auch die Auswertung durch die Presse, die zurückgebliebene Kreise kritisierte, gute Beispiele veröffentlichte und somit die Arbeit der Verwaltung tatkräftig unterstützte. Die Struktur des Landes Mecklenburg, besonders die noch ungünstigen Verkehrsverhältnisse, bedingen, daß die Berichterstattung nur telefonisch durchgeführt werden kann. Die Kreise haben sich daher sogenannte Meldeköpfe oder „Berichtsgemeinden“ eingerichtet. Das sind je nach der Größe des Kreises 10 bis 25 Gemeinden, die auf Grund ihrer geographischen Lage, ihrer personellen Besetzung und der Gegebenheiten des Fernsprechnetzes hierfür besonders gut geeignet sind. Zu jeder Berichtsgemeinde oder zu jedem Meldekopf gehören die Gemeinden, die an das gleiche Fernsprechnetzz angeschlossene sind. Dadurch ist es möglich, innerhalb des Netzes einer Berichtsgemeinde ohne Wartezeit jede Gemeinde zu erreichen und dabei Gebührenkosten zu sparen. Die Gemeinden sind verpflichtet, die Berichtsgemeinde anzurufen.

Die Art und Weise der Aufnahme der Meldung ist in den Kreisen verschieden. Am besten hat sich folgende Methode bewährt: Mit den Berichtsgemeinden ist ein fester Zeitpunkt des Anrufes durch die Kreisverwaltung vereinbart. Für die wöchentliche Meldung ist dies der Montagnachmittag einer jeden Woche. Die Berichtsgemeinden werden auf drei oder vier Mitarbeiter verteilt, von denen jeder eine entsprechende Anzahl anruft. Da die Berichtsgemeinden und die Kreisverwaltung gleiche Formulare benutzen, in denen die Sollzahlen schon vorgeschrieben sind, werden jetzt nur entsprechend der Reihenfolge Zahlen durchgegeben. Man kann so in kurzer Zeit von einer ganzen Reihe Gemeinden die Meldungen entgegennehmen. Am Montagabend stellt die Kreisverwaltung die Meldung des Kreises zusammen, die ihrerseits am Dienstagmorgen, zwischen 7.30 Uhr und 9.30 Uhr, vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft zur Entgegennahme der Kreismeldung angerufen wird.

In der Abteilung Planung und Statistik des Ministeriums befindet sich ein sogenannter „Plan“-Apparat, der ständig besetzt ist. Dieser Apparat ist nicht an die Vermittlung der Landesregierung angeschlossen, sondern direkt an das Ortsnetz. Hier wird wiederum das gleiche Verfahren wie bei den Kreisen und Gemeinden angewandt. Die Formulare sind einheitlich, Kreise und Sollzahlen sind vorgedruckt. Der Kreis gibt also nur in den einzelnen Kulturen das Ist in Hektar an. Ohne Schwierigkeiten erhält man so in Kürze vollständige Unterlagen aus den Kreisen, die dann der Regierung in Berlin am Dienstagmittag in der Meldung des Landes mit dem Stand vom Sonnabend der vergangenen Woche fernmündlich bekanntgegeben werden.

In der Durchführung der täglichen Berichterstattung sind die Zeiten natürlich etwas anders zu legen. Hier geben die Gemeinden ihre Meldung mit dem Stand von mittags 12 Uhr an die Berichtsgemeinde bis 17 Uhr, die Berichtsgemeinde an die Kreisverwaltung im Laufe des Abends, und das Landwirtschaftsministerium holt sich das Material am Morgen des nächsten Tages ein, so daß gegen 12 Uhr eines jeden Tages der Stand der Arbeiten von 12 Uhr des Vortages vorliegt. Bei dieser täglichen Berichterstattung beschränkt man sich allerdings nur auf die jeweilig im Vordergrund stehenden Arbeiten, also z. B. Anfang September: Drusch des Getreides, Aussaat von Winteröfrüchten, Schälfrucht und Saarfurche. Um die Kosten so gering als möglich zu halten, wird während der täglichen Berichterstattung ein Monatsgespräch bei der Post angemeldet. Dabei ist die Gebühr geringer, und die Gespräche laufen pünktlich in der gewünschten Zeit ein. Auch bei der Durchführung der Berichterstattung im Lande Mecklenburg sind noch Mängel zu verzeichnen. Zwar treffen die Meldungen vollständig zu den vorgesehenen Zeiten im Landwirtschaftsministerium ein, aber die Disziplin der Gemeinden bei der Durchgabe an die Berichtsgemeinde ist noch schlecht. Es kommt immer wieder vor, daß den Kreisen aus 10 bis 20 Gemeinden Meldungen fehlen. Darum ist es notwendig, die Bürgermeister und Mitarbeiter in den Gemeindeverwaltungen anzuleiten, ihnen zu zeigen, wie sie ihre Arbeit richtig und besser machen können. Es ist zu hoffen, daß es den Kollegen in Sachsen-Anhalt gelingen wird, das System ihrer Berichterstattung ähnlich dem des Landes Mecklenburg zu organisieren, so daß die kritisierten Mängel behoben werden.

Leserversammlung in Wittenberg

Im September hielten wir eine Leserversammlung mit den Bürgermeistern des Landkreises Wittenberg ab. Diese Tagung fand ein besonderes Schwergewicht in den allgemeinen Fragen der Erfassung tierischer und pflanzlicher Produkte sowie bei Problemen speziell landwirtschaftlicher Natur. Wertvoll für uns war hierbei, daß Landrat H o l z s c h u h einen Überblick über die Lage im Kreisgebiet vermittelte. Aus der sich entwickelnden Diskussion gewannen die Mitglieder unserer Redaktion den Eindruck, daß — abgesehen von einigen Schwächen — der Verwaltungsapparat im Landkreis Wittenberg die Konferenz von Forst Zinna gründlich ausgewertet und hieraus gute Lehren zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit gezogen hat. Wir konnten feststellen, daß alle Bürgermeister sich ihrer großen Verantwortung bei der Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung bewußt sind und daß sie sich bemühen, ohne erst Anweisungen „von oben“ anzuwarten, vordringliche staatspolitische Aufgaben aus eigener Initiative in Angriff zu nehmen. Das beweist das Beispiel des Bürgermeisters der Gemeinde Straach, der an einem Sonntag über 60 Schweinemastverträge in seinem Dorf abschließen konnte.

Alle Bürgermeister sind Leser unserer Zeitschrift und bestätigten uns, daß ihr Inhalt und die allgemeinverständliche Form der Beiträge den Ansprüchen auch der Mitarbeiter in den kleinsten Gemeinden genüge, um wertvolle Hilfe in der täglichen Praxis zu bieten. Das wird uns ein Ansporn zur weiteren Verbesserung unserer Arbeit sein. Wenn in der gemeinsamen Aussprache zum Ausdruck kam, daß die Schulung der ehrenamtlichen Mitarbeiter ein dringendes Erfordernis ist, so konnten wir darauf hinweisen, daß diese Schulung im Oktober anläuft. Es wurde festgestellt, daß die Arbeit der Kommissionen im Dorfe durch die mangelnde Initiative der Massenorganisationen teilweise behindert wird. Darum ist es Aufgabe der in Betracht kommenden Kreisvorstände, die Mitglieder ihrer Organisationen zu aktivieren und ihr Staatsbewußtsein zu heben. Durch ihre verstärkte Mitarbeit wird auch eine der Gefahrenquellen, durch die der Bürgermeister zum „Dorfpascha“ werden kann, beseitigt. Die Teilnehmer der Leser-

versammlung machten uns ferner darauf aufmerksam, daß es wünschenswert sei, in einem Beitrag die Aufgaben der Gemeindevertretung und ihre Mitarbeit zur weiteren Demokratisierung der Verwaltung zu umreißen. Wir haben das zugesagt. Ein guter Vorschlag eines Bürgermeisters ist die Anregung, jeweils zu wichtigen Bürgermeisterkonferenzen eines Kreises die Vorsitzenden der Gemeindevertretungen mit einzuladen. Hierdurch werden sie mit den vielfältigen und verantwortlichen Aufgaben des Bürgermeisters besser vertraut gemacht und können sich gleichzeitig qualifizieren.

Wir haben in Wittenberg gesehen, daß Kritik und Selbstkritik als Entwicklungsgesetz erkannt ist und angewendet wird. Das kam nicht nur in der lebhaften Diskussion zum Ausdruck, sondern auch darin, daß die Kreisverwaltung den Gemeinden eine gute Anleitung gibt, für die Kritik von unten empfänglich ist und daß vor allem der „Rundschreibenseuche“ ein Ende bereitet werden konnte. Aus der Leserversammlung haben wir wiederum wertvolle Anregungen erhalten, die sich naturgemäß auf die Gestaltung unserer Zeitschrift auswirken werden. Wir freuen uns, daß wir auch mit unseren Lesern im Kreise Wittenberg gute Beziehungen aufnehmen konnten und danken ihnen, besonders dem Kollegen S c h i l d, Kreisrat für Inneres, für das große Interesse und die rege Mitarbeit.

Die Redaktion

So nicht, Kollege!

Der Rat des Landkreises Dresden erhielt im Juli 1951 von der DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau in Berlin eine Freigabe für drei Motorräder, 125 ccm, vom IFA-Werk in Zschopau, die dringend benötigt wurden. Infolgedessen setzte sich die Kreisverwaltung mit dem Lieferwerk wegen des Abholtermins in Verbindung. Sie erfuhr, daß eine Lieferung augenblicklich wegen des Mangels an Getriebe- und Steuerketten nicht möglich wäre und, wenn solche wieder einträfen, zunächst die für den Export vorgesehenen Krafträder geliefert würden. In absehbarer Zeit könne also der Rat des Kreises nicht damit rechnen, daß die Freigabe realisiert würde. Es lag augenscheinlich ein Planungsfehler bei der DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau vor. Inzwischen brachte allerdings die Kreisverwaltung Dresden in Erfahrung, daß die Hainsberger Metallwerke VVB Land Sachsen drei 98-ccm-Leichtmotorräder liefern könnten. Sie bat die DHZ in Berlin, eine Umschreibung der Freigabe auf die Hainsberger Werke vorzunehmen.

Mitte August fuhr der Dresdner Landrat nach Berlin, um im Staatssekretariat für Materialversorgung, Abteilung Fahrzeugbau, die Umschreibung bzw. eine neue Zuweisung in Empfang zu nehmen. Hier wurde ihm vom Kollegen Bredow mitgeteilt, daß zunächst die Landesregierung Sachsen eine Verzichtserklärung dahingehend abgeben müsse, daß sie auf die ursprünglich zugewiesenen Krafträder der 125-ccm-Klasse verzichte; sie solle weiterhin von sich aus eine Freigabe mit Formblatt M 19 auf drei Motorräder 98 ccm aus der Überproduktion der Hainsberger Metallwerke für die Kreisverwaltung Dresden ausstellen. Das geschah. Ende August begab sich nun der Dresdner Kreisrat in das Staatssekretariat für Materialversorgung und bat dort, ihm jetzt die Zuweisung auszustellen, wobei er sich auf die Rücksprache des Landrats mit dem Kollegen Bredow bezog. Der meinte, daß er jetzt dazu keine Zeit habe, erst müsse er die Freigabe „bearbeiten“ und dann würde sie dem Rat des Kreises Dresden ordnungsgemäß zugestellt. —

Da unternimmt nun der Kreis Dresden alles Mögliche, um die so dringend benötigten Krafträder zu erhalten, hat Verständnis dafür, daß der Export vordringlich ist, macht andere Liefermöglichkeiten ausfindig, schickt mehrere Vertreter nach Berlin (was obendrein viel Geld kostet), erfüllt peinlich genau alle Anforderungen des Behörden(um)weges und — Kollege Bredow hat keine Zeit! Ihm kann nur empfohlen werden, ein Vierteljahr lang Außendienst ohne Kraftrad im Landkreis Dresden zu verrichten. Nach seiner Rückkehr würde er gewiß mehr Zeit und größeres Interesse daran haben, berechnete Wünsche der Bevölkerung und der Verwaltungsstellen zu erfüllen.

E. M.

Volksverbundene Arbeit im Kreis Hoyerswerda

Arno Dietze, Hoyerswerda

Zur besseren Anleitung der Bürgermeister und Gemeindeverwaltungen werden im Kreis Hoyerswerda regelmäßig seminaristische Beratungen und Schulungen durchgeführt. Hierzu wurde das Kreisgebiet in neun Stützpunkte gegliedert, und zwar aus der Erwägung heraus, daß bei einer Zusammenfassung von sechs bis höchstens zwölf Gemeinden die Besprechung der Probleme und Aufgaben für den einzelnen viel ergiebiger ist, als wenn alle Bürgermeister des Kreises zentral in der Kreisstadt zusammenkommen, zumal an diesen Beratungen auch die ehrenamtlichen Gemeinderäte sowie die Vorsitzenden der Gemeindevertretungen teilnehmen. Wie werden nun diese seminaristischen Beratungen durchgeführt bzw. wie werden sie vorbereitet? Alle Dezernate der Kreisverwaltung werden vom Termin in Kenntnis gesetzt. Sie geben daraufhin bekannt, welche Schwerpunktaufgaben gegenwärtig in ihrem Bereich vordringlich zu behandeln sind. Die erste seminaristische Beratung findet stets in der Kreisstadt Hoyerswerda mit elf umliegenden Gemeinden statt. Die Mitarbeiter der Abteilung Innere Verwaltung nehmen daran teil und erhalten somit die Möglichkeit, in den übrigen Stützpunkten des Kreises die Probleme in derselben Form darzulegen, wie sie vom Kreisrat für Inneres entwickelt wurden. Während der Beratungen behandeln entweder die Mitarbeiter der Inneren Verwaltung sodann die Fragen, oder der verantwortliche Kreisrat bzw. seine Mitarbeiter beteiligen sich an der Besprechung und erläutern die Aufgaben ihres Fachgebiets. So wurden in den während des Monats Juni stattgefundenen Beratungen u. a. folgende Punkte seminaristisch durchgearbeitet:

1. Gesetzesschau, d. h. Erläuterung aller Gesetze und Verordnungen, die seit der letzten Beratung in Kraft getreten sind,
2. die Weltfestspiele und alle Aufgaben, die damit im Zusammenhang standen,
3. Auswertung der Volksbefragung,
4. örtliche Brandschutzkommissionen. Hierzu wurde ein Vertreter des Kreisbrandschutzamtes hinzugezogen, der über die Notwendigkeit der Kommissionen und deren Aufgabengebiet referierte,
5. polizeiliches Meldewesen. Auch zu diesem Punkt war ein Vertreter des Volkspolizei-Kreisamtes herangezogen worden, der alle Fragen, die mit der Änderung des polizeilichen Meldewesens und mit dem Meldewesen überhaupt zusammenhängen, den Funktionären der Gemeindeverwaltungen eingehend erläuterte,
6. Schweinemastverträge und freier Einkauf. Das Thema wurde vom Kreisrat für Handel und Versorgung unter Hinzuziehung verantwortlicher Mitarbeiter des Dezernats behandelt.

Welchen Anklang die seminaristischen Beratungen bei den Beteiligten selbst gefunden haben, zeigt die Tatsache, daß die Verwaltungsfunktionäre der Gemeinden zu diesen Beratungen stets pünktlich erscheinen. Das mag unwesentlich erscheinen, ist aber dennoch ein Zeichen für das große Interesse, das den Beratungen seitens der Mitarbeiter in den Gemeinden entgegengebracht wird. Hierbei soll nicht unerwähnt bleiben, daß in zwei von den neun Stützpunkten die seminaristischen Beratungen auch in sorbischer Sprache durchgeführt werden. Diese Maßnahme hat die sorbischen Teilnehmer sehr aufgeschlossen gemacht und bewirkt, daß die Verbundenheit aller Gemeinden mit der Kreisverwaltung wesentlich verstärkt wurde.

Zur weiteren Demokratisierung finden im Kreis Hoyerswerda allmonatlich Veranstaltungen unter dem Motto „Die Bevölkerung fragt — der Kreisrat antwortet“ statt. Durch Plakate und Handzettel, durch Einschaltung der Gemeindeverwaltungen und Gemeindevertretungen wird einige Tage zuvor die Bevölkerung auf diese Veranstaltungen hingewiesen, Briefkästen werden errichtet, um Möglichkeiten zu schriftlichen Anfragen zu bieten. Alle Ausspracheabende konnten bisher als gelungen bezeichnet werden. So waren in einer Gemeinde von rund 320 Einwohnern 120 Bewohner anwesend. Das bedeutet, daß fast die gesamte erwachsene Einwohnerschaft an der Versammlung teilgenommen hatte. Bei den Ausspracheabenden werden oft bis zu 40 münd-

Zum Tag der Aktivisten am 13. Oktober



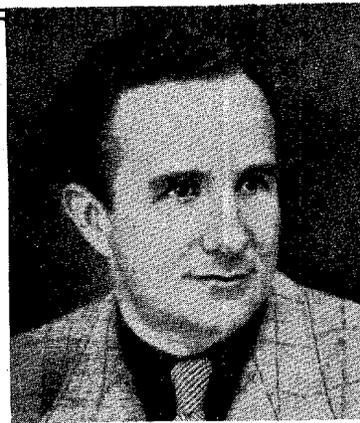
HELENA EISENBERG

Oberreferentin beim Ministerium für Leichtindustrie der DDR, gelang es, durch Initiative und fortschrittliche Arbeitsweise bedeutende Einsparungen an Kohle zu erreichen. Sie betragen bei Brikketts einen Zwei-Tage-Verbrauch, bei Steinkohle einen Drei-Tage-Verbrauch und bei Schmelzkoks einen Vier-Tage-Verbrauch der gesamten Leichtindustrie



HELMUT MISSBACH

stellvertretender Leiter der Deutschen Notenbank, Halle, ermöglichte durch Verbesserung der Arbeitsmethoden und Senkung der Verwaltungskosten eine jährliche Einsparung von 332 000 DM



INGEBORG RICHTER

Sachbearbeiterin beim Rat des Kreises Liebenwerda, leistete Hervorragendes zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit in der Kreiskartenstelle, wodurch künftig erhebliche Kosten eingespart werden



WOLFGANG RENNER

Mitarbeiter beim Rat des Stadtkreises Dresden, entwickelte einen Organisationsplan zur Erfassung der Inneren Reserven an Roh- und Hilfsstoffen, durch den das Soll im Werte von 2 Millionen DM mit zwei Monaten vorfristig erfüllt werden kann



liche und schriftliche Anfragen beantwortet. Alle Anfragen werden protokollarisch festgehalten. Nach Auswertung des Ausspracheabends und nachdem etwa notwendige Erhebungen erfolgt sind, werden die schriftlich beantworteten Anfragen über die Abteilung Innere Verwaltung der jeweiligen Gemeinde zugewiesen, die in ihrer nächsten öffentlichen Gemeindevertretersitzung die seinerzeit nicht restlos beantworteten Anfragen an Hand der schriftlichen Stellungnahme der Kreisverwaltung erläutert. Die Durchführung öffentlicher Sprechstunden seitens der Kreisverwaltung in den Gemeinden ist ein weiteres Mittel, die Verbindung zwischen Bevölkerung und Verwaltung zu fördern. Die Sprechstunden werden jeden Monat in sechs Gemeinden durchgeführt und drei Monate lang vom gleichen Kreisrat mit den gleichen verantwortlichen Mitarbeitern abgehalten, damit diese Gelegenheit haben, alle eingegangenen Anfragen bis zur restlosen Erledigung verantwortlich zu bearbeiten. Kreisratsabgeordnete beteiligen sich ebenfalls an den öffentlichen Sprechstunden

und berichten dabei gleichzeitig über ihre Tätigkeit als Abgeordnete.

Auch an Gemeindevertretersitzungen nehmen Kreisratsabgeordnete teil. Ein besonderer Tagesordnungspunkt sieht den Bericht des Kreisratsabgeordneten über seine Tätigkeit vor. Die Anwesenheit des Kreisratsabgeordneten gibt gleichfalls Anlaß, nach der Sitzung mit der Bevölkerung darüber zu diskutieren, was die Gemeinde bewegt und interessiert. Selbstverständlich nehmen die Mitarbeiter der Gemeindeabteilung der Kreisverwaltung an den Gemeindevertretersitzungen planmäßig teil. Ihre Anwesenheit wird der Bevölkerung bekanntgegeben, so daß auch in diesem Falle nach der Gemeindevertretersitzung eine fruchtbringende Diskussion entwickelt werden kann. So ist man im Kreise Hoyerswerda bemüht, einer tiefgreifenden Demokratisierung und Verbundenheit zwischen Staat und Bevölkerung alle erdenklichen Wege zu ebnen.

GESETZE UND VERORDNUNGEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Für Stadt- und Landkreise sowie Gemeinden
besonders beachtenswerte Gesetze und Verordnungen

Verordnung über die Aufgaben der Arbeitsverwaltungen und über die Lenkung der Arbeitskräfte

Vom 12. Juli 1951 (GBl. 86/1951, S. 687 ff.).
Erlassen auf Grund des § 59 des Gesetzes der Arbeit vom 19. April 1950 (GBl. 46/1950, S. 349).

Die Deckung des Arbeitskräftebedarfs, die Nachwuchslenkung sowie die Eingliederung der Frauen in den Produktionsprozeß kann nicht mehr durch Arbeitsvermittlung alten Stils erfolgen, sondern muß durch eine Lenkung der Arbeitskräfte, durch eine erweiterte und verbesserte Berufsausbildung und eine Qualifizierung der vorhandenen Arbeitskräfte unter Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozeß erfolgen.

Die Ämter für Arbeit, mit dem Charakter der Arbeitsvermittlung, haben im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik ihre Berechtigung verloren. Ihre bisherige Struktur und Aufgabenstellung entspricht nicht mehr den tiefgreifenden Veränderungen unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, in der die Sorge um den werktätigen Menschen oberstes Gesetz ist.

Abteilungen für Arbeit bei den Räten der Kreise

Die Ämter für Arbeit werden als selbständige Dienststellen aufgelöst. In der demokratischen Selbstverwaltung werden Organe für die Aufgaben der Arbeitsverwaltungen errichtet. Die Aufgaben der bisherigen Ämter für Arbeit werden von den neu zu bildenden Abteilungen für Arbeit in den Verwaltungen der Räte der Stadt- bzw. Landkreise übernommen. — Die persönlichen und sächlichen Kosten der Abteilungen für Arbeit werden in den Haushaltsplan des Kreises eingeplant. Die Abteilungen für Arbeit bei den Räten der Kreise erhalten durch das Ministerium für Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik und die zuständigen Fachministerien der Landesregierungen Anleitung und Anweisungen.

Struktur der Abteilungen für Arbeit

Die Abteilungen für Arbeit gliedern sich in die Fachgebiete Planung und Statistik — Arbeitskräfte lenkung — Arbeitsschutz — Kollektivverträge und Lohnkontrollen.

Ihre Aufgaben

Sie erfassen die Reserven an Arbeitskräften und organisieren den Ausgleich zwischen Betrieben und den zwischen- und überbezirklichen Ausgleich an Arbeitskräften. Sie unterstützen die volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe bei der Werbung von Arbeitskräften. Sie wirken mit bei der Lenkung der Nachwuchskräfte. Sie gliedern die schwerbeschädigten und körperbehinderten Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß ein. Sie stellen Meldekarten für Arbeitssuchende aus, setzen Kontrolltage fest und führen eine Meldekontrolle für die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung durch. (In Landkreisen kann der Rat des Kreises die Bürgermeister mit der Durchführung der Meldekontrolle beauftragen.) Sie kontrollieren die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen innerhalb ihres Aufgabenbereiches. Sie überprüfen die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen und veranlassen die Beseitigung festgestellter Mängel. In enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsschutzkommissionen untersuchen sie Betriebsunfälle und deren Ursachen. In enger Zusammenarbeit mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund leiten sie die Arbeitsschutzkommissionen in den Betrieben an. Sie bestätigen Betriebskollektivverträge nach den Bestimmungen der geltenden Kollektivvertragsverordnungen und überwachen ihre Einhaltung. Sie bestätigen Betriebsvereinbarungen in privaten Unternehmen und Betrieben, kontrollieren ihre Durchführung und überwachen die Beachtung der Tarifverträge und der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

Abteilungen für Berufsausbildung bei den Räten der Kreise

Auf Grund von Anweisungen, die das Staatssekretariat für Berufsausbildung gemeinsam mit dem Ministerium des Innern er-

läßt, werden bei den Räten der Stadt- und Landkreise Abteilungen für Berufsausbildung geschaffen.

Sowohl die Arbeitskräfte lenkung als auch die Werbung von Arbeitskräften muß in enger Zusammenarbeit mit den demokratischen Massenorganisationen (FDGB, FDJ, DFD) erfolgen.

Verordnung über die Regelung des Stellenplanwesens

Vom 12. Juli 1951 (GBl. 86/1951, S. 689 ff.).

Zusammensetzung, Aufgaben und Bedeutung der Stellenplan-Kommission sind von Anton Plenikowski im „Demokratischen Aufbau“, Heft 8/1951, S. 211, ausführlich erläutert worden.

Bei den Räten der Stadt- und Landkreise entfällt die Bearbeitung der Struktur- und Stellenpläne durch die Org.-Instrukteurabteilungen. Bei den Beauftragten für Staatliche Kontrolle in den Stadt- und Landkreisen werden Stellenplaninspektionen zur systematischen Kontrolle der Stellenplandisziplin und zur Unterstützung der Stellenplankommission eingerichtet.

In allen Zweigen der staatlichen Verwaltung und der volkseigenen Wirtschaft der Kreise registrieren sie die Stellenpläne entsprechend der Nomenklatur und die für den Verwaltungsapparat bestimmten Haushaltsmittel einschließlich der Mittel für soziale und kulturelle Zwecke.

Die Stellenplankommission und ihre Inspektionen sind berechtigt, von allen Verwaltungsorganen, Institutionen, öffentlichen Anstalten, Einrichtungen und Betrieben die erforderlichen Auskünfte in Stellenplan- und damit verbundenen Haushaltsfragen zu verlangen.

Verordnung über die hygienische Überwachung der zentralen Wasserversorgungsanlagen

Vom 23. August 1951 (GBl. S. 794 f.), dazu

— Erste Durchführungsbestimmung

Vom 23. August 1951 (GBl. S. 795).

Zentrale Wasserversorgungsanlagen, die Trinkwasser liefern, unterliegen der hygienischen Überwachung durch die Gesundheitsverwaltung. Die Abteilung Gesundheitswesen des Kreises ist für diese Überwachung verantwortlich.

Welche Aufgaben ergeben sich für die Abteilung Gesundheitswesen des Kreises?

Sie erteilt bei der Errichtung oder Veränderung einer zentralen Wasserversorgungsanlage dazu die Erlaubnis, die sie im Einvernehmen mit der zuständigen öffentlichen Bauaufsichtsstelle mit Auflagen für den Bauherrn versehen kann. Sie wirkt mit bei der Planung von Städten und Siedlungen hinsichtlich der einwandfreien Trinkwasserversorgung. Sie wird von den zentralen Wasserversorgungsanlagen benachrichtigt, wenn chemische und bakteriologische Untersuchungen einen nicht einwandfreien Befund ergeben und erhält die Meldungen der monatlichen Untersuchungsergebnisse. Die Abteilung Gesundheitswesen des Kreises ist verpflichtet, zentrale Wasserversorgungsanlagen zu besichtigen, Wasserproben zu entnehmen und Beseitigung festgestellter Mängel zu verlangen.

Sie überwacht den Gesundheitszustand der in zentralen Wasserversorgungsanlagen beschäftigten Personen. Dazu teilen die Leiter der zentralen Wasserversorgungsanlagen der Abteilung Gesundheitswesen bis zum 23. September 1951 die Zahl der Beschäftigten mit und unterrichten sie von jeder vorgesehenen Einstellung und vom Ausscheiden dort Beschäftigter. Die Abteilung Gesundheitswesen des Kreises veranlaßt, daß die in den zentralen Wasserversorgungsanlagen beschäftigten Personen vor ihrer Einstellung klinisch und bakteriologisch und während der Beschäftigung monatlich bakteriologisch und halbjährlich klinisch untersucht werden.

Gegen Anordnungen und Maßnahmen der Abteilung Gesundheitswesen des Kreises kann innerhalb zwei Wochen nach Bekanntgabe bei dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium der Landesregierung Beschwerde eingelegt werden. Die Entscheidung ist endgültig, die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Schulung und PRAXIS

Rechtsmittel gegen Zwangsgeldfestsetzung

Der Beitrag von Dr. Kurt Zimmermann in Heft 5, S. 145, hatte eine Reihe von Zuschriften zur Folge, deren Einsender den Ausführungen teilweise widersprechen bzw. Einschränkungen für nötig erachteten. Der nachstehende Artikel klärt die aufgeworfenen Fragen.

Zimmermann vertritt die Auffassung, daß gegen eine Zwangsgeldfestsetzung kein Rechtsmittel gegeben sei, da eine solche Maßnahme lediglich der Durchführung eines vorausgegangenen vollstreckbaren Verwaltungsaktes diene. Die Anwendung einer Zwangsmaßnahme sei ohnehin nur das letzte Mittel, um dem staatlichen Willen zur Anerkennung zu verhelfen. Die staatliche Ordnung wäre aber in Frage gestellt, wenn nicht mit den der Verwaltung für besondere Fälle vorbehaltenen Mitteln Störungen dieser Ordnung beseitigt werden könnten. Die Staatsgewalt müsse hierbei besonders schnell und schlagkräftig zupacken können. Der Erteilung eines Strafbescheides, also der Festsetzung des Zwangsgeldes, komme lediglich die Bedeutung zu, daß das Zwangsgeld nunmehr verwirkt sei. Der Rechtsschutz des Bürgers sei genügend gewahrt, wenn ihm ein Rechtsmittel gegen die der Festsetzung des Zwangsgeldes vorausgehende Androhung zustehe.

Diese Ausführungen bedürfen gewisser Ergänzungen. Zunächst gibt es eine Anzahl von Fällen, bei denen die positive Regelung etwas anderes bestimmt. Die sächsische „Bekanntmachung über Zwangsstrafen, Strafverfügungen und Ordnungsstrafen der öffentlichen Verwaltung“ vom 10. März 1949 (G. u. VOBl. S. 164) sieht ausdrücklich ein Rechtsmittel gegen eine Zwangsstrafe vor. Das Preußische Gesetz über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzes-Sammlung S. 195) bestimmt in § 133, daß gegen die Festsetzung und Ausführung eines Zwangsmittels innerhalb zwei Wochen in allen Fällen die Beschwerde im Aufsichtswege zulässig ist. Das Preußische Polizeiverwaltungsgesetz vom 1. Juni 1931 (GS. S. 77) bestimmt in § 55, daß gegen die Festsetzung und Ausführung eines Zwangsmittels innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an die Dienstaufsichtsbehörde gegeben ist. Die Reichsabgabenordnung behandelt die Zwangsstrafe in § 202. Gemäß § 237 der RAO ist sowohl gegen den Finanzbefehl des § 202 als auch gegen die Festsetzung der Erzwingungsgeldstrafe die Beschwerde zulässig. Das Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit regelt die Zwangsstrafe in §§ 132, 139 und sieht vor, daß sowohl gegen den Beschluß, der die Ordnungs-

strafe androht, wie auch gegen den Beschluß, durch welchen die Ordnungsstrafe festgesetzt wird, sofortige Beschwerde zulässig ist. Die Reichsumlegungsverordnung vom 16. Juni 1937 (RGBl. S. 629) sieht in § 142 eine sehr ausführliche und umfassende Regelung des Zwangsgeldes vor. In § 143 wird bestimmt, daß gegen die Androhung, Festsetzung und Durchführung eines Zwangsmittels innerhalb zwei Wochen Beschwerde eingelegt werden kann. Bereits diese Beispiele zeigen, daß der Ausschluß eines Rechtsmittels gegen die Festsetzung der Zwangsstrafe durchaus nicht als ein allgemeines Prinzip bezeichnet werden kann, wie es Zimmermann tut. Dabei ist in allen vorgenannten Fällen neben dem Rechtsmittel gegen die Festsetzung des Zwangsgeldes selbst das Rechtsmittel auch schon zulässig gegen die Androhung. Kann man also die Unzulässigkeit eines Rechtsmittels gegen die Festsetzung des Zwangsgeldes nicht als allgemeines Prinzip aufstellen, so bleibt die Frage zu entscheiden, ob und welches Rechtsmittel gegeben ist, wenn die betreffende gesetzliche Bestimmung hierüber nichts vorsieht. In diesem Zusammenhang erscheint es bedeutsam, daß die Festsetzung einer Zwangsstrafe nur dann erfolgen darf, wenn hierzu eine besondere gesetzliche Ermächtigung vorliegt, und daß grundsätzlich der Festsetzung der Zwangsstrafe eine Androhung vorhergehen muß. Außer in denjenigen Fällen, die sich bereits aus den obengenannten Beispielen ergeben, ist dies z. B. auch vorgeschrieben durch § 2 des sogenannten sächsischen A-Gesetzes vom 28. Januar 1835, das die Verwaltungsbehörde ermächtigt, „innerhalb ihrer Kompetenz ihre Verfügungen mit Nachdruck durchzuführen und zu dem Zweck im allgemeinen oder in einzelnen Fällen sachgemäße Strafen anzuandrohen und zu vollstrecken...“ Es kann also davon ausgegangen werden, daß grundsätzlich eine vorherige Androhung erfolgt, so daß die Möglichkeit gegeben ist, hiergegen das zulässige Rechtsmittel einzulegen. Sofern die gesetzliche Bestimmung schon eine solche Androhung vorsieht, aber gegen die Festsetzung des Zwangsgeldes kein Rechtsmittel ausdrücklich festlegt, muß deshalb davon ausgegangen werden, daß die Möglichkeit des Rechtsmittels auf die Androhung beschränkt sein soll.

Gesetzliche Bestimmungen, die eine solche Androhung nicht vorschreiben, sind offenbar nicht zahlreich. Als Ausnahme kann die Regelung des § 33 des Preuß. Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931

(GS. S. 72) genannt werden. Hiernach kann in Polizeiverordnungen für den Fall einer Nichtbefolgung Zwangsgeld und Zwangsstrafe angedroht werden. Das Zwangsgeld darf jedoch ohne eine besondere Androhung im Einzelfall nur dann festgesetzt werden, wenn der Betroffene die Verordnung kannte oder kennen mußte. Für diesen Fall aber ist in § 57 bestimmt, daß gegen die Festsetzung eines Zwangsmittels ohne vorherige Androhung die Rechtsmittel wie gegen eine polizeiliche Verfügung gegeben sind, wenn auch mit der Einschränkung, daß, bei Einwendungen nur gegen die Höhe, sie auf die Beschwerde und auf die Verwaltungsklage beschränkt sind. Selbstverständlich muß damit gerechnet werden, daß es Fälle gibt, die eine Androhung des Zwangsgeldes nicht vorsehen, aber auch keine Bestimmung treffen über irgendwelche Rechtsmittel gegen die Festsetzung desselben. In diesen Fällen wäre es, wie Zimmermann schon ausführt, mit den Grundsätzen einer demokratischen Verwaltung unvereinbar, sollte gegen eine Festsetzung des Zwangsgeldes keine Möglichkeit der Nachprüfung eröffnet werden. Deshalb ist in solchen Fällen die Beschwerde gegen die Festsetzung des Zwangsgeldes für zulässig anzusehen.

Es ist gegenüber den Ausführungen von Zimmermann die Auffassung vertreten worden, daß gegen die Festsetzung des Zwangsgeldes deshalb ein selbständiges Rechtsmittel gegeben sein müsse, weil der Betroffene sich auch gegen die Höhe des Zwangsgeldes wenden können. In der Tat muß sich die Höhe des Zwangsgeldes nicht immer aus der Androhung ergeben. Für eine Anzahl von Fällen ist dies allerdings ausdrücklich vorgeschrieben, wie z. B. in der Reichsumlegungsverordnung oder dem Preußischen Polizeiverwaltungsgesetz. Für das Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit ist dieser Grundsatz von der Rechtsprechung entwickelt worden. In anderen Fällen fehlt allerdings eine solche Vorschrift. Trotzdem muß auch hier ein bestimmter Rahmen infolge der Androhung eines Höchstbetrages der Strafe eingehalten werden, wie dies die Rechtsprechung insbesondere zu § 202 der RAO festgelegt hat. Der Betroffene erfährt mithin durch die Androhung zumindest, bis zu welcher Höhe die Zwangsstrafe gegen ihn ausgeworfen werden kann, so daß er die Möglichkeit hat, dies bei seiner Entschließung über das Rechtsmittel gegen die Androhung zu berücksichtigen. Dem Argument Zimmermanns, daß bei der Zulässigkeit einer Beschwerde infolge ihrer aufschiebenden Wirkung der Zweck der Zwangsstrafe in Frage gestellt werde und aus diesen Gründen ein Rechtsmittel zu versagen sei, vermag ich nicht beizutreten. Der „Suspensiveffekt“, d. h. die aufschiebende Wirkung des Rechtsmittels, wird durch das Gesetz verschieden geregelt. Eine fakultative, also wahlweise Handhabung kennt die Reichsabgabenordnung in § 235, während z. B. die

Reichsumlegungsverordnung vom 19. Juni 1937 in § 143 ausdrücklich bestimmt, daß Zwangsgeld und Zwangshaft erst vollstreckt werden dürfen, wenn die Androhung und Festsetzung nicht mehr anfechtbar sind. Das Preußische Landesverwaltungs-gesetz von 1883 hingegen sieht eine aufschiebende Wirkung nur für Haftstrafen vor, die vor Rechtskraft nicht vollstreckt werden dürfen. Hingegen bestimmt das Preuß. Polizeiverwaltungs-gesetz vom 1. Juni 1931 in § 55, daß zwar die Anfechtung keine aufschiebende Wirkung habe, daß aber die Vollstreckung von Zwangsgeld und Zwangshaft nur

dann erfolgen dürfe, wenn die Festsetzung unanfechtbar geworden ist. Ein allgemeines Prinzip, daß ein Rechtsmittel aufschiebende Wirkung habe, besteht demzufolge nicht. Deshalb dürfte die Auffassung begründet sein, daß die aufschiebende Wirkung der Beschwerde nur dann eintritt, wenn sie vom Gesetz ausdrücklich vorgesehen wird. Dann aber kann sie nicht mehr als ein allgemeines Argument dafür angeführt werden, daß gegen die Festsetzung des Zwangsgeldes kein Rechtsmittel zu gewähren sei.

Dr. Werner Artzt

Wie werden Arbeitsbrigaden in der Verwaltung gebildet?

Auf der Konferenz von Staatsfunktionären in Forst Zinna sagte der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht über die Entwicklung von Arbeitsbrigaden in den Verwaltungen: „In ähnlicher Weise, wie in den Abteilungen der Produktionsbetriebe Aktivistenbrigaden die Arbeit durchorganisiert haben, ist es auch in den Verwaltungen notwendig, Brigaden zu bilden, die den Arbeitsgang genau prüfen und die bessere Organisierung der Arbeit veranlassen.“

Seit dieser Zeit ist ein halbes Jahr vergangen, und deshalb soll heute die Frage gestellt werden: Inwieweit ist diese Forderung erfüllt worden? In vielen Verwaltungsorganen der DDR ging man mit dem gleichen Eifer an die Lösung dieser Aufgaben heran, wie man es zur Lösung der anderen auf der Konferenz von Forst Zinna gestellten Aufgaben getan hat. Dies zeigt sich vor allem in der Arbeit vieler Brigaden, die ihren sichtbaren Ausdruck findet in Plänen zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit, in der Hilfe beim Aufbau der volkseigenen örtlichen Industrie durch Brigaden, in der Hilfe bei der Durchführung der Frühjahrsbestellung und Ernte, der Organisierung des Nachtdrusches und der vorfristigen Ablieferung sowie in einer erfreulichen Anzahl von verwertbaren Verbesserungsvorschlägen. Auf dem Gebiete des Finanzwesens wurden im Lande Mecklenburg bedeutende Verbesserungen der Arbeitsmethoden erzielt. So halfen Brigaden des Ministeriums der Finanzen den Finanzbuchhaltungen der Kreise in der Vereinfachung der Arbeit und erreichten dadurch, daß die Erfahrungen der „Opitz-Methode“ angewendet wurden, einen bedeutenden Erfolg bei den Finanzabrechnungen infolge wesentlicher Verkürzung des Arbeitsganges und verbesserter Übersicht der Mittelbewegungen im Staatshaushalt. Das Ministerium für Volksbildung der Landesregierung Mecklenburg überprüfte durch Brigaden die Arbeit einiger Schulverwaltungen, schuf gute Beispiele und entfaltete aus den so gewonnenen Erfahrungen einen breiten Erfahrungsaustausch mit allen Schulverwaltungen des Landes, der wesentlich zur Verbesserung der Arbeit beitrug. Diese Beispiele zeigen, daß dort, wo es verstanden wurde, die

Brigadenbewegung zu entfalten, beachtliche Arbeitserfolge nicht ausbleiben.

So erfreulich diese einzelnen Beispiele auch sein mögen, bedeuten sie jedoch nicht, daß in der gesamten staatlichen Verwaltung der Durchbruch zur Brigadenarbeit erreicht worden ist. Dies ist eindeutig festzustellen. Die in allen Kreisen und vielen übrigen Verwaltungsstellen Mecklenburgs nach der Konferenz von Staatsfunktionären gebildeten Brigaden sind durchweg in ihrer Arbeit nicht so lebendig, wie es an Hand der vorstehenden Beispiele gezeigt wurde. Viele Brigaden stehen auf dem Papier oder treten nicht mehr in Erscheinung. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß dieses kein besonderer „Mecklenburger Zustand“ ist, sondern daß gleiche Erscheinungen auch in allen anderen Ländern und bei den Ministerien der Regierung der DDR aufgetreten sind. Hier gilt es die Ursache zu suchen. Sie liegt keinesfalls in der ungenügenden Bereitschaft der einzelnen. Das ist leicht an der fleißigen und gewissenhaften Arbeit ungezählter Angestellter der staatlichen Verwaltung zu beweisen, die uns überall begegnen. Die Ursache für das Nichtarbeiten so vieler Brigaden liegt in der Hauptsache wohl an der formalen Bildung der Brigaden. Oft hat man „von oben“ oder einfach durch die BGL die besten Mitarbeiter ohne Rücksicht auf ihr Verhältnis zum Arbeitsgebiet in einer Brigade zusammengefaßt. Die so gebildeten Brigaden können nicht arbeiten, auch wenn man sich noch so große Mühe gibt, weil sie nicht-unmittelbar aus dem Arbeitsprozeß heraus entstanden sind.

Keine Brigade, deren Mitglieder sich z. B. aus je einem Sachbearbeiter der Dezernate Finanzen, Personal, Sozialwesen und Handel und Versorgung zusammensetzen, wird in der Lage sein, mit Initiative und kollektiv ein Problem auf dem Gebiete

von Handel und Versorgung oder des Sozialwesens zu lösen. Selbst wenn die Bereitschaft und der glückliche Zufall vorhanden ist, daß alle vier sich diesem Problem gewachsen fühlen, scheidet die Lösung daran, daß sie die gestellte Aufgabe von Anfang bis Ende nicht lösen können, weil jeder innerhalb seiner Abteilung bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat. Hier zeigt sich der Widerspruch zwischen der von außen gebildeten Brigade und dem tatsächlichen, bestimmten Ablauf des Arbeitsprozesses. Es soll nicht dem Ressortfanatismus das Wort geredet, sondern vielmehr der Beweis geführt werden, daß die Struktur der Verwaltung und ihre Mitarbeiter in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen, das man auch bei der Bildung von Brigaden berücksichtigen muß. Wichtig ist also, daß die Brigade aus dem Arbeitsprozeß heraus unter Berücksichtigung der Struktur der Verwaltung gebildet und nicht von außen bestimmt wird.

Die bestimmten Probleme, Schwierigkeiten, Schwerpunktaufgaben, die in einer Hauptabteilung oder Abteilung vorhanden sind, müssen in der Arbeitsberatung mit allen Mitarbeitern gründlich diskutiert werden. Derjenige, der diese Diskussion leitet, muß es dann verstehen, die fähigsten Mitarbeiter auf diese Probleme aufmerksam zu machen, den Anreiz zu geben, daß sich einige Mitarbeiter zu einem Kollektiv — zu einer Brigade — zusammenschließen und sich das Ziel setzen, eine bestimmte Aufgabe zu lösen. Wird dieser Weg beschritten, dann wird damit erreicht, daß

1. die Angehörigen der unmittelbar aus dem Arbeitsprozeß entstandenen Brigade die zur Lösung der Aufgabe notwendige Initiative entfalten,
2. die Brigade von einem gesunden Kollektivgeist erfüllt ist, in der es für schlechtes Strebertum keinen Raum gibt,
3. die Brigade von den übrigen Angehörigen der Abteilung in der Durchführung ihrer Arbeit voll unterstützt wird,
4. alle Mitarbeiter der Abteilung über die Notwendigkeit, die Art und Größe der Aufgabe unterrichtet sind, ihre Bedeutung richtig erkennen und dadurch die Sache der Brigade zu ihrer eigenen machen. Die Abteilung festigt sich und versteht es besser, wichtige Aufgaben der Verwaltung zu lösen. Die Angehörigen der Abteilung werden ein Interesse daran haben, die von der Brigade vorgetragenen und von allen anerkannten Vorschläge zu realisieren,

Haben Sie nicht vergessen,

die Fragekarte auf der 3. Umschlagseite unseres Heftes Nr. 9 einzusenden? Die Beantwortung der Fragen liegt in Ihrem eigenem Interesse.

5. die Brigade und alle übrigen Angehörigen der Abteilung über die ersten Erfolge der Arbeit berechnete Freude empfinden. Das wird dazu führen, den Erfahrungsaustausch zu entwickeln, um die gewonnenen Erkenntnisse zu vertiefen und sie bei der Durchführung neuer und größerer Aufgaben anzuwenden.

Es ist nicht schwer zu erkennen, daß die Geburtsstätte der Brigade die Arbeitsberatung in der Abteilung sein muß. Die richtige und regelmäßige Durchführung der Arbeitsberatung bildet also einen wesentlichen Faktor bei der Bildung sowie erfolgreichen Arbeit der Brigaden und der ständigen Verbesserung der Verwaltungsarbeit. Die aus der Arbeitsberatung heraus gebildeten Brigaden werden nicht nur die Arbeit besser organisieren, bestimmte Probleme schneller lösen, sondern auch — und das ist wesentlich — mit ihren Erkenntnissen auf alle übrigen Mitarbeiter einwirken. Trotz der Verschiedenartigkeit der zu bearbeitenden Materie wird sich dann auch bald ein gemeinsamer Erfahrungsaustausch mit Brigaden anderer Abteilungen und Verwaltungen entwickeln, größere Probleme werden diskutiert und deren Lösung organisch durch mehrere Brigaden in Angriff genommen, wobei das Studium der Erfahrungen der Sowjetunion und der Volksdemokratien eine wesentliche Hilfe sein wird.

Heinz Bull, Leiter der Org.-Instrukteurabteilung, Schwerin

Aufzeichnungen bei der innerbetrieblichen Schulung erforderlich

Es ist zweifellos keine leichte Aufgabe, jeden Mittwoch über die verschiedensten Fragen aus unserem fachlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben zu sprechen, den Mitarbeitern die Wichtigkeit einer solchen Schulung immer wieder vor Augen zu halten und zu versuchen, in verständlicher und seminaristischer Form die Themen zu behandeln. Gerade bei der laufenden Themenänderung ist es notwendig, daß sich der Referent eingehend mit den Problemen unserer Zeit beschäftigt und im besonderen mit der Themenstellung für die nächste Schulungsstunde.

Wer sich von den Hörern der innerbetrieblichen Schulung genau wie wir Referenten über die Notwendigkeit dieser Schulung klar geworden ist, wird in Zukunft sich mit jedem Thema im Selbststudium beschäftigen — soweit er es noch nicht getan hat. Bei einer derartigen Erkenntnis ist es unerlässlich, daß sich jeder während der Schulung die notwendigen Notizen macht und sie durcharbeitet. So leicht wird niemand in der Lage sein, die Fülle des gebotenen Stoffes von Woche zu Woche und sofort während oder nach der Schulung in sich aufzunehmen und zu beherrschen. Sollte das bei einem Kollegen Schulungsteilnehmer dennoch der Fall sein, wäre er geeignet, die Zahl der guten Referenten der innerbetrieblichen Schulung zu erhöhen.

Vk. Horst Henoch, Chemnitz

Der Erbschein

Der folgende Beitrag enthält in gedrängter Form das Wissenswerteste über diese wichtige, ihrem Wesen nach vielfach unbekanntes Urkunde.

Der Erbschein ist eine Urkunde, die das Nachlaßgericht, also das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Erblasser seinen letzten Wohnsitz hatte, auf Antrag erteilt. Sterbeort oder Aufenthaltsort sind nicht immer der Wohnort. Antragsberechtigt ist der Erbe, der Testamentsvollstrecker und auch der Gläubiger, wenn er einen Schuldtitel gegen seinen verstorbenen Schuldner in der Hand hat. Allerdings ist es für den Gläubiger nicht ganz einfach, die Erben zu ermitteln, vor allem die erforderlichen Unterlagen für sie, nämlich Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden beizubringen. Es wird oft angenommen, daß man erst auf Grund des Erbscheines Erbe werde. Das ist nicht der Fall. Ein Erbrecht entsteht nicht durch den Erbschein, sondern kraft Gesetzes oder einer Verfügung von Todes wegen (Testament, Erbvertrag). Der Erbschein beurkundet lediglich, wer Erbe einer verstorbenen Person ist, und zwar ob allein oder mit anderen Erben, wie groß die einzelnen Erbteile sind, welche Anordnungen des Erblassers den Erben beschränken, z. B. Nacherbfolge, Testamentsvollstreckung und ob die Berufung zur Erbschaft kraft Testaments oder nach gesetzlicher Erbfolge eingetreten ist. Der Erbschein wird nicht in jedem Falle benötigt. Er ist aber erforderlich, wenn die Erben ihr Erbrecht dem Grundbuchamt oder der Bank nachweisen müssen und wenn kein öffentliches Testament oder Erbvertrag vorhanden ist. Erbvertrag und öffentliches Testament sind vor dem Amtsgericht oder vor dem Notar erteilte Urkunden über erbrechtliche Bestimmungen des Erblassers. Nicht immer aber ersetzt das Testament den Erbschein, nämlich dann nicht, wenn unter den berufenen Erben Änderungen eingetreten sind, mehrere Testamente vorliegen oder wenn das Testament anfechtbar erscheint. Für jeden Erbfall gibt es nur einen genau bestimmten Erbscheininhalt. Bei einer Erbenmehrheit kann zwar jeder Erbe eine Ausfertigung vom Erbschein erhalten. Das ist aber unnötig, denn der Erbschein bezeichnet genau alle Erben nach Namen und Wohnort und alle für den Rechtsverkehr wichtigen Anordnungen des Erblassers. Eine Erbengemeinschaft kann aber nur gemeinsam über den Nachlaß verfügen. Der einzelne Erbe kann mit dem für alle Erben gültigen Erbschein allein nichts anfangen. Der Schein muß sorgfältig aufbewahrt und sein Verbleib stets nachgewiesen werden, denn wenn sich durch irgendwelche Ereignisse seine Unrichtigkeit herausstellt, z. B. wenn der einem Vorerben erteilte Erbschein durch den Eintritt der Nacherbfolge gegenstandslos ist, wird er eingezogen. Ist er nicht aufzufinden, so muß er in einem besonderen, mit Kosten verbundenen Verfahren für kraftlos erklärt werden.

Den Antrag auf Erteilung des Erbscheines brauchen nicht alle Erben gemeinsam zu stellen, sondern es genügt der Antrag eines Erben. Es muß dabei angegeben werden, ob sich das Erbrecht auf die gesetzliche Erbfolge oder ein Testament gründet. In diesem Falle muß das Testament genau bezeichnet und ferner angegeben werden, ob sonst noch Verfügungen von Todes wegen existieren. Bei der gesetzlichen Erbfolge sind die Personenstandsurkunden beizubringen, die das verwandtschaftliche Abstammungsverhältnis der Erben zum Erblasser nachweisen. Zu gerichtlicher oder notarieller Niederschrift hat der Antragsteller noch eidesstattlich zu versichern, daß ihm nichts bekannt ist, was der Richtigkeit seiner Angaben entgegensteht. Die Kosten des Erbscheines richten sich nach der Höhe des Nachlaßwertes, bei einem Teilerbschein, der nur den Anteil eines Miterben ausweist, nach dem Werte seines Erbteils. Die Nachlaßverbindlichkeiten sind abzusetzen. Maßgebend ist der Zeitpunkt des Erbfalles. Bei einem Reinnachlaß von beispielsweise 5000 DM entstehen 33 DM, bei 10 000 DM 48 DM und bei 50 000 DM 150 DM Kosten. Ob der Antrag vor einem Notar oder bei Gericht gestellt wird, ist auf die Höhe der Gesamtkosten ohne Einfluß. *H. Gr.*

Die Bedeutung der Belege

Es erscheint zweckmäßig, die Ausführungen in Heft 8, S. 236, noch zu ergänzen, obwohl die Kassenordnung der Deutschen Demokratischen Republik, ihre Durchführungsbestimmung sowie der dazu erschienene Kommentar klare Auskunft über die behandelten Fragen geben.

Grundsätzlich ist zunächst festzustellen, daß die Aufgabe der Kontroll- und Revisionsabteilungen darin besteht, „durch laufende Prüfungen zu überwachen, daß die Erfüllung des Haushaltsplanes in wirtschaftlicher Weise und ordnungsgemäß sichergestellt ist“ (§ 11 der 2. Durchführungsbestimmung zum Gesetz über den Haushaltsplan 1950). Diese bedeutende Aufgabe kann nicht nur durch Belegprüfung gelöst werden, wie überhaupt die Methode des „Belegabhakens“ in der Art der früheren Rechnungsprüfungsämter bzw. Rechnungshöfe nicht mehr den an die Kontrolle und Revision gestellten Anforderungen entspricht. Besonders sei hier an die Ausführungen von Dr. Wergo „Ein Jahr Haushaltskontrolle nach neuen Methoden“ erinnert („Deutsche Finanzwirtschaft“ 1951, 1. Halbjahr, S. 531, und 2. Halbjahr, S. 12).

Über die Bestätigung der Lieferungen und Leistungen, der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit sind genaue Anweisungen im Punkt 16 des Kommentars zur Kassenordnung (Sonderheft 10 der „Deutschen Finanzwirtschaft“) enthalten. Danach wird durch die Bestätigung der sachlichen Richtigkeit gleichzeitig bescheinigt, daß die Lieferung oder Leistung „als

solche sowohl als auch hinsichtlich der Art ihrer Ausführung wirtschaftlich geboten war und daß sie entsprechend der zugrunde liegenden Vereinbarung oder Bestellung sachgemäß und vollständig ausgeführt worden ist“. Eine besondere Bestätigung der Lieferung oder Leistung ist demnach nicht erforderlich. Es wird allerdings mitunter zweckmäßig sein, sich den tatsächlichen Eingang besonders bescheinigen zu lassen. Die Verantwortung für die Richtigkeit trägt jedoch, wer die sachliche Richtigkeit bestätigt. Nach § 7 der Ausführungsanweisung zur Kassenordnung sind jeweils zwei Personen anweisungs- und verfügungsberechtigt, und zwar der fachlich zuständige Verfügungsberechtigte (z. B. der Bürgermeister) und stets der Haushaltsreferent. Eine Ausnahme hierbei bilden lediglich die den Zentralbuchhaltungen angeschlossenen Gemeinden, da es nicht zweckmäßig wäre, auch die Verfügungsberechtigung den Räten der Gemeinden zu übertragen, die jedoch die Anweisungsberechtigung besitzen.

Neue Ordnung im Formularwesen der inneren und allgemeinen Verwaltung

Alle fortschrittlichen Verwaltungsangestellten haben es im Frühjahr dieses Jahres begrüßt, als die Dienstanweisung über die Vereinheitlichung und Zentralisierung des Vordruckwesens vom 22. Februar 1951 (Ministerialblatt Nr. 6) auf dem Gebiet des unübersichtlich gewordenen Vordruckwesens die Möglichkeit schaffte, die Verwaltungsarbeit zu verbessern und dabei zugleich Papier einzusparen. Die Unzahl der von den einzelnen Verwaltungen entworfenen und im Verkehr befindlichen Vordrucke erforderte dringend eine sinnvolle Neuordnung. Friedrich Dietz hat dies in seinem Beitrag „Einheitliche Vordrucke für die Verwaltungen“ (Heft 5/1951, S. 146) entsprechend unterstrichen. Allerdings ließ die Umsetzung der Dienstanweisung in die Praxis geraume Zeit auf sich warten. Für die Verwaltungen war dies ein höchst unerfreulicher Zustand. Einerseits wollte und konnte sie nicht mehr eigene Vordrucke in Auftrag geben, andererseits waren aber die Leitverlage noch nicht soweit, die Wünsche der einzelnen Verwaltungen nach Vordrucken zu erfüllen. Dieser unerträgliche Zustand wurde in der Glosse „Formulare—Formulare...“ (Heft 6/1951, S. 156) treffend geschildert und mit Recht kritisiert.

Nun hat der Thüringer Volksverlag, Abteilung Formularverlag, in Erfurt als erster der in der Dienstanweisung genannten Leitverlage ein Vordruckverzeichnis der für den Bedarf der inneren und allgemeinen Verwaltung der Ministerien, Kreise und Gemeinden der DDR benötigten Vordrucke herausgegeben. Das allen Gemeinde- und Kreisverwaltungen zugedachte Verzeichnis ist übersichtlich gegliedert, und man spürt sofort, daß sich der Verlag große Mühe gegeben und große Sorgfalt aufgewendet hat, den Erfordernissen der Verwaltung zu entsprechen, zum anderen

Leider muß bei Prüfungen immer wieder bemerkt werden, daß die Angestellten der Finanzabteilungen bzw. Buchhaltungen nicht genügend mit der Fachliteratur vertraut sind. Daraus entstehen zwangsläufig Fehler und Mängel. Oft geschieht es noch, daß Buchungen ohne Beleg vorgenommen werden, wodurch der Zusammenhang zerrissen und die Nachprüfung erschwert wird. Oftmals wird z. B. auch die Berechnung des Lohn- oder Gehaltsausgleichs bei Krankheit falsch durchgeführt, so daß der betreffende Haushalt mehr als notwendig belastet wird. Für jeden Angestellten sollte es selbstverständlich sein, sich fachlich weiterzubilden. Nur durch laufendes Studium der Gesetze und Bestimmungen sowie der Fachliteratur und deren Auswertung werden die ordnungsmäßige Durchführung des Staatshaushalts und weitere Verbesserungen und Vereinfachungen in der Verwaltung ermöglicht.

F. K.

aber im Interesse der Vereinfachung das Formularwesen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Die Vordrucke sind sachgebietsweise zusammengestellt, und so kann man sich im Verzeichnis leicht zurechtfinden. Insbesondere die angebotenen Vordrucke für die Protokollführung der Gemeindevertretungen werden den in einzelnen Gemeinden noch recht spürbaren Mangel an ordnungsgemäßer Protokollführung beseitigen helfen. Gerade an diesen Vordrucken sieht man, welche große Hilfe namentlich kleinen Landgemeinden hierdurch gewährt werden kann. Dies trifft auch für die angebotenen Vordrucke JV 470 ff. zu. Hier werden Mustersatzungen für Ortsrecht, Friedhofsordnung, Straßenreinigung usw. angeboten. Es ist erfreulich, daß der Verlag hier weitgehend auf die im „Demokratischen Aufbau“ veröffentlichten Mustersatzungen zurückgegriffen hat und so eine enge Zusammenarbeit mit dem Fachorgan der Verwaltung offenbar wird.

Auch die Vereinfachung der Vordrucke hat sich der Verlag angelegen sein lassen. So ist z. B. das Reisekostenformblatt mit dem Dienstauftrag gekoppelt. Im Gewerbetätigen hat man die Vordrucke so gestaltet, daß sie für An-, Um- und Abmeldungen gleichermaßen verwendet werden können. Das Verzeichnis der angebotenen Vordrucke ist noch nicht völlig abgeschlossen. In einzelnen Abschnitten liest man „in Vorbereitung“, oder einzelne Zeilen sind noch für weitere Vordrucke freigelassen. Alles in allem aber ist die Initiative des Thüringer Volksverlages zu begrüßen, und es ist nur zu hoffen, daß sich die anderen Leitverlage diesem guten Beispiel recht bald anschließen mögen. Die Mitarbeiter aller Verwaltungen aber sollten den Ruf des Thüringer Volksverlages, an der Weiterentwicklung, Ergänzung und Verbesserung der Vordruckserien mitzuarbeiten,

nicht ungehört verhallen lassen. Nur dann kann nämlich der Leitverlag seine Arbeit zur Zufriedenheit aller Verwaltungen erfüllen, wenn er von den täglich in der Praxis stehenden Kollegen Anregungen erhält.

G. K.

Spart mit der Minute!

Diese Losung findet in einer Beziehung bei uns keinen Widerhall: Die Formalitäten, die jeder Besucher beim Betreten bzw. Verlassen eines Produktionsbetriebes, eines Ministeriums oder einer anderen Verwaltungsdienststelle über sich ergehen lassen muß, sind alles andere als zeitsparend. Man hat oft den Eindruck, daß die hier vergeudete Zeit nicht als ein Teil der uns zur Verfügung stehenden kostbaren Arbeitszeit betrachtet wird. Es wäre eine interessante Aufgabe für Statistiker, die vielen Stunden zu errechnen, die an einem Tage insgesamt für alle Besucher zum Ausfüllen des Anmeldeformulars, Einträgen durch den Pfortner und Warten auf die Abfertigung benötigt werden. Ich bin mir durchaus darüber im klaren, daß wir den friedlichen Aufbau unserer Republik gegen Sabotageversuche sichern müssen und daß die Wachsamkeit im Betrieb nicht groß genug sein kann. Es sind jedoch zur Durchführung dieser unerläßlichen Schutzmaßnahmen ebenso Verbesserungsvorschläge angebracht, wie wir sie in bezug auf Vereinfachung und Verbesserung unserer Arbeitsmethoden in den Produktionsbetrieben und Verwaltungen als entscheidenden Faktor zur Erfüllung unseres Fünfjahresplanes kennen.

Die Eingangs- und Ausgangskontrolle richtet sich nach Größe und Bedeutung des betreffenden Betriebes und kann daher auch nicht überall in der gleichen Form durchgeführt werden. Mir scheint jedoch folgendes Kontrollsystem für den größten Teil unserer Produktions- und Verwaltungsstellen annehmbar:

a) *Einfache Kontrolle (möglich bei Verwaltungsdienststellen und kleineren Produktionsbetrieben).*

Der Besucher gibt seinen Personalausweis in der Anmeldung ab, nennt die Stelle, bei welcher er vorzusprechen wünscht und begibt sich anschließend dorthin. Bei den einzelnen Abteilungen befinden sich vorgedruckte Zettel, auf denen bei Beendigung des Besuches Datum, Uhrzeit und Unterschrift eingetragen wird. Hat der aufgesuchte Betriebsangehörige keine Unterschriftsberechtigung, so erfordert die Abzeichnung des Zettels nur wenig Zeit, da die Vorlage durch einen der zuständigen Stelle bekannten Kollegen erfolgt. Dieser Zettel wird gegen Rückgabe des Personalausweises (der inzwischen in einem alphabetisch unterteilten Kartokasten abgelegt worden ist) beim Verlassen des Dienstgebäudes abgegeben.

b) *Kontrolle bei Ministerien und großen Produktionsbetrieben*

Der Besucher hinterlegt den Personalausweis in der Anmeldestelle und gibt dort

an, wen er zu sprechen wünscht. Er geht dann entweder — soweit dies erforderlich und üblich ist — unter Begleitung eines Angehörigen des Betriebsschutzes oder allein zu der betreffenden Stelle. Bei Beendigung des Besuches wird ein Zettel ausgehändigt, der in gleicher Form wie unter a) vorgeschlagen ausgefüllt worden ist. Gegen Abgabe dieseszettels erfolgt die Rückgabe des Personalausweises, aus dem in der Zwischenzeit Name, Wohnort, Nummer des Ausweises und Uhrzeit der Abgabe in das Eingangskontrollbuch eingetragen worden sind. Inwieweit in einem Betrieb mehrere, vielleicht

nach Sachgebieten unterteilte Anmeldestellen einzurichten sind, wird sich nach dem erfahrungsgemäß zu erwartenden Besucherstrom richten.

Es gibt bestimmt noch andere Möglichkeiten, die Eingangs- und Ausgangskontrolle zu vereinfachen. Sinn dieser Ausführungen ist es, einmal zu zeigen, welche Wege in dieser Richtung vielleicht zu beschreiten sind, und zum anderen soll den Stellen eine Anregung gegeben werden, bei denen die oben erwähnten Formalitäten Anlaß zu Beanstandungen und Beschwerden waren. *Wolfgang Günther, Leipzig*

3. Die Friedhöfe und andere Dienstleistungsbetriebe werden nach den Richtlinien und Grundsätzen der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe geführt.

4. In allen Städten sind städtische Bestattungsämter zu errichten. Falls kein städtischer Friedhof vorhanden ist, werden diese Ämter den Gartenverwaltungen unterstellt.

5. Die Sarg-, Urnen- und Sterbewäscheabgabe darf — auch wenn die Bestattung auf den Kirchengemeinden gehörenden Friedhöfen stattfindet — nur noch durch die dem städtischen Friedhof angegliederten Gartenämter erfolgen.

6. Das Ausstellen der Leichenpässe und die dafür erhobene Gebühr werden abgeschafft. Die Genehmigung zur Leichenüberführung nach außerhalb in Krematorien usw. erfolgt durch die städtischen Bestattungsämter. Der Genehmigungsvermerk hierzu erfolgt durch einen Stempel auf dem Bestattungsschein.

7. Die Särge dürfen nur in volkseigenen Werkstätten oder genossenschaftlichen Großtischlereien hergestellt werden.

8. Die Überführung Verstorbener erfolgt nur durch Fahrzeuge der Bestattungsämter mit dem von diesen gestellten Begleitpersonal.

9. Die Ausgestaltung der Trauerfeiern wird von den Bestattungsämtern wahrgenommen.

10. Die Beisetzung von Urnen wird ausschließlich vom Personal des Friedhofes durchgeführt.

Zu diesen Vorschlägen ist zu sagen, daß die Aufstellung von Arbeitsnormen und die Einführung des Leistungslohnes durchaus möglich ist und bereits vom TAN-Bearbeiter des ehemaligen KWU Altenburg durchgeführt wurde. Für die im Vorschlag bezeichneten Arbeiten ist die Normenzeit in Minuten pro Quadratmeter festgelegt, dabei die Bodenbeschaffenheit durch die Festlegung von drei Bodenklassen — leicht, mittel und schwer — berücksichtigt worden. Bei Arbeitsstudien konnten verschiedene Mängel in der Arbeitsweise festgestellt werden. Sie und die Ermittlung der Arbeitsnormen führten zur Beschaffung besserer Arbeitsmittel, wie Wolf-Geräte, Stoßeisen usw. Sämtliche Arbeitsnormen konnten seit ihrer Einführung im April 1950 um 5 Prozent erhöht werden. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Einführung des Leistungslohnes zeigt sich beispielsweise darin, daß im 1. Halbjahr 1949 12 434 Arbeitsstunden mehr als im 1. Halbjahr 1951 aufgewendet werden mußten. Dabei haben sich die Arbeitsprojekte um etwa 270 Urnen-, 150 Erd- und 10 Wahlstellen erhöht. Die Gesamtbeschäftigtenzahl konnte von 29 im Jahre 1949 auf 10 im Jahre 1951 reduziert werden. Bemerkenswert ist, daß Arbeiterinnen und Arbeiter besonderen Wert auf weiteren Ausbau der Leistungslohnarbeiten legen. Im Durchschnitt werden monatlich 140 bis 150 Leistungslohnstunden je Ar-

Verbesserungsvorschläge

Veröffentlicht im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik

22

Verbesserung der Betriebskartei in der DSG

Die ausgehenden Rechnungen für die Lieferung von Futtersaaten, Ölfrüchten, Kartoffeln und für Getreide hatten bisher eine Vielzahl von täglichen Buchungen zur Folge, für die in den meisten Fällen mehrere Buchhalter erforderlich waren.

Der Verbesserungsvorschlag regt an, alle Rechnungen und Lieferungen auf einer Kartei zu verbuchen. Am Monatsabschluß werden diese Buchungen auf die einzelnen Kunden- bzw. Warenkonten übernommen. Durch diese monatlichen Buchungen, die jetzt durchschnittlich auf 8 Kontenkarten zum Verkauf und etwa 5 Karten beim Einkauf erfolgen werden, kann die Zeit beim Herausnehmen und Einspannen der einzelnen Kontenkarten in die Buchungsapparatur stark verkürzt und durch einen Buchhalter im Tagesdurchschnitt mehr als bisher geleistet werden. Außerdem wird eine sofortige Übersicht über die Umsätze bei den einzelnen Fruchtarten und deren Handelsspanne am Monatschluß ermöglicht. Die Einführung dieser verbesserten Betriebskartei hat eine Einsparung von Arbeitskräften und Kosten zur Folge, die sich zur Zeit noch nicht übersehen lassen.

(Urheber: Kollege Walter Hartleb, Halle/Saale, prämiert)

23

Hinweis auf Durchführungsbestimmungen in den Gesetzblättern

In der täglichen Arbeit müssen sehr oft mehrere Durchführungsbestimmungen in den Gesetzblättern gelesen und durchgearbeitet werden. Nachteilig war es bisher, daß in den Durchführungsbestimmungen auf früher ergangene verwiesen wurde und ihr Auffinden teilweise viel Zeit in Anspruch nahm. Wenn auch zu den Gesetz- und Ministerialblättern früherer Jahrgänge Inhaltsverzeichnisse herausgegeben wurden, so mußte doch immer jeder Jahrgang durchgesehen werden.

Um das Aufsuchen der verschiedenen Verordnungen und Durchführungsbestimmungen in Fortfall zu bringen, wird vorgeschlagen, durch Fußnoten auf die früher ergangenen Bestimmungen zu verweisen, z. B. bei der 2. Durchführungsbestimmung: „1. Durchführungsbestimmung MinBl. der DDR Nr. 50/1950, S. 81.“ Bei der dritten und bei weiteren Durchführungsbestimmungen braucht dann nur auf die vorhergehende verwiesen zu werden, da dort in Fußnoten wiederum die früheren vermerkt sind.

Der Vorschlag wurde von der Regierungskanzlei anerkannt und realisiert.

(Urheber: Kollege Alfred Jäckel, Pirna-Copitz, prämiert)

24

Umgestaltung des Bestattungswesens

Solange die Verwaltung des städtischen Friedhofs in Altenburg/Thür., das Krematorium und das Bestattungsamt in personeller und finanzieller Hinsicht von verschiedenen Stellen der Stadtverwaltung betreut wurden, waren regelmäßig Zuschüsse erforderlich. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen und der in Altenburg bereits erzielten praktischen Ergebnisse in bezug auf die Einsparung von Arbeitskräften und die Senkung der Kosten sieht der Vorschlag eine Reihe von Verbesserungen vor:

1. Für alle mit Gartenarbeiten Beschäftigten der Park- und Friedhofsverwaltungen sind Arbeitsnormen und Leistungslohne einzuführen. Die einzelnen Quartiere auf den Friedhöfen wie auch die Grünanlagen in den Parks sind in Flächen, Wege, Rabatten und Pflanzstreifen zur besseren Errechnung der Normen aufzuteilen.

2. Die Anlage und das Bepflanzen der Grabstellen auf den Friedhöfen wird nur vom Personal der Friedhofsverwaltung ausgeführt. Der Blumen- und Pflanzenbedarf kann, falls Friedhofsgärtnereien nicht vorhanden sind, bei Gartenbaubetrieben gedeckt werden.

beiter verrichtet, wobei die Normerfüllung sich ebenfalls im Durchschnitt auf 110 bis 115 Prozent beläuft.

Wenn entsprechend dem Vorschlag die Friedhöfe nach den Richtlinien für die volkseigenen Betriebe verwaltet werden, ist jederzeit eine Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben gewährleistet. Infolge Übernahme der Ausstellung von Leichenpässen durch die Friedhofsverwaltung konnte bei der Stadtverwaltung Altenburg eine halbe Planstelle eingespart werden. Auch der Bezug von Särgen aus volkseigenen Werkstätten brachte gute Ersparnisse. Durch die Verwendung eines eigenen Leichenwagens (Kraftwagen) werden alle Transporte erledigt. Dabei ist der Wagen nicht einmal ganztägig ausgelastet. In Zeit beispielsweise mit etwa der gleichen Einwohnerzahl wie in Altenburg werden drei private Kraftwagen eingesetzt, die die Transportkosten erheblich vergrößern.

Die Vorschläge wurden anerkannt und sind in Altenburg bereits durchgeführt. Die Ministerien für Gesundheitswesen, für Arbeit und für Land- und Forstwirtschaft der DDR wie auch die Gewerkschaft VBV haben lebhaftes Interesse an diesem Verbesserungsvorschlag gezeigt, und es ist zu hoffen, daß sich alle in Betracht kommenden Räte der Städte für sie interessieren, da sie bei ihrer Anwendung zum Teil große Einsparungen erzielen können.

(Urheber: Kollege Fritz Kuhn, Altenburg/Tbür., prämiert)

Wie Verbesserungsvorschläge nicht bearbeitet werden sollen

Es ist selbstverständlich, daß Verbesserungsvorschläge nur dann Wert haben, wenn sie zur Anwendung gelangen. Nach intensiven Bemühungen ist es gelungen, die Verwaltungsstellen der Kreise zu veranlassen, Verbesserungsvorschläge kurzfristig zu bearbeiten. Es ist aber auch verständlich, wenn die Bearbeitung der Vorschläge in den zentralen Ministerien längere Zeit in Anspruch nimmt. Dabei ist es zumindest angebracht, dem Urheber einen Zwischenbescheid zu geben, damit er erkennt, daß seine Arbeit Interesse erweckt hat. Daß dies nicht immer der Fall ist, erhärten drei Beispiele aus Chemnitz. So stellte Kollege Thalmann fest, daß es ein langer Weg ist, den ein Interessent in den westeuropäischen Staaten und in Westdeutschland gehen muß, um Bücher, Zeitschriften und Broschüren aus unserer Republik zu erhalten. Er regte also an, daß die Empfänger derartiger Sendungen den Warenimportbegleitschein nicht bei der Landesregierung, sondern beim örtlichen Dezernat für Volksbildung einreichen, damit hier die Prüfung sofort erfolgen kann. Kollege Fritz Beyer stellte fest, daß die Zwangsvollstreckung für verschiedene Steuern und Gebühren einmal durch das Finanzamt, das andere Mal durch den Rat des Kreises bzw. der Stadt erfolgt. Dadurch ergeben sich Überschneidungen.

Im Zusammenhang mit der Haushaltsreform schlug er vor, die Zwangsvollstreckungsstellen zu verschmelzen. Die Gutschriften der zwangsweise beigetriebenen Gebühren usw., die sowieso bei der Deutschen Notenbank erfolgen, könnten unabhängig davon für die einzelnen Verwaltungsstellen erfolgen. Kollege Sprunk befaßte sich in seinem Vorschlag mit der Auszahlung von Krankengeldzuschüssen. Nach dem Tarifvertrag der Gewerkschaft VBV werden den Gehalts- und Lohnempfängern Krankengeldzuschüsse zum Ausgleich des Nettogehaltes gezahlt. Nachdem die Sozialversicherung in den Haushalt der Deutschen Demokratischen Republik eingebaut wurde, ist es nach Ansicht Sprunks zweckmäßig, das Gehalt weiterzuzahlen, so daß die Errechnung des Krankengeldes, des Krankengeldzuschusses und andere umständliche Arbeitsvorgänge wegfallen könnten.

Sämtliche Vorschläge wurden im Februar bzw. März über die Org.-Instrukteurabteilung des sächsischen Innenministeriums den zuständigen Ministerien der Deutschen Demokratischen Republik (Finanzen, Gesundheitswesen und Volksbildung) zugeleitet. Gerührt hat sich bis heute keines.

*Kühn, Org.-Instrukteur
beim Rat der Stadt Chemnitz*

Diese Beispiele aus Chemnitz können von uns um zahlreiche vermehrt werden. So regte im Mai 1951 das Amt für Handel und Versorgung in Demmin an, daß infolge des regelmäßigen Soll-Ist-Vergleichs und durch die Zehn-Tage-Meldung die bisherige Halbmonatsmeldung nicht mehr im alten Trott nebenher zu laufen brauche. Mitarbeiter des Ministeriums für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik sicherten bei ihrer Anwesenheit in Demmin die Aufhebung der Halbmonatsmeldung zu — bis heute blieb es allerdings nur bei dem Versprechen. Dem Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik sind derartige und andere Mißstände im Vorschlagswesen bekannt, und es ist daher zu begrüßen, daß es am 13. August 1951 eine Arbeitsrichtlinie herausgegeben hat, die eine schnellere Bearbeitung der Verbesserungsvorschläge gewährleistet. Wir bringen sie nachstehend im Wortlaut:

Arbeitsrichtlinie für Verbesserungsvorschläge innerhalb der staatlichen Verwaltung

Jeder in der staatlichen Verwaltung Beschäftigte ist verpflichtet, an der ständigen Verbesserung der Arbeit mitzuwirken. Im eigenen Arbeitsgebiet sind bessere Arbeitsmethoden selbständig zu entwickeln und durchzuführen. Fortschrittliche Gedanken, die der Verbesserung der Verwaltungsarbeit dienen und deren Verwirklichung wegen ihrer Bedeutung nach Inhalt oder Umfang oder aus bürokratischen Hemmnissen nicht ohne weiteres möglich ist, sind als Verbesserungsvorschläge einzureichen. Es ist notwendig, jede — sei es eine noch

so kleine — positive Anregung zur Verbesserung und Vereinfachung der Arbeit aufzugreifen und auszuwerten. Die sich immer mehr durchsetzende Demokratisierung der Verwaltung, die immer mehr und besser werdende ehrenamtliche Mitarbeit der Bevölkerung erbringt eine Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen. Um eine schnelle, sachliche und gewissenhafte Stellungnahme zu diesen Vorschlägen und ihre Anwendung und Auswertung zu erreichen, wird folgende Arbeitsrichtlinie festgelegt:

1. Verbesserungsvorschläge sollen möglichst schriftlich bei der nächsten fachlich zuständigen Verwaltungsstelle eingereicht werden. Ist eine sofortige abschließende Beurteilung durch diese Verwaltungsstelle nicht möglich, dann ist dem Einsender der Eingang spätestens innerhalb 14 Tagen zu bestätigen.

2. Die Prüfung der Vorschläge erfolgt durch die dem Inhalt des Vorschlages entsprechend fachlich zuständigen Bearbeiter. Diese sind verpflichtet, den Vorschlag mit ihrer Stellungnahme der nächsten Arbeitsbesprechung zu unterbreiten. Nach kollektiver Beratung erfolgt im Zusammenwirken mit der BGL oder der entsprechenden Vertretung die abschließende Beurteilung.

3. a) In der schriftlichen Stellungnahme müssen bei Anwendbarkeit eines Vorschlages die Art und Weise seiner Durchführung, die Vorteile, die seine Anwendung bringt (Verbesserung der Arbeit, Einsparungen, Arbeiterleichterungen usw.) festgelegt werden.

b) Den Einsendern, deren Vorschläge nicht verwendet werden können, muß eine ausführliche Begründung über die Unanwendbarkeit ihres Vorschlages erteilt werden. Diese Ablehnung muß in einer sachlichen, verbindlichen Form erfolgen, damit eine weitere Mitarbeit an der Verbesserung der Verwaltungsarbeit erreicht wird.

4. Positive Vorschläge müssen schnellstens angewandt und ausgewertet werden und sind im Erfahrungsaustausch anderen Dienststellen bekanntzugeben.

5. Wird festgestellt, daß Vorschläge überörtliche Bedeutung haben bzw. infolge ihrer überörtlichen Bedeutung nicht abschließend beurteilt werden können, sind sie schnellstens der fachlich zuständigen und dem Anwendungsbereich entsprechenden Fachverwaltung des Kreises, der Landesregierung oder der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zuzustellen.

6. Verantwortlich für die gewissenhafte Bearbeitung und Beurteilung der Verbesserungsvorschläge sind die Leiter der verschiedenen Verwaltungen (Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landräte, Minister der Landesregierungen, Minister der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bzw. Staatssekretäre oder Leiter selbständiger Ämter und die von ihnen mit der Durchführung dieser Arbeit Beauftragten).

7. Die Urheber positiver Verbesserungsvorschläge sind entsprechend der Bedeutung des Vorschlages zu prämiieren und auszuzeichnen. Ist der Urheber im öffentlichen Dienst beschäftigt, so ist von positiv bewerteten Verbesserungsvorschlägen eine Durchschrift der Beurteilung mit Angabe der Prämiierungsweise der Personalstelle des Beschäftigten zuzuleiten.

8. Um jederzeit Auskunft über eingereichte Verbesserungsvorschläge geben zu können und auch die Möglichkeit einer statistischen Berichterstattung zu schaffen, muß jeder Verbesserungsvorschlag mit einer Karteikarte erfaßt werden. Die Karteikarte muß sämtliche wesentlichen Punkte

des Verbesserungsvorschlages, seiner Beurteilung und seiner Auswirkung enthalten. Die Unterlagen eines Vorschlages verbleiben bei der Dienststelle, die den Vorschlag abschließend beurteilt hat. Diese ist auch für die statistische Auswertung des Vorschlages verantwortlich.

9. Das Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik, die Ministerien des Innern der Länder und die Dezernate Inneres der Stadt- und Landkreise üben, soweit sie für Vorschläge fachlich nicht direkt zuständig sind, nur anleitende und kontrollierende Funktionen aus.

Dr. Steinhoff,
Minister des Innern der DDR

kirche wird noch in diesem Jahre läutfähig errichtet. Die Glocken der Marienkirche, die in der Nazizeit für Kriegszwecke abmontiert wurden, konnten vom Glockenfriedhof in Hamburg wiederbeschafft werden.

Vk. Erich Schlüter, Dessau

Vereinfachung im Standesamtswesen

Bei Aufgebotsverhandlungen zu Eheschließungen werden die Vordrucke B 101 als DIN-A-4-Bogen mit vier Seiten verwendet. Ich bin der Auffassung, daß es nur noch notwendig ist, die Personalangaben der Verlobten auf Seite 1 des Formulars zu vermerken. Überflüssig ist die Seite 2. Auch auf Seite 3 erübrigt sich in Zukunft der Vermerk über Geburtsort, Geburtstag und Eheschließung der Eltern, da die Eheschließung zum Heiratsregister der Eltern nicht mehr eingetragen wird. Darum könnte auf dieser Seite der Fragenkomplex wesentlich eingeschränkt werden oder nur noch die persönlichen Daten der Eltern der Verlobten umfassen. Durch den eingesparten Raum könnte die Seite 4 ebenfalls wesentlich verkürzt auf Seite 3 erscheinen. Die vorgesehenen eidesstattlichen Versicherungen müßten in eine Versicherung zusammengefaßt, statistische Fragen sowie die Gebührenaufrechnung verkürzt werden. Da also die Seite 2 des Formblattes entfällt, können die Seiten 3 und 4 zusammengefaßt auf diese Seite gedruckt werden, so daß in Zukunft Aufgebotsverhandlungen nur noch doppelseitig beschriftet zu werden brauchen. Dadurch wird ein ganzes Blatt DIN A 4 eingespart. Bei der Anzahl der täglichen Eheschließungen in der gesamten Republik wäre die jährliche Einsparung bedeutend.

Vk. Günther Constant, Wegeleben

Schulung für „Anfänger“

Als Zirkellehrer für die innerbetriebliche Schulung bin ich in den chirurgischen Kliniken der Stadt Zwickau eingesetzt. In meinem Zirkel wird die Schulung erst seit April 1951 durchgeführt. Es ist nun für die Krankenschwestern schwer, dabei mit den Kollegen der Verwaltung mitzukommen, die an der innerbetrieblichen Schulung bereits seit Januar 1950 teilnehmen. Wäre es für „Anfänger“ in der Schulung nicht ratsamer, zunächst erst solche Themen zu behandeln, die ihnen eine gewisse Grundlage vermitteln, damit sie die später zu behandelnden Gebiete besser verstehen und aufnehmen?

Vk. Heinz Götz, Zwickau

Kritik falsch verstanden

Es gibt immer noch Mitarbeiter im Staatsapparat, die berechtigte Kritik als etwas ansehen, was nicht dem „guten Ton“ entspricht, und die den Kritiker als Menschen betrachten, der viel Zeit hat und nur nörgelnd durch die Welt geht. Wie eine gutgemeinte Kritik falsch verstanden wurde, zeigt folgendes Beispiel:

Unsere Volkskorrespondenten berichten

Formulare — nicht lieferbar!

Formulare sind notwendig, und die Zentralisation des Vordruckwesens ist richtig. Aber daß eine Beschaffung von Formularen in fünf Monaten nicht möglich ist, dafür hat die Bevölkerung kein Verständnis. Der Rat des Landkreises Dresden bestellte Pachtverträge, Vordrucke der Abteilung Landwirtschaft für die Verpachtung landwirtschaftlicher Grundstücke. Er tat dies bei der Landesdruckerei Sachsen, die im März — vier Wochen nach erfolgter Bestellung — ihren Restbestand von 25 Exemplaren auslieferte und mitteilte, daß der Demos-Verlag in Osterwieck künftig die Formulare liefere. Sofort wurden weitere Vordrucke bei diesem Verlag angefordert, der seinerseits am 20. April die baldige Lieferung in Aussicht stellte. Nach einigen Mahnungen durch die Kreisverwaltung teilte der inzwischen umbenannte Vordruck-Leitverlag des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft in Osterwieck mit, daß er die angeforderten Formulare nicht liefern könne, weil sie erst für das III. Quartal 1951 eingeplant seien und die Druckvorlage der Hauptabteilung Forstwirtschaft des Landes Sachsen zur Durchführung eventueller Korrekturen vorliege. Das war am 31. Juli. Wenn, wie gesagt, die Lieferung allein fünf Monate in Anspruch nimmt, für die Ausfüllung der Formulare auch noch eine gewisse Zeit nötig ist, wann soll da die Verpachtung landwirtschaftlich genutzter Flächen zum Abschluß kommen? Bevor Anordnungen ergehen, die eine generelle Umstellung nach sich ziehen, sollten in Zukunft die beteiligten Stellen gründliche Vorarbeit leisten, damit keine Pannen entstehen. Augenblicklich wird die Druckvorlage von den zuständigen Stellen der Regierung der DDR geprüft, und der Vordruck-Leitverlag in Osterwieck hofft, daß die Sache nun bald geklärt wird. (Das hoffen wir auch! Die Red.)

Vk. Erich Morgenstern, Dresden

Und wieder „Doppelte Arbeit“

Wolfgang Schubert vermutet in seiner Vk.-Zuschrift (Heft 7, S. 208) sehr richtig, daß das Verfahren bereits in anderen Städten und Gemeinden angewendet wird. Warum aber bleibt man auf halbem Wege stehen? Ist es wirklich notwendig, daß die Ausschüttung der Gebühreneinnahme an die Leistungsträger bis auf den letzten Pfennig aufgeht, und ist der Preis dafür nicht zu hoch? Wenn wir am Jahresanfang aus der Gegenüberstellung der vier Einzelwerte (Grundsteuer, Müllabfuhr-, Kanal- und Straßenreinigungsgebühren) das prozentuale Verhältnis zueinander feststellen und in diesem Verhältnis aus der Gesamteinnahme die vier Haushaltsposten erkennen, dann kann es sich doch nur um ganz geringfügige Abweichungen handeln. Und wenn wir dann am Jahreschluß das Ergebnis der monatlichen und vierteljährlichen Abrechnungen mit dem für den Jahresabschluß festzustellenden berichtigten Jahressoll nochmals kontrollieren und notfalls die Ausschüttungen mit der letzten Rate berichtigen, ist jede der vier Haushaltsstellen zu ihrem Recht gekommen. Es ist nicht schwer zu überschlagen, wieviel Zehntausende von Buchungen eine Abgabebuchhaltung, wie etwa die der Stadt Brandenburg, bei diesem Verfahren im Laufe eines Jahres einspart.

Vk. S. Weiner, Brandenburg/Havel

Kirchenaufbau in Dessau

Vor dem Angriff anglo-amerikanischer Bomber am 7. März 1945 waren in Dessau einschließlich der Vororte 18 Kirchen vorhanden. Fünf davon wurden total und vier weitere teilzerstört. Durch die großzügigen Beihilfen der Regierung der DDR wird die Johanniskirche mit geringfügigen Änderungen wiederhergestellt. Die Arbeiten am Turm sind im Gange, die Glocken sind aufgehängt. An der total zerstörten Georgenkirche ist der Turm baumäßig fertig und das Schiff richtreif gemacht. Auch der Turm der zerstörten Jakobus-

Der Rat der Stadt Pirna erließ vor einiger Zeit eine Bekanntmachung, nach der Schwerbeschädigte gegen Ausweis Feinseife in der Konsumverkaufsstelle Reitbahnstraße erhalten. Diese Straße wurde aber vor geraumer Zeit in „Dr.-Kurt-Fischer-Straße“ umbenannt und muß natürlich in offiziellen Verlautbarungen des Rates der Stadt so genannt werden. Der Flüchtigkeitsfehler im Aufruf veranlaßte mich zu einer Glosse in der Lokalausgabe der „Sächsischen Zeitung“, die den Zweck verfolgte, daß Veröffentlichungen vorher genau überprüft werden sollten, damit sich keine Fehler einschleichen. Der Referent für Schwerbeschädigte beim Stadtrat reagierte aber sauer, indem er mir folgenden Brief schrieb: „Von Ihrem Artikel in der ‚SZ‘ habe ich Kenntnis genommen. Ich muß feststellen, daß mir tatsächlich dieser Fehler unterlaufen ist. Es bestand aber trotzdem für Sie keine Veranlassung, den nun einmal gemachten Fehler noch weiter in die Öffentlichkeit zu bringen, zumal Sie genau wußten, wo die Reitbahnstraße ehemals gewesen ist. Meines Erachtens ist Ihr Artikel keine positive Kritik an der Verwaltungsarbeit. Er bringt höchstens zum Ausdruck, daß der Schreiber dieser Zeilen viel Zeit übrig hat. Da ich annehme, daß Sie sowie Ihre Ehefrau wußten, wer der Referent für Schwerbeschädigte beim Sozialamt ist, wäre es für Sie ein leichtes gewesen, mich persönlich auf den mir unterlaufenen Fehler aufmerksam zu machen.“ Eine derartige Reaktion auf eine Kritik ist nicht dazu angetan, neue Mitarbeiter für eine wahrhaft demokratische Ordnung zu gewinnen. Sie wird höchstens den Kreis der Gleichgültigen und der Straßenkritiker, die jeden Erfolg unseres Aufbaues aus eigener Kraft ignorieren, andererseits sich aber in fruchtlosen Kritiken und hämischen Bemerkungen ergehen, vergrößern.

Vk. Bernhard H. Mitzkat, Pirna

Ehrenamtliche Mitarbeit

In Heft 8 A wurde ein Beitrag über die ehrenamtliche Mitarbeit in Pirna veröffentlicht. Auch in unserer Stadt mit knapp 10 000 Einwohnern haben wir mit 120 ehrenamtlichen Helfern — die Stadt ist in 120 Verteilungsbezirke aufgeteilt — gute Erfahrungen gemacht und können die Methode ebenfalls empfehlen. Werden irgendwelche Veränderungen innerhalb des Bezirkes vorgenommen, so wird dies auf der Kartei durch uns vermerkt und der Kartenverteiler dadurch informiert.

Die ehrenamtlichen Helfer — es handelt sich dabei zu 90 Prozent um Frauen im Alter von 40 Jahren — haben uns auf allen Gebieten wertvolle Hilfe geleistet, denn sie werden nicht nur für die Verteilung der Lebensmittelkarten eingesetzt, sondern übernehmen gern alle anderen anfallenden Arbeiten, wie die Viehzählung, die Übermittlung von Einladungen zu Versammlungen usw. Damit helfen sie und betätigen sich gleichzeitig aufklärend. Sollte irgendeine Stadtverwaltung dieser

fortschrittlichen Einrichtung skeptisch gegenüberstehen, so empfehlen wir, bei anderen Städten Nachfrage zu halten, die bereits nach dieser Methode „Wer hilft mit?“ arbeiten.

Rat der Stadt Hartha (Sachsen),
Abteilung Handel und Versorgung

Anm. d. Red.: Wir würden es begrüßen, wenn der Rat der Stadt Pirna dazu Stellung nähme, ob er die verschiedenen Anregungen aufgreifen hat und sie zu realisieren beabsichtigt.

Förderung der Stenoleistungen

Die Klage in Heft 8, S. 230, über den Mangel an qualifizierten Stenotypistinnen will ich zu begründen versuchen. Schon die Einführung der Steilschrift in den Schulen während der letzten Jahrzehnte hat die Leistung der Stenografen erheblich herabgesetzt, weil die Steilschrift die Führung der gesamten Hand erfordert, wogegen die von allen Völkern beibehaltene Schrägschrift nur die Beweglichkeit von Daumen und Zeigefinger beansprucht. Damit wird eine völlig zwanglose Haltung des Bleistiftes ohne Verkrampfung und sonstige Ermüdungserscheinungen ermöglicht. Es ist tatsächlich so, daß die Leistungen der Stenografen früher viel höher lagen als heute, eine Tatsache, die nur diesem Umstand zuzuschreiben ist.

Um aber eine hohe Leistung ständig aufrechtzuerhalten, ist nicht nur das persönliche Training erforderlich, sondern Diktate müssen ohne Hemmungen, ohne stotternde Berichtigungen und Wiederholungen abgefaßt werden. Es ist also anzustreben, daß Stenotypistinnen und Sachbearbeiter in bezug auf das Diktat und in einwandfreiem, fließendem Deutsch zusammenarbeiten. Eine gute Stenotypistin kann nämlich bei einem ungeübt diktierenden Sachbearbeiter in ihren Höchstleistungen derart herabgesetzt werden, daß sie nicht mehr als „qualifiziert“ gilt.

Vk. Kurt Katerbe, Kieselbach/Rhön

Zum Abschluß wieder - Formulare!

Das Ministerium der Finanzen der DDR hat den Kreisen und Gemeinden die Formulare für den Haushaltsentwurf 1952 zustellen lassen. Über die Erweiterung der Querschnitt- und Abschlußblätter gegenüber dem Vorjahre ist nichts zu sagen, wohl aber über das Format, in dem sie hergestellt wurden. Weshalb hat man die Blätter auch nur einseitig bedruckt? Durch doppelseitigen Druck hätte man beispielsweise die Anlage II Blatt 1, „Querschnitt“, mit der „Zusammenstellung“ zusammenlegen können. Es wäre ferner möglich gewesen, auf die Rückseite von „Querschnitt“ Anlage II Blatt 2 (Zusammenstellung) zu bringen, dazu noch die kleine Anlage II Blatt 3, denn die Zwischenräume bei den Aufgabenbereichen sind nicht groß. Nicht viel mehr als ein Drittel des Formats dürfte für die 10 Aufgabenbereiche genügen, selbst für die großen Haushalte

der Länder und der Republik. Für jeden Einzelplan wären dann nur zwei Formblätter — anstatt sechs! — erforderlich gewesen. Auf jeden Fall hätten doppelseitig bedruckt werden können: Anlage III Blatt 1 und 2, Anlage III Blatt 3. Durch doppelseitigen Druck hätten zusammengelegt werden sollen: Anlage IV Blatt 1 mit Blatt 2 und Anlage VII Blatt 1 mit Blatt 2. Ich schätze, daß auf diese Weise annähernd zwei Drittel der Papiermenge eingespart werden konnten. Man darf wohl die Frage stellen, ob bei der Drucklegung nicht an diese Materialverschwendung gedacht wurde?

Vk. W. Engelmann, Forst (Lausitz)

Die Antworten

Vereinfachung der Punktkartenausgabe an werdende Mütter

Auf die Zuschrift der Kartenstelle Schwedt/Oder, die wir in Heft 6, S. 174, veröffentlichten, erhalten wir vom Ministerium für Handel und Versorgung der DDR folgende Stellungnahme:

Die Ausgabe von 10 Zusatzpunkten an werdende Mütter, die nach der getroffenen Regelung durch Aushändigung einer Punktkarte 30 unter Abtrennung von 20 Punkten und der Sonderabschnitte erfolgt, bringt die in der obigen Zuschrift dargelegten Umstände mit sich. Eine Änderung dieser Handhabung dahingehend, daß unter Einziehung der im Besitz der werdenden Mütter befindlichen Punktkarte 30 eine Punktkarte 40 ausgehändigt wird, würde diese Umständlichkeiten nur zu einem geringen Teil beseitigen, nämlich nur in den Fällen, in denen die umzutauschende Punktkarte noch die volle Punktzahl enthält. Das wird aber in den wenigsten Fällen zutreffen. Sofern Punkte bereits verausgabt sind, müßte von der neu auszugebenden Punktkarte ebenfalls eine Abtrennung, und zwar in Höhe der bereits verausgabten Punkte, stattfinden. Aus diesem Grunde erscheint eine Änderung der bisherigen Regelung nicht notwendig.

Auslieferung der Lebensmittelkarten

Unser Volkskorrespondent Erhard Wolf, Crimmitschau, teilte uns mit, daß er auf seinen Verbesserungsvorschlag, den er im Jahre 1949 eingereicht hatte, einen ablehnenden Bescheid erhielt. Im April 1951 brachte er den Vorschlag erneut in Erinnerung und bat zu erwägen, ob er nicht jetzt verwirklicht werden könne. Der Rat des Kreises Glauchau nahm hierzu nicht Stellung. Wir wandten uns daher an das Ministerium für Handel und Versorgung der DDR und können heute mitteilen, daß es dem Vorschlag stattgab und den Landesregierungen folgende Anordnung zuleitete:

Um weitere Vereinfachungen und Einsparungen bei der Ausgabe der Lebensmittelkarten zu ermöglichen, wird gestattet, daß

die Abholung der Lebensmittelkarten von der Kreiskartenstelle während der Hauptausgabe nicht von jeder der zum Kreisgebiet gehörenden Gemeinde einzeln zu erfolgen braucht. Eine zentral gelegene Gemeinde oder Stadt kann für den umliegenden Bezirk die Karten geschlossen oder in Gemeindefaustteilung zur Weiterleitung in Empfang nehmen. Die Entscheidung und Veranlassung hierzu geht von der Kreisverwaltung aus. Wird von dieser Vereinfachung Gebrauch gemacht, so ist in jedem Falle die betreffende Kreisverwaltung für die Durchführung sowie für die Sicherheit der Transporte, die Aufbewahrung und die weitere Ausgabe der Karten verantwortlich. Zutreffendenfalls kann die Kreisverwaltung auch die Lebensmittelkarten durch Schleifenfahrt an diese zentralen Punkte befördern.

Erziehung zur Verantwortung

Der Vk. Heinz Kunze, Dresden, ruft „Termine, Termine...“ in Heft 9, S. 270, und zeigt richtig die Entwertung dieses Begriffes im Verwaltungsschriftverkehr auf. Aber die Ursache liegt nicht allein bei den Terminstellern, sondern ist eine Folge der oft schleppenden Bearbeitung des Schriftverkehrs. Also muß zur Abhilfe das Übel an der Wurzel gepackt werden.

Folgende, bereits erfolgreich angewendete Methode empfehle ich dafür: In einer Arbeitsbesprechung mit allen Kollegen wird festgelegt, daß ab sofort sämtliche Schreiben, die eine Antwort erfordern, binnen 7 Tagen nach Eingang (laut Stempel!) erledigt zur Unterschrift vorliegen müssen. Die Kontrolle führt der Unterzeichnende an Hand des beiliegenden Vorganges. Bei Überschreitungen wird vom Bearbeiter sofort Begründung verlangt. Notorisch Säumige werden durch offene Kritik bei

Arbeitsbesprechungen oder am Schwarzen Brett erzogen. Je nach Erfolg wird nach ein oder zwei Monaten der Zeitraum auf sechs, später auf fünf und schließlich bis auf etwa drei Tage gesenkt. Das klingt zunächst unwahrscheinlich, ist es aber nicht, weil keine alten „Ladenhüter“ den reibungslosen Ablauf der Arbeit stören. Natürlich läßt sich nicht alles so kurzfristig bearbeiten. In diesen Fällen wird vom Verwaltungsleiter der Termin festgesetzt und gegebenenfalls ein Zwischenbescheid erteilt.

Bei einer derartigen Arbeitsweise wird den übergeordneten Dienststellen der Grund für eine dauernde Terminsetzung entfallen. Trotzdem werden Termindellungen bestehen bleiben, aber seltener sein. Einmalige Termine erhalten dann zur fristgerechten Erledigung eine besondere Kennzeichnung (laufende sind im Terminkalender oder der Wv-Mappe registriert). Als Kennzeichen dienen Anhängenfahnen, die sich wieder verwenden lassen. Die Fahne für Termine bis zu drei Tagen ist rot und hat den Aufdruck „Eilige Fristsache“, die für die übrigen ist grün und mit der Bezeichnung „Fristsache“. Ferner ist aufgedruckt „zur Erledigung bis.....“, „Weitergegeben an..... am....., um.... Uhr“. Die Fahnen sind numeriert, werden von der Poststelle angeheftet und ein- und ausgebuht. Die Termineinhaltung wird hier doppelt überwacht: durch den Unterzeichnenden und die Poststelle, die bei Überschreitungen auch anmahnen. Die Anhängenfahnen werden mit Bleistift ausgefüllt, um die Möglichkeit für ihre Wiederverwendung zu haben. Diese Form ist ein Hilfsmittel, bis es uns gelingt, alle Kollegen zu verantwortungsbewußten Mitarbeitern zu erziehen, womit sich die „Terminplage“ ihr eigenes Grab gräbt.

Kurt Lauck, Forst Zinna

verboten. Alles ist preiswert. Das Gute wird sich durchsetzen. „Ach“ ist eine Interjektion.) Zuweilen treten zweierlei Subjekte auf, wie in dem Satz: Es heult der Wind. Dem Inhalt nach ist „der Wind“ das Subjekt. Man bezeichnet es als das logische Subjekt. Das an der Spitze des Satzes stehende Fürwort „es“ nennt man dagegen das grammatische Subjekt. In Sätzen wie „es blitzt, es taut, es klingelt“ ist das unbestimmte Fürwort „es“ nicht bloß grammatisches, sondern zugleich logisches Subjekt.

Das Prädikat wird am häufigsten durch ein Tätigkeitswort ausgedrückt. (Die Wunde schmerzt. Die Wunde wird verbunden.) In diesem Falle antwortet das Prädikat auf die Frage „Was tut bzw. was leidet das Subjekt?“. Das Prädikat antwortet jedoch auch auf die Fragen „Wie ist...?“ und „Was ist...?“ in Sätzen wie: Der Lehrling ist pfiffig. Der Lehrling ist ein Pfiffikus. Im ersten Satze nennt das Prädikat eine Eigenschaft des Subjektes, im zweiten wird die Gattung angegeben. Wenn im Prädikat ein Eigenschaftswort (pfiffig) oder ein Hauptwort (Pfiffikus) steht, so wird die Verbindung des Prädikats mit dem Subjekt durch die sogenannten „kopulativen“ Zeitwörter „werden, sein, bleiben, scheinen, heißen“ hergestellt. (Der Bursche wird frech. Der Junge bleibt ein Flegel. Sie heißt Anita.) Das Eigenschafts- bzw. das Hauptwort bezeichnet man als Aussage- oder Prädikatswort und die Zeitwortform (ist, wird, bleibt, heißt) als das Satzband (die Kopula). Spräche oder schriebe man nur in einfachen zweigliedrigen Sätzen der angegebenen Art, so würde die Gleichförmigkeit den Hörer oder Leser zweifellos sehr ermüden. Aus methodischen Gründen muß man sich jedoch erst mit dem Bau des einfachen Satzes beschäftigen, um sodann auch größere Satzgebilde auflösen zu können. Sobald erst die Hauptstützen Subjekt und Prädikat erkannt sind, fällt die Zergliederung eines komplizierten Satzgebildes leicht. Auch wer fremde Sprachen lernt, würde ohne Kenntnis der beiden Hauptglieder des Satzes scheitern, weil sie das Gerüst sind, das alle anderen Satzteile trägt und zusammenhält.

Als Abschluß unserer Betrachtung über den einfachen Satz weisen wir darauf hin, daß der Satzgegenstand auch aus zwei oder mehreren Dingwörtern bestehen kann (Kolleginnen und Kollegen waren begeistert. Alle Staatssekretäre, viele Minister und der Ministerpräsident waren zugegen.) Alsdann muß die Satzaussage in der Mehrzahl stehen. Nur wo Dingwörter formelhaft verbunden sind, ist die Einzahl üblich. (Salz und Brot macht die Wangen rot. Das Gehen und Kommen nahm kein Ende.) Ist der Satzgegenstand ein Sammelname, zu dem ein Dingwort im Wesenfall der Mehrzahl tritt, so wählt man die Einzahl, wenn die Menge von Dingen als ein Ganzes empfunden wird, dagegen

Gutes Deutsch

X. Der einfache Satz

Wir unterscheiden in unserer Muttersprache zehn Wortarten: Substantiv (Haupt- oder Dingwort), Adjektiv (Eigenschaftswort), Verb (Tätigkeits- oder Zeitwort), Adverb (Umstandswort), Pronomen (Fürwort), Numerale (Zahlwort), Präposition (Verhältniswort), Konjunktion (Bindewort), Artikel (Geschlechtswort) und Interjektion (Empfindungswort). Wenn man auch jedes gesprochene oder geschriebene Wort einer Wortart zuordnen kann, so befähigt das noch nicht zur Beherrschung der Sprache. Die Kenntnis der Wortarten ist lediglich die Vorbedingung dazu. Denn was in der lebendigen Sprache vorherrscht, das sind nicht die einzelnen Wörter, sondern die Sätze. Nicht das Wort, sondern der Satz ist die kleinste Einheit der Rede.

Der Satz ist ein geschlossenes Ganzes, ist nach der wissenschaftlichen Erklärung

„der sprachliche Ausdruck eines Gedankens mit Hilfe eines finiten Verbums“, also mittels einer personbestimmten Zeitwortform. Innerhalb des Satzes sind die Wörter aufeinander bezogen, sie sind nicht mehr selbständig, sondern miteinander verbundene Satzglieder. Die Einsicht in das Wesen und die Gesetze des Satzbaues vermittelt die Satzlehre, die Syntax, die die Bestandteile des Satzes, deren Funktion, deren Folge sowie die Arten des Satzes behandelt.

Der Satz in seiner schlichtesten Form wird als einfacher Satz bezeichnet. Er enthält lediglich einen Ding- und einen Tätigkeitsbegriff. Der Ding- bzw. Personenbegriff erscheint im Satz als Satzgegenstand (Subjekt), der Tätigkeitsbegriff als Satzaussage (Prädikat). Der einfache Satz besteht also nur aus zwei Satzgliedern bzw. Satzteilen. Der Satzgegenstand antwortet auf die Frage „Wer oder Was?“ und kann durch jedes Wort der Sprache ausgedrückt werden. (Die Kollegin telefoniert. Wir arbeiten. Das Rauchen ist

die Mehrzahl, wenn die Dinge vereinzelt gedacht werden sollen. (Ein Trupp Arbeiter ging vorüber. Eine Schar Kinder kam mir entgegen. — Eine Menge Leute waren zusammengeströmt. Ein Haufen Steine wurden abgeputzt.) Da aber in der Regel bei einem Sammelnamen der Kollektivbegriff dominiert, steht die Aussage meistens in der Einzahl. Dr. A. B.

Gegen das Amtsdeutsch

Unser Aufruf zum Kampf gegen Sprachentstellungen, gegen das Amtsdeutsch und gegen Stilblüten in Heft 8, 1951, S. 268, hat ein lebhaftes Echo gefunden. Die besten Beiträge hierzu werden wir laufend veröffentlichen.

Mehr Klarheit bei der Bezeichnung von Verwaltungsstellen

Wenn sich ein Bürger in Thüringen wegen eines unserer demokratischen Gesetze oder wegen einer Verordnung ratsuchend an den darin benannten „Rat der Gemeinde“ wendet, so erhält er die Antwort vom „Gemeinderat der Gemeinde“. Fragt er daraufhin bei dem ebenfalls im Gesetz so angeführten „Rat des Kreises“ an, so bekommt er den Bescheid vom „Kreisrat des Landkreises“. Er vermerkt also, daß eben in Thüringen andere Bezeichnungen von Verwaltungsstellen üblich sind als die im Gesetz vorgesehenen.

Es entspricht den Tatsachen, daß das Land Thüringen in den Bezeichnungen der unteren Verwaltungsstellen gegenüber denen anderer Länder der DDR eine Ausnahme macht. Es scheint an der Zeit zu sein, daß im Interesse der Einheitlichkeit der gesamten staatlichen Verwaltung die Bezeichnungen in Thüringen denen aller übrigen Länder angeglichen werden. Aber auch die oberen Verwaltungsstellen sollten bei der Abfassung des Wortlautes eines Gesetzes oder einer Verordnung mehr Augenmerk der richtigen und präzisen Bezeichnung der unteren Verwaltungsstellen zuwenden. So heißt es beispielsweise in der „Verordnung über die Bildung und die Aufgaben der Elternbeiräte an allgemeinbildenden Schulen“ vom 12. April 1951 (GBl. S. 279) im § 2 der Anlage: „...sowie ein Vertreter der Gemeinde, der vom Rat des Kreises, Abteilung Innere Verwaltung, benannt wird.“ Man weiß eigentlich nicht recht, welche Abteilung in der Kreisverwaltung damit gemeint ist, denn das Dezernat „Inneres“ besitzt eine ganze Reihe Abteilungen — Personal, Schulung, Allgemeine Verwaltung, Gemeindeabteilung usw. Also auch hierbei ist Klarheit genau so nötig wie gutes Deutsch!
Lothar Steinbrücke, Arnstadt/Thür.

Der „Maßstab“ und die „Ebene“

Der erste, der den „Kreismaßstab“ anwandte, war gewiß ein Sprachschöpfer, ein Mensch, für den das Wort noch vollen Bildgehalt hatte. Er sah den „Kreis“ noch in seiner Mehrdeutigkeit als geometrisches Gebilde, als Lebensgemeinschaft und

schließlich auch als geographische Umgrenzung. Er wußte noch, daß manches im „Kreismaßstab“ (man denke auch an den Doppelsinn von Maßstab als Gerät zum Messen und an die Verhältniszahl zwischen Karte und Wirklichkeit!) vergrößert erscheint, wie auf einem Meßtischblatt jedes Gebäude zu erkennen ist, das auf der Landkarte nur als Punkt oder überhaupt nicht mehr gekennzeichnet ist. Es sieht manches im „kleinen“ Kreise gewaltiger und bedeutungsvoller aus als im „großen“, und „weiten“ Kreisen ist manches nicht bekannt, was ihnen vielleicht von Vorteil wäre. Aber all das wollen ja die heutigen Benutzer des „Kreismaßstabes“ gar nicht. Sie wollen weder mit dem Maßstab etwas messen noch wollen sie einen Vergleich mit einem anderen Kreise aufstellen.

Es sind die Nachbeter eines Modewortes, das ihnen wichtig genug erschien, in ihren Sprachschatz mit aufgenommen zu werden. Sie haben jedoch mit dem Wort nicht auch den Inhalt übernommen. Sie wollen gar nicht mehr vergleichen, sondern einfach „eine Erhebung anstellen“ oder — wie sie meist sagen — „erstellen“, bloß um nicht die schlichten Wörter zu gebrauchen: erheben, feststellen oder zählen. Da werden „im Kreismaßstab Wohnungen erstellt“, wo man einfach sagen könnte „werden Wohnungen gebaut“, oder man „betreut im Kreismaßstab die Kulturschaffenden“ und meint, man will den Künstlern und Schriftstellern im Kreise helfen. Manch einem mag der „Maßstab“ nun doch schon auf die Nerven gefallen sein, er hat sich auf die „Kreisebene“ begeben und läßt all das, was im „Kreismaßstab“ geschah, nun auf der „Kreisebene“ gedeihen. Man spricht wohl von einer „höheren“ Ebene, auf der man sich bewegen kann, und das käme dann dem größeren Gesichts, „Kreis“ nahe. Regierungsstellen begeben sich deshalb auf die „Landes-“ und „Republik-ebene“. Doch niemandem fällt es zur Zeit ein, wieder klar und schlicht zu sagen: Wir führen etwas im Ort, im Kreise, im Lande oder in der ganzen Republik durch. Das wäre wohl zu „einfach“. H. R.

Bücher und Schriften

Aufgabe und Methode der monatlichen Transportplanung, Dr. Karl Hofmann (Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8, brosch., 48 S., 1,20 DM). — Die Broschüre ist von großem Wert für alle Stellen, die mit regelmäßigen Verladungen auf dem Land- und Wasserweg zu tun haben. Sie gibt eine genaue Anleitung für die monatliche Transportplanung. Der Anhang enthält die Formblätter, die Nomenklatur der monatlichen Transportplanung sowie die Verordnung und 1. Durchführungsbestimmung über das Verfahren.

Staatliche Kontrolle und Volkskontrolle helfen den Fünfjahrplan erfüllen, Band 4

der Schriftenreihe der DDR (Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, brosch., 220 S., 1,90 DM). — Der Band enthält den Bericht über die 4. Arbeitstagung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, ihrer Organe und der Volksausschüsse am 9. Februar 1951 in Berlin mit der Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl und dem Referat des Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, Fritz Lange, über die Aufgaben der Staatlichen Kontrolle und der Volkskontrolle zur Sicherung und Verteidigung des Fünfjahrplanes.

Volkswirtschaftsplan 1951, Band 5 der Schriftenreihe der DDR (Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, brosch., 120 S., 1,40 DM). — Auf der Sitzung der Volkskammer am 14. März 1951 gab der stellvertretende Ministerpräsident Rau die ausführliche Begründung des Volkswirtschaftsplanes 1951, die in diesem Band zum Abdruck gelangte und von allen Mitarbeitern des Staatsapparates genauestens studiert werden sollte. Die Broschüre bringt weiterhin Auszüge aus der Diskussion sowie den Wortlaut des Gesetzes über den Volkswirtschaftsplan 1951.

Das Erfassungs- und Aufkaufrecht, herausgegeben vom Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse der DDR (Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, 0,90 DM). — Das erste Heft der vorgesehenen Folge bringt nach einem Vorwort von Staatssekretär Streit die Verordnung über die Pflichtablieferung und den Aufkauf mit der 1. Durchführungsbestimmung und der Differenzierungsanweisung. Es wird für alle daran beteiligten Stellen ein ausgezeichnete Helfer in der Praxis sein.

Die Nahrungs- und Genußmittel-Industrie, Schriftenreihe „Der Fünfjahrplan“, Heft 9 (Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin W 8, brosch., 96 S., 1,50 DM). — Das Erscheinen dieses Heftes ist sehr zu begrüßen, denn es gibt die Möglichkeit, die Planaufgaben der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie als Ganzes zu überblicken. Die Broschüre ist ein wertvoller Helfer nicht nur für die Beschäftigten dieses wichtigen Zweiges unserer neuen fortschrittlichen Volkswirtschaft, sondern ebenso für die Mitarbeiter der zuständigen Verwaltungsstellen, die in engster Verbindung mit den Betrieben an der Erfüllung unserer Wirtschaftspläne verantwortlich mitzuwirken haben.

Statistische Praxis, Monatszeitschrift für theoretische und angewandte Forschungs-, Verwaltungs- und Betriebsstatistik (Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, monatlich einmal, Preis pro Heft 1 DM). — Heft 5 enthält wiederum eine Reihe beachtlicher Beiträge zur Theorie und Praxis der Statistik, so z. B. „Die Statistik in den Werken von Marx und Engels“, „Die statistische Berichterstattung zum Volkswirtschaftsplan 1951“, „Ergebnisse der Haushaltsplanstatistik der kreisangehörigen Gemeinden für 1950“. Sehr wertvoll sind auch die eingelegten Karteblätter zur Anlage eines statistischen Handbuchs. K.

Stichwortverzeichnis

A = nur Ausgabe A, B = nur Ausgabe B

| | | | | | |
|---|---------|---|------------|---|-------|
| Aktivisten — Tag des | 301 | Gewerbegenehmigungen | B 294 | Städteaufbau — Leipzig | A 287 |
| Allfranken — Gemeinschaftsarbeit | B 290 | Gewerbegenehmigungen für Gepäckbeför- | | Stellenplanwesen — Verordnungen über | 302 |
| Antworten auf Volkskorrespondenzen | 310 | derung | B 296 | Termine — Arbeitsweise mit | 311 |
| Arbeitsbrigaden in der Verwaltung | 304 | Grünlandbewertung | B 291 | Verbesserung der Verwaltungsarbeit | A 291 |
| Arbeitskräfte lenkung — Verordnung über | 302 | Helfeborn — Neubauernbauprogramm | B 297 | Verbesserungsvorschlag über Ausweis- | |
| Arbeitsverwaltungen — Aufgaben der | 302 | Hoyerswerda — Voksverbundene Arbeit in | 300 | kontrolle | 306 |
| Aufbaugebiete in der DDR | 286 | Jugendförderung im Kreise Westprieignitz | B 288 | Verbesserungsvorschläge | 307 |
| Aufbau- und Wohnungsbehörden | A 294 | Kosteneinsparung durch Gemeinschafts- | | Verordnungen — Gesetze und | 302 |
| Ausweiskontrolle in Verwaltungen | 306 | arbeit | B 290 | Verwaltungsbrigaden — Bildung der | 304 |
| Belege — Bedeutung der | 305 | Kündigungsrecht | A 295 | Volksbildungsministerium — Arbeit des | 285 |
| Berichterstattung | 299 | Kulturarbeit in Wernigerode | A 292 | Volkskorrespondenten | 309 |
| Berlin — Aufbau | 277/278 | Leipzig — Rechtsberatung in | A 294 | Volksvertreter in der Sowjetunion | A 291 |
| Bodenarten in der Grünlandbewertung | B 291 | Mecklenburg — Ernteberichterstattung | 299 | Volksvertretungsarbeit | 275 |
| Brandenburg — Volksvertretungsarbeit in | 275 | Neubauernprogramm | 282, B 297 | Wähleraufträge | 274 |
| Brandschau | B 296 | Oberhof — Kurhalle | B 295 | Wasserversorgungsanlagen — Verordnung | |
| Brandchutzkommission — Arbeit der | B 296 | Pachtvertrag für Gemeindeschänke | B 297 | über | 302 |
| Demokratie in Westdeutschland — Ein- | | Pafenschaft für Neubauern | B 297 | Wernigerode | A 292 |
| schränkung der | 276 | Pflichtablieferung | B 293 | Werterhaltungsausgaben — Senkung der | B 290 |
| Dörfer — Neuaufbau der | 282 | Plan der Werterhaltung | B 287 | Werterhaltungsplan | B 287 |
| FDGB-Urlauber — Betreuung der | B 295 | Rechtsberatung — öffentliche | A 294 | Westdeutschland | 276 |
| Finanzpolitik — neue, der DDR | 280 | Sachsen-Anhalt — Verwaltungsarbeit in | A 291 | Westprieignitz — Jugendförderung im Kreis | B 288 |
| Finanzpolitische Konferenz | 280 | Schierke — HO-Gaststätte | B 295 | Wirtschaftsstrafrecht in der Pflichtablie- | |
| Formularwesen | 306 | Schweinezahlungen — monatliche | B 292 | ferung | B 293 |
| Futterhektarzahlen — Feststellung der | B 291 | Selbstkostensenkung in der Staatsverwal- | | Wohnungsämter — Arbeit der | A 290 |
| Gepäckbeförderung in Kur- und Bade- | | lung | A 297 | Wohnungs- und Aufbaubehörden | A 294 |
| orten | B 296 | Seminar für Verwaltungsfunktionäre | 300 | Zählungen von Schweinen | B 292 |
| Gesetze und Verordnungen | 302 | Sowjetunion — Tagungen der Volksver- | | Zwangsgeldfestsetzungen — Rechtsmittel | |
| Gewerbeanträge | B 294 | tretungen | A 291 | gegen | 303 |
| | | Städteaufbau in der DDR | A 288 | | |

Eine der wichtigsten Publikationen des Jahres ist die Schriftenreihe

„DER FÜNFJAHRPLAN“

Die Schriftenreihe gibt einen ausführlichen Überblick über Theorie und Praxis aller Planaufgaben der einzelnen Wirtschaftszweige. Jedem Funktionär der Parteien und Massenorganisationen, den Betriebsleitungen, Aktivisten und Mitarbeitern der Verwaltungen bietet diese Schriftenreihe eine wertvolle Unterstützung bei der Durchführung ihrer Aufgaben im Fünfjahrplan.

Es erscheinen 16 Hefte

1. Methoden der Wirtschaftsplanung
2. Forschung und Technik in der Wirtschaftsplanung
3. Die Entwicklung der Masseninitiative zur Erzielung höherer Arbeitsleistung
4. Die Arbeitskräfteplanung und die Steigerung der beruflichen Qualität
5. Die Materialversorgung
6. Die Schwerindustrie
7. Der Maschinenbau
8. Die Leichtindustrie
9. Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie
10. Die Landwirtschaft und der Wirtschaftsplan
11. Die neuen Aufgaben der Forstwirtschaft
12. Das neue Bauschaffen und die Bauwirtschaft
13. Der Handel und die Versorgung der Bevölkerung
14. Der Verkehr und das Transportwesen
15. Das Post- und Fernmeldewesen
16. Der Aufbau einer demokratischen Kultur

Die Hefte 8–12 sind bereits erschienen, alle übrigen Hefte erscheinen noch in diesem Jahr. Der Umfang der Hefte beträgt 80 bis 150 Seiten, der Preis etwa 1,- bis 1,60 DM.

Bitte, geben Sie schon heute Ihre Bestellung bei dem Verlag oder beim Buchhandel auf.

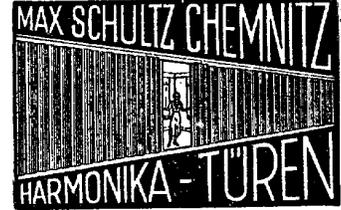
VERLAG DIE WIRTSCHAFT
Berlin W 8, Französische Straße Nr. 53-55, Sammelruf 425376

Graphologie-Fernunterricht

neueste bewegungsphysiolog. Forsch.-Ergebnisse sind verarbeitet. — Auskunft erteilt Karl Fischer, Telcha Nr. 36 bei Halle

Adrema-Handdrucker 360 auf Stahlrohrtisch für Plattengröße IIIr, mit Listenführung und elektr. Plattenauswahl, neu, 1260 DM,
Mercedes-Adelektro-Buchungsmaschine mit zwei Horizontal- u. sechs Vertikalzählwerken, älteres Modell, 1300 DM,
Briefumschlag-Schließmaschine, 150 DM, zu verkaufen.
Fr. Hensel & Haenert AG., Halle a. d. S., Kleine Brauhausstraße 24/25.

MAX SCHULTZ CHEMNITZ



HARMONIKA-TÜREN

Dresdener Straße 66 / Ruf 40323

LEOFLOR-HAARWÄSCHE
 reinigt das Haar und verleiht ihm
duftige Frische und herrlichen Glanz!



Anwendung: Trocken direkt aufs Haar oder aufgelöst in lauwarmem Wasser. 1:4

OFFENE STELLEN

Einstellung der Arbeitskräfte erfolgt nur über das örtlich zuständige Amt für Arbeit und Sozialfürsorge

Stellenanzeigen sind billiger geworden

Stellenangebote und Stellengesuche werden nur noch mit 50 Prozent des Grundpreises berechnet. Eine Anzeige in dieser Größe bei einmaliger Veröffentlichung in der Zeitschrift „Demokratischer Aufbau“ kostet jetzt 36,- DM.

Der Rat der Gemeinde Seebad Heringsdorf sucht zum baldigen Eintritt eine

füchtige Schreibkraft.

Stenographie- und Schreibmaschinenkenntnisse sind erforderlich.

Für das Kreisgesundheitsamt Neubrandenburg werden gesucht:
1 stellv. Amtsarzt
1 Facharzt für Lungenkrankheiten als Leiter für die Tbc-Fürsorgestelle

1 Assistenzarzt für die Tbc-Fürsorgestelle
Für die Poliklinik Neubrandenburg werden gesucht:
1 med.-techn. Assistentin für die Röntgenabteilung
1 med.-techn. Assistentin für das klinische Laboratorium
1 Säuglingsschwester
1 Vollschwester

Für das Landambulatorium Friedland werden gesucht:
1 praktischer Arzt
1 Fürsorgerin mit staatlicher Anerkennung

Für das Landambulatorium Woldegk werden gesucht:
1 praktischer Arzt
1 med.-techn. Assistentin
1 Fürsorgerin

Für den weiteren Ausbau der Gemeindeschwesternstationen im Kreis Neubrandenburg werden gesucht:
3 Vollschwestern

Für Betriebsanleitungsstellen werden gesucht:
3 Vollschwestern

Für das Säuglingsheim Neubrandenburg werden gesucht:
3 Säuglingsschwester

Vergütung nach Rahmenkollektivvertrag für das Gesundheitswesen. Bewerbungsunterlagen sind zu richten an das Kreisgesundheitsamt Neubrandenburg I. Meckl., Sonnenkamp 1.

Der Rat des Landkreises Dresden sucht für sofort od. später für die Abteilungen Bauaufsicht, Materialversorgung, Investitionen, Lizenzen und für Gebäudeerhaltung des kommunalen und staatlichen Sektors

6 techn. vorgebildete Kräfte,

Besoldung nach Gruppen III, IV und V

2 Schreibkräfte,

Besoldungsgruppe VII.

Bewerbungen fortschrittlicher Kräfte mit Bild, Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Empfehlungen sind zu senden an den Rat des Landkreises Dresden, Dresden A 46, Tiergartenstr. 46, Personalabteilung.

Der Rat des Landkreises Dresden

Die Universität Leipzig sucht zum baldmöglichen Antritt einen

Presse- und Bildreferenten.

Bewerbungen sind an das Rektorat zu richten. Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe II, Tarifvertrag VBV.

Für den Beratungsdienst bei der Sozialversicherung werden zwei erfahrene

Apotheker

und für den Prüfungsdienst in Erfurt, Arnstadt, Suhl, Hildburghausen, Sonneberg und Greiz je eine im Taxwesen sichere

Apothekenhelferin

gesucht. Meldungen an die Sozialversicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, Landesgeschäftsstelle Thüringen, Gotha, Schloßberg 1, Referat Kaderpolitik und Schulung.

Beim Rat des Kreises Rostock werden mehrere

Vermessungsingenieure, Zeichner und Kartographen

gesucht. Die Besoldung erfolgt nach dem Tarifvertrag IG VBV, Vergütungsgruppen IV—VII. — Weiterhin ist die Stelle eines

Ingenieurs für Wasserwirtschaft

zu besetzen. Bezahlung erfolgt ebenfalls nach dem Tarifvertrag VBV, Vergütungsgruppe IV. Bewerbungen, mit Personalbogen und Lebenslauf sind zu richten an d. Rat des Kreises Rostock, Personalabteilung.

Der Rat der Stadt Rostock sucht zu sofort

4 qualifizierte bautechnische Fachkräfte

für das Referat Investition. Besoldung erfolgt nach VBV, Gruppe III, Ortsklasse A. Bewerbungen sind zu richten an den Rat der Stadt Rostock, Personalabteilung.

Wir suchen zum sofortigen Antritt

Bauingenieure

für Hoch- u. Tiefbauarbeiten, die vollkommen mit dem Baugeschehen bis zur selbständigen Abrechnung vertraut sind, sowie

kaufm. Leiter, Hauptbuchhalter,

bestens vertraut mit Betriebswirtschaft, selbständiger Erstellung der Bilanz. Vollkommen vertraut im Finanzwesen, in Statistik, Wirtschaftsprüfung usw. Verantwortungsfreudige Bewerber mit langjähriger Erfahrung und fortschrittlicher Einstellung wollen eine kurzgehaltene Bewerbung, Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüche und Lichtbild ein-senden an Bau-Union VEB Cottbus, Bahnhofstr. 57, Personalabteilung.

Die neuen Chlorodont Zahn-Kremetten ZK

in fester Form sind von der gleichen Güte wie Chlorodont-Zahnpaste. Sie sind erfrischend, schäumen stark und wirken vorbeugend gegen Karies, Parodontose und Zahnsteinbildung.

